

Bericht des Bundesrates

vom 1. März 2024

**über Motionen und Postulate der
eidgenössischen Räte im Jahr 2023**

Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2023

Bericht des Bundesrates vom 1. März 2024

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31. Dezember 2023).

Kapitel I enthält alle Vorstösse, deren Abschreibung der Bundesrat beantragt. Die Vorstösse in Kapitel I sind mit dem Titel sowie dem auf Curia Vista publizierten eingereichten Text aufgeführt. Kapitel I richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Die Vorstösse in Kapitel II sind nur mit Titel aufgeführt. Kapitel II richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 enthält eine Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2023 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2023 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Die vollständigen Texte der Vorstösse befinden sich auf Curia Vista.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

1. März 2024

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Viola Amherd
Der Bundeskanzler: Viktor Rossi

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I:	An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten	5
Kapitel II:	An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind.....	41
Anhang 1:	Übersicht über im Berichtsjahr 2023 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.....	82
Anhang 2:	Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2023 noch hängigen Motionen und Postulate	84
	Abkürzungsverzeichnis	113

Kapitel I

An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

Schweizerische Bundeskanzlei

2019 M 18.4238 Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern (Franz Grüter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den direkten Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bundesverwaltung und Unternehmen bzw. Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen bis spätestens 2022 zu ermöglichen.

2019 M 18.4276 Erleichterter Informationsaustausch durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung (Beat Vonlanthen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den direkten Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bundesverwaltung und Unternehmen beziehungsweise Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen bis spätestens 2022 zu ermöglichen.

Dem Anliegen der Motionen wurde mit dem Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) entsprochen, welches per 1. Januar 2024 in Kraft treten wird. Gemäss Artikel 13 EMBAG müssen die Behörden sicherstellen, dass sie den Datenaustausch über Schnittstellen abwickeln können. Der Bund führt über die Plattform I14Y eine Übersicht über die verfügbaren Schnittstellen. 2024 ist das Thema API zudem ein Fokusthema der Strategie Digitale Schweiz.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4348 Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob der Versand an und die Abgabe von eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsunterlagen von Auslandschweizerinnen und -schweizer vereinfacht werden kann. Dieser Bericht soll basierend auf einem Pilotprojekt erstellt werden.

Dieses Pilotprojekt kann folgendes umfassen:

1. Einsatz des diplomatischen Kuriers
2. Ausdehnung der Fristen für den Versand von Abstimmungsunterlagen

Mit diesen möglichen und weiteren Anpassungen soll sichergestellt werden, dass Schweizerinnen und -schweizer im Ausland rechtzeitig ihre eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsunterlagen erhalten und einfacher an der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten teilhaben können. Auch in globalen Krisenzeiten soll diese Mitwirkung wenn möglich nicht beeingeschränkt werden. Eine allfällige Kostenbeteiligung von Auslandschweizerinnen und -schweizer in abgelegenen Gebieten kann geprüft werden.

Postulatsbericht vom 17. März 2023 «Die Ausübung des Stimmrechts aus dem Ausland: Grundlagen, aktuelle Praxis und Handlungsoptionen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4522 Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen (Damien Cottier)

Eingereichter Text:

1. *Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er untersucht, wie in der Covid-19-Krise die föderalistischen Strukturen und Verfahren funktioniert haben, welche Vor- und Nachteile die aktuellen Gegebenheiten bieten und welche institutionellen und organisatorischen Verbesserungen im Hinblick auf die Bekämpfung einer Epidemie oder einer anderen Gesundheitskrise möglich wären.*
2. *In dem Bericht soll der Bundesrat auch aufzeigen, welche Lehren aus der aktuellen Krise für andere Arten nationaler Krisen gezogen werden können (z. B. eine Sicherheitskrise, ein Cyberangriff, Naturkatastrophen grossen Ausmasses, Ausfall kritischer Infrastrukturen, ...); dabei soll er verschiedene Stossrichtungen möglicher Verbesserungen auf institutioneller oder organisatorischer Ebene aufzeigen, damit die Schweiz für künftige Krisen grossen Ausmasses bestmöglich gerüstet ist.*
3. *In dem Bericht soll auch die Sichtweise der Kantone auf die einzelnen behandelten Punkte dargestellt werden; dazu soll der Bericht in Zusammenarbeit mit den Kantonen - über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) oder über die thematischen Direktorenkonferenzen - erarbeitet werden.*

Postulatsbericht vom 15. Dezember 2023 «Föderalismus im Krisentest: Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen». Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3205 Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Beurteilung zum Erfolg der gewählten Krisenorganisation bei der Bewältigung der Corona Pandemie darzulegen. Insbesondere sollte die Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz (BSTB) beleuchtet werden. Konnte der BSTB seine ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen, verfügte er über die notwendigen Kompetenzen und welche Massnahmen müssen im Hinblick auf eine neue Krise zwingend getroffen werden, damit der BSTB zielgerichteter eingesetzt werden kann, einerseits zum Schutz der Bevölkerung und andererseits zur Unterstützung der anderen Bundesämter.

2021 P 21.3449 Strategisches Krisenmanagement (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie das strategische Krisenmanagement der Schweiz zur Bewältigung von nationalen Krisenlagen gestärkt werden kann und wie die Führungskräfte dafür systematisch ausgebildet und beübt werden können.

Insbesondere sind folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welche strategische und operative Krisenführungsorganisation Stufe Bund ist bei den verschiedenen Krisenarten (Stromausfall, Terroranschläge, Pandemie, usw.) sinnvoll, um den Bundesrat in seinen Entscheidungen zeit- und lagegerecht zu beraten?*
- 2. Wie erfolgt dabei die Koordination mit dem Sicherheitsverbund Schweiz, um dessen Einbezug in die Entscheidungsfindung sicherzustellen und die Umsetzung der Entscheide Stufe Bund und Kantone zu koordinieren und zu unterstützen?*
- 3. Welche Übungen und/oder Ausbildungsmodule unter Einbezug der Höheren Kaderausbildung der Armee und des Bundesamts für Bevölkerungsschutz sind notwendig, um die Führungsfähigkeit dieser Stäbe im Krisenfall sicherzustellen?*

2022 P 22.3343 Endlich die institutionelle Krisenresistenz des Bundesrates sicherstellen (Grünliberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat legt in einem Bericht dar, mit welchen Massnahmen er sicherstellt, dass er auf Krisen besser vorbereitet ist und grössere Umwälzungen rasch und effektiv bewältigen kann. Er soll hierfür aufzeigen, wie er für Entwicklungen, die zu einer Krise führen können, die Faktenlage, Analysen, Szenarien, Massnahmen und deren Umsetzung erarbeitet und dem Gesamtgremium als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellt. Dabei soll insbesondere dem Aspekt des Kriseneinstiegs besondere Beachtung geschenkt werden. Zudem soll der Bundesrat darlegen, welches Departement die politische Verantwortung für die Krisenantizipation trägt, wie die Federführung für die Gesamtkrisenorganisation beim Eintritt einer Krise rasch festgelegt wird und welche institutionellen Anpassungen hierfür allenfalls notwendig sind.

Postulatsbericht vom 29. März 2023 «Verbesserte Krisenorganisation der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3296 Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Marina Carobbio Guscetti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Massnahmen aufzeigt, die es braucht, damit Menschen mit einer geistigen Behinderung uneingeschränkt am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können gemäss dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung, was auch das Recht und die Möglichkeit einschliesst, zu wählen und gewählt zu werden.

Postulatsbericht vom 25. Oktober 2023 «Politische Teilhabe von Schweizerinnen und Schweizern mit einer geistigen Behinderung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4377 Die Schweiz voranbringen. Digitale Leuchtturmprojekte mit öffentlichem Interesse anschieben (Benedikt Würth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, die Rechtsgrundlage zu schaffen zur Unterstützung digitaler Leuchtturm-Projekte mit relevantem öffentlichem Interesse. Dabei soll es um Anschubfinanzierungen gehen. Der Anwendungsbereich bezieht sich auf private Projekte wie auch auf privat-öffentliche Partnerschaften, welche einem öffentlichen Interesse dienen und den Standort Schweiz stärken.

Dem Anliegen der Motion wurde mit dem Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG; SR 172.019) entsprochen, welches am 1. Januar 2024 in Kraft treten wird. (vgl. gleichlautende Motion 21.4490). Mit Artikel 17 EMBAG besteht nun eine rechtliche Grundlage für die Finanzierung von Leuchtturmprojekten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

- 2014 P 13.3151 Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (Thomas Aeschi)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, in welchem er den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union analysiert. Ziel soll ein umfassender Bericht sein, welcher dem Parlament und dem Schweizer Volk darlegt, was die EU auf exekutiver, legislativer und judikativer Ebene tut und wie dies das tägliche Leben der Schweizerinnen und Schweizer beeinflusst. Die Vorgehensweise zum Erstellen des Berichtes soll sich am Vorgehen von Grossbritanniens "Review of the balance of competences" (32 Unterberichte) und am norwegischen Bericht "Outside and Inside - Norway's agreements with the European Union" (etwa 900 Seiten) orientieren.
- 2015 P 14.4080 Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU (Grüne Fraktion)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird gebeten, die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit in einem Bericht zuhanden des Parlamentes zu evaluieren.
- 2018 P 17.4147 Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (Martin Naef)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird eingeladen, Strategien und Massnahmen aufzuzeigen, welche den schweizerischen Unternehmen einen dauerhaften, einfachen und direkten Zugang zum europäischen Markt ermöglichen. Er wird gebeten darzulegen, wie er die Teilnahme der Schweiz an europäischen Kooperationen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Sicherheit, gewährleisten kann. Der Bundesrat wird ausserdem eingeladen, seine Ziele und Massnahmen zu definieren, wie die Schweiz ihren grundsätzlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Integration leisten kann und will.
- 2021 P 21.3618 Analyse der europapolitischen Optionen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens (Sozialdemokratische Fraktion)
Eingereichter Text:
Der Bundesrat wird ersucht, einen Bericht vorzulegen, in dem er die Auswirkungen, Vorteile und Nachteile der folgenden vier Optionen vergleicht:
- 1. Abbruch des bilateralen Wegs und vollständiger Übergang zum Status eines Drittstaats (= Option «Drittstaat»),*
 - 2. Beibehaltung der bestehenden bilateralen Abkommen ohne Aktualisierung oder Erneuerung der Zusammenarbeit (= Option "Einfrieren"),*
 - 3. formeller Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (= Option "EWR"),*
 - 4. Beitritt zur Europäischen Union (= Option "EU").*
- Der Bundesrat soll diese Optionen insbesondere unter Berücksichtigung folgender Aspekte evaluieren:*
- 1. demokratische Souveränität und Teilnahme an Entscheiden, die die Schweiz betreffen,*
 - 2. Möglichkeit der Schweiz, ihre Interessen nachhaltig zu wahren,*
 - 3. Wahrung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands (Beschäftigung, Innovation etc.),*
 - 4. gesellschaftliche Entwicklung (namentlich Forschung, Bildung, Kultur, Umwelt),*
 - 5. Wahrung der geostrategischen Interessen der Schweiz.*
- 2021 P 21.3654 Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte (Damien Cottier)
Eingereichter Text:
- 1. Nach seinem Entscheid vom 26. Mai 2021, die Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen mit der EU abubrechen, wird der Bundesrat beauftragt, ohne Verzögerung erneut die Vor- und Nachteile der jeweiligen Optionen und der verschiedenen europapolitischen Instrumente zu evaluieren. Dabei soll er die Veränderungen seit Erscheinen seines Berichtes vom 17. September 2010 in Erfüllung des Postulats Markwalder 09.3560 "Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Integrationsschritte" berücksichtigen. Als Grundlage für diese Untersuchung dienen die im Europabericht 2006 aufgestellten Kriterien für die Weiterführung des bilateralen Wegs.*
 - 2. Gleichzeitig wird er beauftragt, einen Prioritäten-Katalog mit konkreten Massnahmen für die künftige Europapolitik vorzulegen, der namentlich darauf zielt, die im Legislaturprogramm 2019-2023 vom Parlament festgelegten Ziele zu erreichen, insbesondere Ziele 4, 5 (Ziff. 25-28), 7 (Ziff. 40), 12, 13 (Ziff. 55 und 56) und 14 (Ziff. 58).*
 - 3. Schliesslich wird er beauftragt, die künftigen Schritte der schweizerischen Europapolitik auszuführen, mit dem Ziel, die bisherigen bilateralen Beziehungen mit der EU zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Dabei soll er die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sowie die*

möglichen positiven und negativen Folgen einer Nichtunterzeichnung des institutionellen Rahmenabkommens herauszuarbeiten. Zudem soll er in diesem Kontext die zahlreichen Erwartungen insbesondere der Wirtschaft, der Bildung und Forschung und der Zivilgesellschaft berücksichtigen.

2021 P 21.3667 Europapolitische Alternativen. Es braucht eine ehrliche Auslegeordnung (Grüne Fraktion)

Eingereichter Text:

Der überhastete Abbruch der Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU durch den Bundesrat widerspricht der bisherigen Analyse des Bundesrats und seiner Legislatur- und Jahresplanung. Zudem hat der Bundesrat bisher keinen glaubwürdigen Plan B für die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union vorgelegt.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er die Auswirkungen, Vorteile und Nachteile verschiedener europapolitischer Optionen vergleicht - unter Bezug auf die vom Bundesrat identifizierten, aber weiterhin unter Verschluss gehaltenen Risiken. Dabei sollen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz (Binnen- wie Exportwirtschaft) und der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden, sondern auch die Zusammenarbeit in Bildung, Forschung, Innovation und Klimaschutz und der Schutz des Service Public, sowie die finanziellen Folgen.

1. Die mindestens zu prüfenden Optionen:

- a. Kündigung der Bilateralen;*
- b. Beibehalt der Bilateralen;*
- c. Wiederaufnahme der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen;*
- d. EWR-Beitritt;*
- e. EU-Beitritt.*

2. Der Bundesrat soll diese Optionen insbesondere im Hinblick auf folgende Aspekte evaluieren:

- a. Zeitliche Dimension: wie rasch kann ein beschlussreifes Dossier vorgelegt werden;*
- b. Umfang und Machbarkeit allfällig nötiger innenpolitischer Gesetzesanpassungen;*
- c. Umsetzung der vormaligen Verhandlungsziele des InstA (Lohnschutz, UBRL, Staatl. Beihilfen, Modalität der Rechtsübernahme) und der dort bereits erreichten Konzessionen/Immunitisierungen (z.B. im Alp-Transitverkehr);*
- d. Autonomer Handlungsspielraum der Schweiz;*
- e. Integration in das direktdemokratische System der Schweiz.*

2022 M 21.4184 Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erarbeiten (Thomas Minder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine mittel- und längerfristige Strategie für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union zu erarbeiten.

2022 P 21.4450 Die Leistungen der Schweiz für die EU analysieren und quantifizieren (Heidi Z'graggen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht zu den Beziehungen mit der EU um die Analyse der Leistungen der Schweiz zu Gunsten der EU zu ergänzen. Zu denken ist dabei neben den bekannten Export- und Importleistungen (Handelsbilanz), insbesondere an

- die Leistungen/Investitionen im Bereich des alpenquerenden Transitverkehrs (Güter- und Individualverkehr) wie Bau der NEAT, Sanierung des Gotthardstrassentunnels (mit dem Bau 2. Gotthardstrassentunnels), Sanierungen der Transitstrassen wegen übermässigen Belastungen durch den Transitverkehr (Erhöhung 28t auf 40 t), Staustunden, CO2 Belastung*
- Leistungen im Bereich des Stromtransits, zur Bereitstellung der Trasses und deren (un)genügenden Abgeltungen*
- Abschöpfungen der höheren Kaufkraft in der Schweiz durch Unternehmen der EU Mitgliedsländer (bewusst höhere Preise für Schweizer Konsumenten und Unternehmen)*
- Leistungen der Schweiz für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger und Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Schweiz*
- Kosten der Personenfreizügigkeit auf Wohnungspreise, Umweltgüter (z. B. Energieverbrauch, CO2 Belastung, Landverbrauch), Staustunden, Sozialwerke und deren (negativen) Wirkungen auf das BIP der ansässigen Bevölkerung*
- Studierende aus der EU und deren Kosten auf die Bildungsausgaben von Bund und Kantonen, allfällige Stipendien und weitere Ausbildungsbeihilfen*
- allfällige Sozialleistungstransfers*
- usw.*

2022 P 22.3172 Die Wichtigkeit des bilateralen Wegs für die Grenzkantone einschätzen (Vincent Maitre)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht zur Europapolitik durch eine Einschätzung der speziellen Bedeutung des bilateralen Wegs für den Wohlstand der Grenzkantone zu vervollständigen.

Zunächst soll diese Analyse auf präzise, dokumentierte, quantifizierte und mit Beispielen versehene Weise den Beitrag des bilateralen Wegs zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Grenzkantone einschätzen. In einem zweiten Teil soll sie alsdann die möglichen Risiken aufzeigen, die bei einer Schwächung der bilateralen Verträge in den folgenden Bereichen drohen:

- die Risiken einer möglichen Nichterneuerung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) für den Arbeitsmarkt der Grenzkantone, insbesondere mit Blick auf die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme (Anhang II) und die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen (Anhang III);
- die Risiken einer teilweisen Nichterneuerung des Abkommens über den Abbau technischer Handelshemmnisse für die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten, insbesondere in der trinationalen Metropolregion Oberrhein;
- die Risiken einer allfälligen Nichterneuerung des Luftverkehrsabkommens (LVA) für den internationalen Flughafen von Genf;
- die Risiken eines Ausschlusses der Schweiz aus dem Programm Horizon Europe für Forschungsprojekte, an denen Universitäten aus derselben grenzüberschreitenden Region gemeinsam beteiligt sind;
- die Risiken für die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Gesundheit, die durch die Sackgasse, in der sich unsere bilateralen Beziehungen mit der EU befinden, verbaut werden können.

Postulatsbericht vom 9. Juni 2023 «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3967 Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan (Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat legt in einem Bericht dar, in welchen Bereichen im Interesse von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur die bestehenden Beziehungen zur Republik China (Taiwan) graduell vertieft werden können.

Postulatsbericht vom 19. April 2023 «Beziehungen zu Taiwan (Chinesisches Taipei): aktueller Stand und Vertiefungsmöglichkeiten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

2020 P 20.3469 Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen (Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen die Schweiz im Rahmen der Strategie der Internationalen Zusammenarbeit 2021-2024 einen stärkeren Beitrag zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen im Sinne einer längerfristigen Resilienzstrategie leisten kann.

Postulatsbericht vom 16. August 2023 «Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4389 Bundesbeteiligung und gesetzliche Grundlagen bei schweizerischen NGO (Elisabeth Schneider-Schneiter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt einen Bericht zu erstellen, in welchem aufgezeigt wird, welche Aktivitäten von Non-Governmental Organizations (NGO) mit Sitz in der Schweiz im Zusammenhang mit der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit (IZA) mit welcher gesetzlichen Grundlage finanziert werden.

Der Bericht soll Transparenz schaffen, welche Aktivitäten von NGO, mit welchen Finanzierungsinstrumenten, zu welchem Zweck mit Bundesmitteln finanziert werden. Er soll eine Liste/Beschreibung aller NGO enthalten und konkrete Beispiele zu den obengenannten Leistungsaufträgen, bzw. Projekte und die finanziellen Beiträge/Subventionen enthalten.

Gleichzeitig soll der Bericht zeigen, welche konkreten Interessenbindungen die finanzierten NGO verzeichnen und welche politischen Vertreter die Steuerungsorgane bilden. Gleichzeitig soll der Bericht erklären, welche Voraussetzungen eine NGO zu erfüllen hat, damit ihre Projekte von der Finanzierung des Bundes profitiert und welche Rolle dabei die ZEWO, als Zertifizierungsorganisation spielt.

Postulatsbericht vom 11. Oktober 2023 «Zusammenarbeit mit Schweizer NGO: Mehrwert, Rechtsgrundlagen und Übersicht der Beiträge und Mandate 2017–2020».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2020 P 20.3886 Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz (Franziska Roth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen zum Thema Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz. Im Bericht soll analysiert werden, wie stark Menschen mit Behinderungen von verschiedenen Formen von Gewalt (physische, psychische, sexuelle, soziale, ökonomische und strukturelle) sowie Vernachlässigung und Grenzüberschreitungen betroffen sind, und wie die Fälle besser erfasst, die Betreuung und Nachsorge von Betroffenen verbessert und die Prävention verstärkt werden können.

Insbesondere sind die folgenden Fragestellungen zu klären:

- 1. Wie stark sind Menschen mit Behinderungen von Gewalt im öffentlichen, institutionellen und privaten Raum betroffen? Welche Daten über Gewalterfahrungen von Menschen mit Behinderungen gibt es? Die Schweiz ist im Oktober 2019 im Rahmen des Monitorings der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention aufgefordert worden, statistische Daten vorzuweisen über Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, inklusive sexueller Missbrauch an Menschen mit Behinderungen, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter und Wohnort/Wohnform. Welche Resultate liegen vor und wie kann die Datenlage verbessert werden?*
- 2. Wie stellt die Schweiz die diskriminierungsfreie Umsetzung der Istanbul-Konvention sicher und wie werden dabei die besonderen Bedürfnisse und Voraussetzungen von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt?*
- 3. Wie wird sichergestellt, dass Menschen mit Behinderungen einen niederschweligen und barrierefreien Zugang zu unabhängigen Anlauf- und Beratungsstellen sowie Schutzeinrichtungen für Gewaltbetroffene mit spezifischer Fachkompetenz haben?*

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kultur

2021 P 21.3281 Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz? (Marianne Maret)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Aktualisierung des Berichts von 2007 über die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz vorzulegen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 9. Juni 2023 «Die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Gesundheit

2007 M 06.3009 Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis Ende 2008 eine Vorlage für eine einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen auf der Grundlage der Vorlage der SGK-SR vorzulegen. Dabei soll auch geprüft werden, ob und mit welchen Kompetenzen und Konsequenzen eine Zahl- oder Clearingstelle eingeführt werden soll.

2011 M 09.3535 Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (Sozialdemokratische Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) zu vereinheitlichen. Für den stationären und den ambulanten Bereich sollen die gleichen Finanzierungsgrundsätze und der gleiche Verteilschlüssel gelten.

2011 M 09.3546 Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (Christoffel Brändli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, ein neues Finanzierungssystem für die Grundversicherung vorzuschlagen, welches:

- Transparenz in Bezug auf die Finanzierung der Grundversicherung herstellt;*
- die heutigen falschen Anreize zwischen ambulantem und stationärem Bereich beseitigt;*

- *prozentual festlegt, welche Kosten über Prämien der Versicherten und welche über Steuern zu finanzieren sind. In diesem Zusammenhang ist die Aufteilung des steuerfinanzierten Anteils zwischen Bund und Kantonen ebenfalls zu definieren.*

Die Motionen stehen im Zusammenhang mit der Beratung der parlamentarischen Initiative Humbel vom 11. Dezember 2009 (09.528 «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus»). In der Beratung dieser parlamentarischen Initiative wurden die angesprochenen Themen von den eidgenössischen Räten aufgenommen und eingehend behandelt. Aufgrund dieser Beratungen und diverser Berichte und Vorschläge von Seiten der Bundesverwaltung wurde eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (SR 832.10) erarbeitet. Am 22. Dezember 2023 haben die eidgenössischen Räte die Gesetzesänderung verabschiedet (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2009 M 09.3089 Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (Verena Diener Lenz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, für den Vertrieb von Arzneimitteln eine preisunabhängige Marge, differenziert nach Vertriebskanal, festzulegen. Diese soll auf der Basis einer effizienten und preisgünstig durchgeführten Vertriebsleistung festgelegt werden.

2021 M 20.3936 Medikamentenpreise. Für eine Kostendämpfung dank Beseitigung negativer Anreize unter Aufrechterhaltung von Qualität und Versorgungssicherheit (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Vertriebsanteile im Art. 38 KLV im Einvernehmen mit den betroffenen Leistungserbringern so zu revidieren, damit sie effektiv die Vertriebskosten abdecken, die im Art. 67, Abs. 1 quater, Bst. a KVV erwähnt sind und damit sie die Abgabe von preisgünstigeren Arzneimitteln nicht mehr benachteiligen, sondern Anreize dafür setzen.

Diese Revision soll mit einem vom Fabrikabgabepreis unabhängigen Fixanteil erfolgen und dabei weder höhere Kosten zu Lasten der OKP noch unberechtigte Kürzungen bei den verfügbaren Mitteln für die Gewährleistung einer hochqualitativen medizinischen Grundversorgung verursachen.

Sollte die Erreichung dieser Ziele mathematisch zu einer schwer akzeptablen Erhöhung der tiefpreisigen Arzneimittel führen, dann soll das EDI/BAG vom Ziel der Preisunabhängigkeit des fixen Vertriebsanteils gegenüber dem Fabrikabgabepreis abweichen und eine zweigeteilte Fixmarge vorschlagen (tiefere Fixmarge für preisgünstigste Arzneimittel und höhere für alle anderen). Um die daraus resultierenden residualen Fehlanreize zu eliminieren, kann ein Ausgleichsmechanismus vorgesehen werden, der entweder per Verordnungsweg oder zwischen den Tarifpartnern geregelt wird.

Das neue Modell der vom Fabrikabgabepreis unabhängigen Vertriebsanteile muss zwingend spätestens simultan zu den weiteren Massnahmenpaketen zur Förderung der Wirtschaftlichkeit im Arzneimittelbereich in Kraft treten.

2021 M 20.3937 Evaluation einer leistungsorientierten Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine finanzielle und qualitative Evaluation der Aufnahme einer leistungsorientierten Abgeltung (LOA) der Apothekerinnen und Apotheker in die Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich vorzunehmen. Ein solches Modell ist spätestens bei der Behandlung des 2. Kostendämpfungspakets zu diskutieren.

Das EDI hat 2018 zur Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV; SR 832.112.31) eine Vernehmlassung durchgeführt. Auch die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit des National- und Ständerates wurden 2019 angehört. Darauf folgend haben weitere Gespräche mit den Akteuren stattgefunden, in denen ein Lösungsansatz zur Anpassung des Berechnungsmodells für den Vertriebsanteil entwickelt wurde. Am 8. Dezember 2023 hat der Bundesrat die entsprechenden Massnahmen zum Vertriebsanteil – d. h. die Anpassung des Berechnungsmodells sowie die Einführung eines einheitlichen Vertriebsanteils für wirkstoffgleiche Arzneimittel – verabschiedet (Änderung vom 8. Dez. 2023 der Verordnung über die Krankenversicherung, KVV; SR 832.102; AS 2023 794) und die Änderung vom 8. Dezember 2023 der KLV (AS 2023 773) zur Kenntnis genommen. Damit die Leistungserbringer, die Versicherer und die Pharmaunternehmen genügend Zeit zur technischen Umsetzung haben, werden die Änderung der KVV und die Änderung der KLV am 1. Juli 2024 in Kraft treten.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 P 15.3464 Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen, welcher den Kantonen als Roadmap aufzeigt, wie die vielfach kritisierte Mehrfachrolle der Kantone im Gesundheitswesen entflechtet werden kann. Der Bericht soll anhand klarer Governance-Strukturen aufzeigen, wie zentrale Interessenkonflikte vermieden werden können, was den Wettbewerb stärkt und effizientere Versorgung ermöglicht.

Dieses Postulat ist im Zusammenhang mit der Beratung der parlamentarischen Initiative Humbel vom 11. Dezember 2009 (09.528 «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus») zu sehen. Mit der Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) soll künftig kein Anreiz mehr bestehen, stationäre oder ambulante Leistungen zu bevorzugen (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen). Die vom Postulat

monierte Wettbewerbsverzerrung zwischen ambulanten und stationären Leistungen wird damit behoben. Mit der Änderung vom 30. September 2022 des KVG; (AS 2023 630; Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b) erhalten die Organisationen der Versicherer zudem ein Beschwerderecht gegen Beschlüsse der Kantonsregierungen zur Planung der Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 18.4102 Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Datenstrategie zu entwickeln mit dem Ziel, im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) die Transparenz des Systems zu verbessern und wirksame Massnahmen zur Kostendämpfung zu identifizieren. Insbesondere sollen die Antworten auf folgende Fragen in einem Bericht dargelegt werden:

- *Wer erhebt heute von wem welche Daten?*
- *Wer benötigt welche Daten zu welchen Zwecken?*
- *Wie können die benötigten Daten zuverlässig und mit möglichst geringem Aufwand erhoben werden?*
- *Wie wird der Schutz der persönlichen Daten der Versicherten beziehungsweise der Patientinnen und Patienten sichergestellt?*
- *Sind Gesetzesänderungen nötig, um eine kohärente Datenstrategie zu ermöglichen?*

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.3743 Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Nachfolgeprogramm des Nationalen Programms HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten (NPHS) um virale Hepatitis zu erweitern und somit die Voraussetzung dafür zu schaffen, Hepatitis B und C zusammen mit HIV bis 2030 zu eliminieren.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. November 2023 die Lancierung des neuen nationalen Programms «Stopp HIV, Hepatitis B- und Hepatitis C-Virus und sexuell übertragene Infektionen (NAPS)» beschlossen. Mit dem nationalen Programm soll bis 2030 das Ziel erreicht werden, dass es in der Schweiz zu keinen neuen Übertragungen von HIV, Hepatitis B- und Hepatitis C-Virus mehr kommt. Die Forderungen der Motion wurden vollständig aufgenommen und umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3135 Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die Kostenträger (Bund, Kantone, Versicherer und Versicherte) zu erstellen. Zu beleuchten sind:

- *die Infrastrukturkosten, die die Kantone zur Bewältigung der Pandemie tragen müssen;*
- *die bestehenden und die seit Beginn der Pandemie neu bereitgestellten Kapazitäten der Kantone (Spitalbetten, Intensivstationen usw.) zur Bewältigung von Pandemien;*
- *die Kosten der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die von den Spitälern für die Pandemieversorgung (Katastrophenschutz) in den Kantonen erbracht werden;*
- *die Auswirkungen auf die Versicherten und auf die Krankenversicherungsprämien für 2021;*
- *die Verwendung der Reserven der Krankenkassen.*

Postulatsbericht vom 21. Juni 2023 «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.4290 Medizinische Leistungen für alle Kinder! (Angelo Barrile)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Der von der Motion geforderte Zugang zu medizinischen Leistungen für Kinder, deren Eltern die Krankenkassenprämien nicht rechtzeitig bezahlt haben, ist im Rahmen der Änderung vom 18. März 2022 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung betreffend die Vollstreckung der Prämienzahlungspflicht (im Zusammenhang mit der Standesinitiative Thurgau 16.312) aufgenommen worden (AS 2023 678).

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 22. November 2023 das Inkrafttreten der KVG-Änderung, der Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1; AS 2023 678) und der Änderung der Verordnung über die

Krankenversicherung (KVV; SR 832.102; AS 2023 751) zur Prämienzahlungspflicht beschlossen. Die Bestimmungen, welche die Minderjährigen betreffen, werden am 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3243 Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um den Digitalisierungsprozess unseres Gesundheitssystems zu beschleunigen. Der Akzent soll dabei unter anderem auf den folgenden Punkten liegen:

- 1. Das elektronische Patientendossier muss im Gesundheitswesen für alle Akteure rasch zur Norm werden.*
- 2. Der Einsatz der Telemedizin ist anerkannt und wird gefördert.*
- 3. Jede Art von Korrespondenz zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen erfolgt digital. Ausnahmen sind möglich für die Kommunikation mit Patientinnen und Patienten, die beschränkt Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln haben.*
- 4. Der Einsatz von Anwendungen, die es den Patientinnen und Patienten erlauben, ihren Gesundheitszustand zu kontrollieren, wird gefördert, auch in der Grundversicherung.*
- 5. Der Online-Bezug von Medikamenten wird erleichtert und während der Krise des Gesundheitswesens gefördert.*

Der Bundesrat hat seit 2021 die Digitalisierung im Gesundheitswesen insbesondere mit zwei Massnahmen vorangetrieben:

- a) Am 4. Mai 2022 erteilte der Bundesrat dem EDI den Auftrag, in Zusammenarbeit und Koordination mit weiteren Stellen der Bundesverwaltung ein Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen – das Programm «DigiSanté» – auszuarbeiten. Das Programm fördert in Zusammenarbeit mit den Beteiligten die Umsetzung des Gesundheitsdatenraums Schweiz, um Behandlungsqualität, Effizienz, Transparenz und Patientensicherheit zu verbessern sowie die Forschung zu stärken. Dazu müssen die digitalen Vorhaben der Akteure gut koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Der Bund übernimmt diese Rolle.

Der Bundesrat hat deshalb am 22. November 2023 die Botschaft zum Verpflichtungskredit für ein Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) für die Jahre 2025–2034 verabschiedet und zur Beratung an das Parlament überwiesen (BBl 2023 2908)

- b) Zurzeit bestehen zwei Revisionsvorlagen betreffend das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG; SR 816.1). Die erste Revisionsvorlage sorgt für eine Übergangsfinanzierung bis zum Inkrafttreten der umfassenden Revision des EPDG und ist bereits in der parlamentarischen Beratung. Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. September 2023 ans Parlament überwiesen (BBl 2023 2181). Bei der zweiten Revisionsvorlage handelt es sich um eine umfassende Revision des EPDG. Sie beinhaltet Massnahmen zur Verbreitung und Nutzung des elektronischen Patientendossiers, Regelung zur Finanzierung sowie einer klaren Aufgaben- und Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen. Zu dieser Vorlage wird zurzeit der Vernehmlassungsbericht erstellt und die Botschaft vorbereitet.

Das Anliegen der Beschleunigung des Digitalisierungsprozesses ist soweit wie möglich aufgenommen und umgesetzt. Das EPDG wird finanziell wie inhaltlich vorangetrieben. Das Programm «DigiSanté» ist genau darauf angelegt, das Anliegen der digitalen Korrespondenz zu fördern.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3263 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- 1. Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung von Spitälern und Arztpraxen sowie ihre Folgen auf die Versorgungsstrukturen und die aktuellen KVG-Reformen.*
- 2. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, insbesondere der elektronische Datenaustausch und das elektronische Patientendossier, muss dringend forciert werden.*
- 3. Die indirekten Kosten der Pandemie, wie Einnahmehausfälle der Leistungserbringer, namentlich der Spitäler, dürfen nicht auf die Prämienzahlenden überwältigt werden.*
- 4. Der Influenza-Pandemieplan muss überarbeitet werden. Dabei müssen Verantwortlichkeiten und Durchsetzbarkeit des Pandemieplans gewährleistet sein.*

2021 M 20.3282 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlín)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- 1. Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung von Spitälern und Arztpraxen sowie ihre Folgen auf die Versorgungsstrukturen und die aktuellen KVG-Reformen.*

2. *Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, insbesondere der elektronische Datenaustausch und das elektronische Patientendossier, muss dringend forciert werden.*
3. *Die indirekten Kosten der Pandemie, wie Einnahmehausfälle der Leistungserbringer, namentlich der Spitäler, dürfen nicht auf die Prämienszahlenden überwälzt werden.*
4. *Der Influenza-Pandemieplan muss überarbeitet werden. Dabei müssen Verantwortlichkeiten und Durchsetzbarkeit des Pandemieplans gewährleistet sein.*

Die beiden Vorstösse stehen im Kontext der Covid-19-Pandemiewelle im Jahr 2020 und wurden 2021 überwiesen. Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 3. März 2023 über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2022 (23.006, Auszug Kapitel I; BBl 2023 870 ff) spezifisch dargestellt, welche Arbeiten er zur Bekämpfung der Pandemie unternommen hat (siehe Hinweise dort auf P 20.3242).

Der Bundesrat hat in Erfüllung des Postulats SGK-SR vom 21. April 2020 (20.3135 «Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären») am 21. Juni 2023 den Schlussbericht «Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kostenträger im Gesundheitswesen» verabschiedet. Im Auftrag der SGK-SR wurden die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger im Gesundheitswesen untersucht. In einem ersten Zwischenbericht zur Beantwortung des Postulats 20.3135, welchen der Bundesrat am 23. Juni 2021 verabschiedet hat, wurde eine erste, vorwiegend qualitative Auslegeordnung der direkten pandemiebedingten Gesundheitskosten pro Kostenträger erstellt. Am 29. Juni 2022 hat der Bundesrat einen zweiten Zwischenbericht verabschiedet, in welchem die in den Jahren 2020 und 2021 angefallenen pandemiebedingten Kosten quantifiziert bzw. aktualisiert wurden. Im Schlussbericht werden die Ergebnisse der bisherigen Berichte zusammengefasst und mit den Zahlen des Jahres 2022 sowie mit den Angaben zu den Kosten der Kantone ergänzt.

Zur Forcierung der Digitalisierung hat der Bundesrat am 22. November 2023 die Botschaft zum Verpflichtungskredit für ein Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen für die Jahre 2025–2034 verabschiedet und zur Beratung an das Parlament überwiesen (BBl 2023 2908; weitere Hinweise unter M 20.4243).

Der Influenza-Pandemieplan von 2018 wird derzeit in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern überarbeitet. Der revidierte Pandemieplan wird erregerspezifisch sein und auf einer Informationsplattform veröffentlicht werden. Ein spezifisches Kapitel wird sich mit der Umsetzung (Umschreibung der Verantwortlichkeiten) in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen befassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3914 Zulassungssteuerung bei psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Frage der Zulassung von psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen im Rahmen einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zu regeln. Es wird den Kantonen die Möglichkeit gegeben, das Leistungsangebot von psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen zu steuern.

Die Motion ist im Zusammenhang mit der Beratung der parlamentarischen Initiative Humbel vom 11. Dezember 2009 (09.528 Humbel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus») zu sehen. Im Rahmen der Beratung wurde ein neuer Artikel 55b in das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) aufgenommen. Artikel 55b sieht vor, dass die Kantone im Fall einer überdurchschnittlichen Kostenentwicklung bei allen ambulanten Leistungserbringern steuernd eingreifen könnten, somit auch bei den psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Die eidgenössischen Räte haben die KVG-Änderung am 22. Dezember 2023 verabschiedet (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4343 Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von Cyberabhängigkeit zu erarbeiten. Die gemeinsam mit den Kantonen, den im Bereich der Prävention tätigen Vereinen und den sonstigen Akteuren dieses Sektors erarbeiteten Massnahmen decken die folgenden Bereiche der Suchtbekämpfung ab: Bildung, Prävention, Behandlung und Risikoverminderung.

Eine Minderheit der Kommission (Tuena, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Keller Peter, Umbricht Pieren, Wasserfallen Christian) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 25. Oktober 2023 «Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3014 Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über die Situation von Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen einer Covid-19-Infektion und deren gesundheitliche Versorgung vorzulegen. Insbesondere sollte er darlegen, welche Massnahmen erforderlich sind, um die Behandlung und Therapie von Patientinnen und Patienten mit Long Covid sicherzustellen, und wie die Finanzierung von Behandlungs- und Therapieprogrammen für die Betroffenen sichergestellt wird.

2021 M 21.3453 Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die sogenannten Long-Covid-Fälle systematisch zu erforschen und zu begleiten. Er wird weiter beauftragt, die entsprechenden Programme zu initiieren.

Eine Minderheit der Kommission (de Courten, Aeschi Thomas, Glarner, Röstli) beantragt, die Motion abzulehnen.

Bericht vom 29. November 2023 «Wissenschaftliche Begleitung und Versorgung von Menschen mit Post-Covid-19-Erkrankung». Der Bundesrat erachtet die Anliegen des Postulats und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3280 Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten (Thomas Minder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, wie die verschiedenen Formen der Hanfpflanze (Cannabis) wirtschaftlich besser nutzbar gemacht und wie eine zeitgemässe und umfassende Cannabis-Regulierung erlassen werden könnte (inklusive Gesundheits-, Lebensmittel-, Kosmetik-, Arzneimittel-, Strassenverkehrs-, Tabakprodukte- und Zollrecht). Das Ziel soll sein, mehr Rechtssicherheit und einen schweizweit einheitlicheren Vollzug betreffend Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabis-Produkten zu erlangen. Dabei soll auch rechtsvergleichend aufgezeigt werden, wie die Erfahrungen anderer Staaten wie bspw. der USA oder Kanadas sind, die den Cannabisgebrauch liberalisiert haben.

Postulatsbericht vom 1. November 2023 «Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten». Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3788 Massnahmen gegen die Gefährdung der Gesundheit von Kindern durch Knopfzellen (Christoph Eymann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, mit welchen Massnahmen die durch Verschlucken von Knopfzellen verursachten Gesundheitsgefährdungen von Kindern vermieden oder verringert werden können.

Postulatsbericht vom 21. Juni 2023 «Massnahmen gegen die Gefährdung der Gesundheit von Kindern durch Knopfzellen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.4344 Bilanz des Projektes «Leute für Lonza» (Geschäftsprüfungskommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, das im April 2021 lancierte Programm "Leute für Lonza", mit dem das Unternehmen Lonza bei der Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal für dessen Produktionsstandort in Visp unterstützt wurde, zu evaluieren und seine Schlussfolgerungen in einem Bericht darzulegen.

Der Bundesrat wird zudem ersucht, in diesem Zusammenhang zu erläutern, welche allgemeinen Lehren aus diesem Fall für das künftige Krisenmanagement gezogen werden können.

Der Bundesrat wird ferner gebeten, darzulegen, inwieweit Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe b und c des Bundespersonalgesetzes als Rechtsgrundlage für das Programm «Leute für Lonza» ausreichend war und ob das geltende Recht angesichts der Erkenntnisse aus diesem Fall für die Zukunft angepasst werden muss.

Postulatsbericht vom 8. November 2023 «Bilanz des Projektes «Leute für Lonza»».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2019 P 19.3950 Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat soll prüfen und darüber Bericht erstatten, wie die Anlagebestimmungen (zulässige Anlagen und Kategorienbegrenzungen) der beruflichen Vorsorge (BVV 2) angepasst werden könnten, dass nachhaltiges Investieren von Pensionskassen nicht länger durch hinderliche Bestimmungen erschwert wird. Dazu sollen die Bestimmungen zu den zulässigen Anlagen und die Kategorienbegrenzungen aufgehoben werden. Die bereits implementierte "prudent investor rule" soll vollumfänglich als Richtwert für die Anlage der Pensionskassen verwendet werden.

Postulatsbericht vom 30. August 2023 «Verhindern die Anlagerichtlinien der BVV 2 nachhaltiges Anlegen?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.4111 Kinder und Jugendliche vor der Handykamera nicht alleine lassen. Täter stoppen, die Kinder dazu anleiten oder erpressen, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen (Rosmarie Quadranti [Heinz Siegenthaler])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen, technischen und sonstigen Massnahmen nötig sind, damit Kinder und Jugendliche nicht ungehindert zur Herstellung von kinderpornografischem Material erpresst oder angeleitet werden können.

Postulatsbericht vom 11. Januar 2023 «Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Cyber-Sexualdelikten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3119 Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie Daten zur Prävalenz und zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern, die auf Bundesebene, in den Kantonen und bei Kinderschützorganisationen vorhanden sind, zu einer Gesamtschau zusammengeführt und systematisch ausgewertet werden, damit Lücken erkannt und behoben werden können.

Postulatsbericht vom 15. September 2023 «Analyse der Möglichkeit einer gesamtschweizerischen Zusammenführung von Daten zur Prävalenz und zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.4559 Koordination der Instrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung (Peter Hegglin)

Eingereichter Text:

Es besteht eine zunehmende Nachfrage nach finanziellen Mitteln für die Kinder- und Jugendförderung. Das Parlament hat kürzlich einer erheblichen Erhöhung des Kredits A231.0246 (Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung) zugestimmt. Verschiedene Organisationen sind sowohl in der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung wie auch in anderen vom Bund unterstützten Förderbereichen wie beispielsweise der Sport- oder der Kulturförderung aktiv. Der Bundesrat wird eingeladen, aufzuzeigen, inwiefern die betroffenen Fördersysteme koordiniert, welche Entwicklungen in diesen zu erwarten sind und welche Folgen sich daraus für die künftige Ausgestaltung und das Zusammenspiel der Förderinstrumente ergeben.

Postulatsbericht vom 30. August 2023 «Koordination der Finanzhilfen des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3002 Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) sprachlich modernisiert werden könnte. Das gilt einerseits für den Begriff der Kinderrente, andererseits auch für Begriffe, die heute einen abwertenden Charakter haben oder angesichts des Alters des Gesetzes nicht mehr aktuell sind. Dabei wäre auch darzustellen, in welche anderen Erlasse, insbesondere der Sozialversicherungsgesetzgebung, die neu vorgeschlagenen Begriffe übernommen werden sollten. Zudem sollten die mit diesen Änderungen verbundenen Kosten geschätzt und dargestellt werden.

Postulatsbericht vom 15. September 2023 «Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.4404 Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Entwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Invalidenversicherung (IV) auch für kranke Kinder und Jugendliche Assistenzhunde wie beispielsweise Epilepsie-Begleithunde bezahlt. Heute werden Beiträge nur an Erwachsene ausgerichtet.

Der Anhang der Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung (HVI; SR 831.232.51) wurde angepasst. Die Verordnungsänderung vom 14. November 2023 (AS 2023 677) tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3687 Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine nationale Kampagne zu lancieren, welche Kinder und Jugendliche für die negativen Folgen von Mobbing und Cybermobbing sensibilisiert sowie auf mögliche strafrechtliche Folgen hinweist. Im Sinne einer Täterinnen- und Täterprävention soll dabei insbesondere auf die Täterinnen und Täter sowie die Zuschauenden fokussiert werden.

Die Social-Media-Kampagne «Not a Joke» wurde im Sommer 2023 in Kooperation mit Pro Juventute und der Schweizerischen Kriminalprävention erfolgreich durchgeführt. Mit der Kampagne wurden 13- bis 20-jährige Jugendliche via TikTok und Instagram für die Themen Mobbing und Cybermobbing sensibilisiert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3691 Automatische Ausstellung eines Ausweises für den Bezug einer Hilflosenentschädigung (Christian Lohr)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen Grundlagen zu schaffen, damit der heute nur auf explizites Verlangen hin ausgestellte IV-Ausweis, der den Bezug einer Hilflosenentschädigung (HE) bestätigt, automatisch ausgestellt wird (analog zu Personen mit IV-Rente). Dies namentlich für folgende Personengruppen:

1. *Kinder mit einer HE,*
2. *Erwachsene, die eine HE, aber keine IV-Rente erhalten,*
3. *Personen im AHV-Alter, die eine HE erhalten.*

Die IV-Stellen wurden mit IV-Rundschreiben Nr. 413 vom 8. März 2022 (www.bsv.admin.ch > IV > Grundlagen IV > Individuelle Leistungen > Rundschreiben > Rundschreiben 413) angewiesen, die Ausweise von Amtes wegen auszustellen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3452 Auszahlungsmodell für Dienstleistungen von Dritten im Bereich der Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Praxis nach Artikel 9 der Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung (HVI) dahingehend anzupassen, dass die monatlichen Vergütungen für Dienstleistungen, die von Dritten erbracht werden müssen, flexibel im Sinne eines Jahreskontingents (jährliches Erwerbseinkommens der versicherten Person oder maximal des anderthalbfachen Mindestbetrags der ordentlichen Altersrente eines Jahres übersteigend) verrechnet werden.

Eine Minderheit der Kommission (Rösti, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Glarner, Herzog Verena, Schläpfer) beantragt, die Motion abzulehnen.

Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung (HVI; SR 831.232.51) wurde angepasst. Die Verordnungsänderung vom 14. November 2023 (AS 2023 677) tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.4036 Orthopädische Schuhe für Personen mit Diabetes. Stopp der schmerzlichen Verschlechterung der Leistungen beim Übergang von der IV zur AHV! (Baptiste Hurni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung (HVA, SR 831.135.1) so zu ändern, dass jährlich Anspruch auf mindestens ein Paar orthopädische Schuhe besteht.

Der Anhang der Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung (HVA, SR 831.135.1) wurde angepasst. Die Verordnungsänderung vom 14. November 2023 (AS 2023 676) tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2020 M 18.3828 Gesundheitsrisiken wegen Selenmangel. Massnahmen (Jacques Bourgeois)

Eingereichter Text:

Ich beauftrage den Bundesrat:

- a. ein Monitoring aufzubauen, das den Selengehalt in unseren Lebensmitteln überwacht;*
- b. die Risiken und die Vorteile von Selen für die Gesundheit von Mensch und Tier zu beschreiben;*
- c. den Selenanteil zu bestimmen, der von der inländischen Produktion bereitgestellt werden kann, und darzulegen, welche Lebensmittel hauptsächlich Selen beinhalten;*
- d. die Massnahmen aufzulisten, die aus seiner Sicht nötig und zielführend sind, um die Risiken in Zusammenhang mit Selenmangel in unseren Nahrungs- und Futtermitteln für Mensch und Tier zu minimieren.*

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat im Schweizerischen Ernährungsbulletin 2023 die Studie «Selen: Status der Schweizer Bevölkerung und Auswirkungen einer vegetarischen und veganen Ernährung» veröffentlicht (www.blv.admin.ch > Lebensmittel und Ernährung > Ernährung > Schweizer Ernährungsbulletin > Schweizer Ernährungsbulletin 2023).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.3112 Food Waste. Stopp der Lebensmittelverschwendung (Martina Munz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Lebensmittelgesetz (LMG), Artikel 7 Absatz 4, wie folgt zu ergänzen: Der Bundesrat kann besondere Bestimmungen erlassen für die Abgabe von Lebensmitteln an zertifizierte Organisationen oder Personen, zwecks Verhinderung von Lebensmittelverlusten. Der Schutz der Gesundheit muss jederzeit gewährleistet sein.

Der Bundesrat hat mit der Änderung vom 8. Dezember 2023 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV; SR 817.02; AS 2024 9) die Grundlagen geschaffen zur Erleichterung der Umverteilung von Lebensmitteln. Der neue Artikel 39

Absatz 1^{bis} LGV schafft die lebensmittelrechtlichen Bedingungen, damit Lebensmittelbetriebe Backwaren über gemeinnützige steuerbefreite Organisationen umverteilen können. Zudem hat das EDI mit der Änderung vom 8. Dezember 2023 der Hygieneverordnung EDI (HyV; SR 817.024.1; AS 2023 829) in Artikel 27c HyV Regelungen zur Umverteilung von Lebensmitteln erlassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3910 Deklaration des Produktionslandes von Brot und Backwaren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das aktuelle Gesetz so anzupassen, dass die Geschäfte, welche direkt oder in verarbeiteter Form (z. B. Sandwiches) Brot und Backwaren verkaufen oder bereitstellen (z. B. Restaurants), an einem für den Kunden sichtbaren Platz das Produktionsland (bei verarbeiteten Produkten wie Sandwiches das Produktionsland des Brotes) anzugeben.

Der Bundesrat hat mit der Änderung vom 8. Dezember 2023 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV; SR 817.02; AS 2024 9) beschlossen, dass bei Brot und Feinbackwaren, ausser Dauerbackwaren, ganz oder in Stücken, das Produktionsland im Offenverkauf grundsätzlich immer schriftlich anzugeben ist (Art. 39 Abs. 2 Bst. d LGV).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.4349 Ressourcenverschleiss bei Verpackungen verkleinern. Verkauf von tiefgekühlten Lebensmitteln ohne Vorverpackung erlauben (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Lebensmittelrecht so anzupassen, dass eine Abgabe von nicht vorverpackten Tiefkühlprodukten an die Konsumentinnen und Konsumenten möglich wird.

Das EDI hat mit der Änderung vom 8. Dezember 2023 der Hygieneverordnung EDI (HyV; SR 817.024.1; AS 2023 829) in Artikel 25 Absatz 4 Buchstabe b HyV vorgesehen, dass tiefgefrorene Lebensmittel im Einzelhandel zur direkten Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten nicht mehr vorverpackt sein müssen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3005 Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich "Jugend und Ernährung" bestehen, wie diese finanziert werden und an welche Zielgruppe sie sich wenden. Weiter soll der Bericht Angebotslücken eruieren und Massnahmen zur besseren Koordination und Kommunikation der Angebote aufzeigen, zum Zweck einer Strategie für eine nachhaltige Ernährung.

Eine Minderheit der Kommission (Huber, Haab, Gafner, Gutjahr, Herzog Verena, Keller Peter, Umbricht Pieren) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 22. September 2023 «Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

2021 P 19.4031 Für ein verhältnismässiges Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Albert Vitali)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat soll darüber Bericht erstatten, wie die rechtlichen Grundlagen im Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) so anzupassen sind, dass Überwachungsmassnahmen für Anbieterinnen von Dienstleistungen im Fernmeldebereich verhältnismässig ausfallen. Unter Verhältnismässigkeit fallen vor allem die durch die diesen Anbieterinnen auferlegten Pflichten verursachten Kosten.

Postulatsbericht vom 18. Oktober 2023 «Für ein verhältnismässiges Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Justiz

2016 M 14.3022 Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (Natalie Rickli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird.

Die Umsetzung der Motion wurde im Rahmen der Revision des Sexualstrafrechts (Geschäft 18.043 «Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht»; Vorlage 3) geprüft. Die RK-S hat 2021 einen Vorentwurf zur Revision des Sexualstrafrechts in die Vernehmlassung geschickt. Sie hat in dieser Vorlage explizit darauf verzichtet, einen speziellen Tatbestand zum Posing einzuführen. Seit der Einreichung der Motion hat sich die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Pornografie massgebend geändert. Gemäss RK-S ist ein Posing-Tatbestand rechtlich heikel und würde auch in der Praxis zu kaum lösbaren Schwierigkeiten führen. Mit der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung wird aufgenommen, was die Motion im Kern verlangt.

Das revidierte Sexualstrafrecht wurde in der Sommersession 2023 vom Parlament verabschiedet. Die Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen und die Bestimmungen werden am 1. Juli 2024 in Kraft treten (AS 2024 27).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 16.3263 Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und -juristen (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird mit Folgendem beauftragt:

- 1. Vorlage eines Berichtes zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristen insbesondere in den USA im Vergleich zur aktuellen Situation in der Schweiz;*
- 2. Aufzeigen der sich daraus für schweizerische internationale Firmen insbesondere in den USA ergebenden Problematik a. in der Vergangenheit, b. aktuell und c. in Zukunft;*
- 3. Vorlage von möglichen Lösungsvarianten, z. B. im Rahmen der in nächster Zeit vorgesehenen Revisionen der ZPO und StPO oder im Hinblick auch auf staatsvertragliche Lösungen.*

Das Postulat verlangt die Vorlage eines Berichtes zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristinnen und -juristen sowie die Vorlage von möglichen Lösungsvarianten. In seiner Antwort vom 25. Mai 2016 vertrat der Bundesrat die Ansicht, dass die Ausarbeitung eines neuen Berichtes zu dieser bereits sehr breit diskutierten Frage keine neuen Elemente zu Tage bringen würde. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament jedoch mit seiner Botschaft vom 26. Februar 2020 zur Revision der Zivilprozessordnung (BBl 2020 2697) einen Vorschlag. Dieser bestand darin, einen neuen Artikel 160a in die Zivilprozessordnung (ZPO; SR 272) aufzunehmen und eine besondere Ausnahme von der generellen Mitwirkungspflicht gemäss Artikel 160 ZPO für unternehmensinterne Rechtsdienste vorzusehen. Am 17. März 2023 hat das Parlament die Änderung der ZPO, die einen neuen Artikel 167a ZPO (Verweigerungsrecht betreffend die Tätigkeit eines unternehmensinternen Rechtsdienstes) umfasst, verabschiedet (BBl 2023 786).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats aufgrund der vom Parlament beschlossenen Gesetzesänderung als hinfällig und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3098 Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen seines Berichtes «Strategische Stossrichtung für die Finanzmarktpolitik» eine mögliche Einführung des Rechtsinstituts des Trusts ins schweizerische Privatrecht sowie eine Anpassung des anwendbaren Steuerrechts zu prüfen.

2019 M 18.3383 Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen für einen Schweizer Trust zu schaffen.

Das Postulat 15.3098 verlangt vom Bundesrat die Prüfung einer möglichen Einführung des Rechtsinstituts des Trusts ins schweizerische Privatrecht sowie einer Anpassung des anwendbaren Steuerrechts. Diese Prüfung erfolgte im Rahmen der Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Obligationenrechts (Einführung des Trusts); die Vernehmlassung dauerte vom 12. Januar bis am 30. April 2022. Da der Bundesrat auf die Ausarbeitung einer Botschaft verzichtet und die Abschreibung der Motion 18.3383 mit dem Bericht vom 15. September 2023 beantragt hat (BBl 2023 2248), ist auch das Postulat 15.3098 als erfüllt zu betrachten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 P 17.3269 Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob das Anliegen der Standesinitiativen des Kantons Tessin, eine systematische Einholung von Strafregisterauszügen von zuziehenden EU-Angehörigen einzuführen (15.320 und 15.321), durch einen Beitritt zum EU-Programm Ecris (European Criminal Records Information System) ganz oder zumindest teilweise erfüllt werden kann.

Postulatsbericht vom 23. August 2023 «Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu ECRIS».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2018 P 18.3248 Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (Géraldine Marchand-Balet)

Eingereichter Text:

Geplante Obsoleszenz ist eine Strategie der Industrie, bei der die Konsumentinnen und Konsumenten getäuscht werden, um die Ersatzrate eines Produktes zu steigern. Die rasanten technologischen Fortschritte der letzten Jahre haben die Zahl der Fälle von geplanter Obsoleszenz erhöht.

Daher wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die Rechtslage in der Schweiz in Bezug auf geplante Obsoleszenz zu erstellen und sie mit der Rechtslage auf internationaler Ebene zu vergleichen.

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 18.4092 Auswirkungen von «Loyalitätsaktien» (Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die möglichen Vor- und Nachteile und die Auswirkungen von sogenannten Loyalitätsaktien aufzuzeigen, wie sie vom Nationalrat während der Sommersession 2018 im Rahmen der Beratung der Aktienrechtsrevision 16.077 beschlossen worden sind. Berücksichtigt werden sollen insbesondere die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sowie die allfälligen Konsequenzen, welche diese Loyalitätsaktien in Situationen wie Sanierung oder Unternehmensnachfolge für ein Unternehmen haben könnten, insbesondere abhängig von der vorgesehenen Haltedauer. Der Bericht soll neben einer Regulierungsfolgenabschätzung überdies rechtsvergleichend darstellen, welche möglichen Umsetzungsvarianten im schweizerischen Aktienrecht allenfalls denkbar wären und inwiefern in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht.

Postulatsbericht vom 15. Februar 2023 «Auswirkungen von «Loyalitätsaktien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 18.4263 Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums prüfen (Diana Gutjahr)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, ob und wie es in Abweichung von der heute geltenden Praxis möglich ist, laufende Steuern bei der Berechnung des Notbedarfs zu berücksichtigen, und entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 1. November 2023 «Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3570 Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft (Daniel Jositsch)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gemäss Artikel 123 des Parlamentsgesetzes (ParIG) beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob Anpassungen in der Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft notwendig oder zweckmässig sind. Namentlich sind folgende Fragen zu klären:

1. Sind die im Reglement vom 11. Dezember 2012 über die Organisation und Verwaltung der Bundesanwaltschaft festgelegte Struktur und Organisation der Bundesanwaltschaft zweckmässig und den Anforderungen angemessen?
2. Ist die in den Artikeln 23ff. der Strafprozessordnung (StPO) geregelte Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft zweckmässig und den Bedürfnissen einer wirksamen Strafverfolgung angemessen?
3. Entspricht die in den Artikeln 23ff. des Strafbehördenorganisationsgesetzes geregelte Aufsicht über die Bundesanwaltschaft den an sie gestellten Anforderungen?

Postulatsbericht vom 11. Oktober 2023 «Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3759 Konsumkreditgesetz. Digital taugliche Formerfordernisse (Marcel Dobler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie das Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG) so geändert werden kann, dass ein Konsumkreditvertrag unter Wahrung des heutigen Schutzniveaus für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer nebst der einfachen Schriftlichkeit in einer digital tauglichen Form abgeschlossen und widerrufen werden kann.

Postulatsbericht vom 15. September 2023 «Überprüfung der Formvorschriften im Privatrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 20.3388 Ordnungsbussen. Die Personen schützen, die Ordnungsbussen verhängen (Jean-Luc Addor)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des Ordnungsbussengesetzes vorzulegen, mit der die Pflicht der Person, die die Ordnungsbusse verhängt, auf der Quittung oder dem Bedenkfristformular ihren Vor- und Nachnamen anzugeben, ersetzt wird durch die Pflicht, lediglich ihre Matrikelnummer anzugeben.

Das Parlament hat das Anliegen der Motion mit der Änderung vom 17. Juni 2022 des Ordnungsbussengesetzes (SR 314.1; im Rahmen der Änderung der Strafprozessordnung, AS 2023 468) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3451 Imame in der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Ergänzung zum Postulat 16.3314 (Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen) in einem Bericht darzulegen, wie Personen besser kontrolliert werden können, die anlässlich von religiösen Reden und Predigten terroristisches oder gewalttätig-extremistisches Gedankengut verbreiten. Dabei zeigt er namentlich die Vor- und Nachteile einer Einführung eines Bewilligungsverfahrens für Imame, eines öffentlichen Imam-Registers, sowie der Einführung eines Auslandsfinanzierungsverbotes für Moscheen auf. Schliesslich legt er dar, in welchen Bereichen aus seiner Sicht Handlungsbedarf besteht.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Massnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von gewaltextremistischem und terroristischem Gedankengut in religiösen Vereinigungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.3783 Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht (Lars Guggisberg)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, die Totalrevision des Genossenschaftsrechts zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Insbesondere ist darzulegen, welche genossenschaftsrechtlichen Elemente einer zwingenden Reform bedürfen, um die Rechtsform der Genossenschaft zeitgemäss und zukunftsfähig auszugestalten. Dabei ist sicherzustellen, dass eine Revision des Genossenschaftsrechts aufgrund einer Gesamtbetrachtung vorgenommen wird und nicht bloss punktuelle Neuerungen eingeführt werden. Das geltende Genossenschaftsrecht zeichnet sich durch eine grosse Gestaltungsfreiheit und Flexibilität aus, die möglichst beizubehalten sind. Zusätzliche administrative Hürden sind zu vermeiden. Zudem ist der Bundesrat eingeladen, insbesondere die folgenden Punkte zu prüfen:

1. *Ob für Genossenschaften in Übereinstimmung mit dem Prinzip des gleichen Rechts für gleiche wirtschaftliche Sachverhalte keine Nachteile gegenüber anderen Rechtsformen bestehen.*
2. *Ob eine Änderung der Legaldefinition der Genossenschaft - insbesondere unter Beibehaltung ihres personenbezogenen Charakters - vorzunehmen ist und ob das Kriterium der "Selbsthilfe" weiterhin zeitgemäss ist.*
3. *Ob die Treuepflicht der Genossenschaftsmitglieder weiterhin zeitgemäss ist.*
4. *Ob die bestehende Mindestanzahl von sieben Gründungsmitgliedern zeitgemäss ist respektive inwieweit die Mindestanzahl von Gründungsmitgliedern reduziert werden kann.*
5. *Ob die Grössenunterschiede der Genossenschaften bezogen auf die Mitgliederanzahl eine differenzierte Regulierung erfordern (Auskunftsrechte, Kontrollrechte, Traktandierungsrechte etc.).*
6. *Ob und wie die Partizipationsrechte von Genossenschaftsmitgliedern gleichwertig ausgestaltet werden können und wie das Recht auf Information für die Mitglieder verstärkt werden kann.*

7. *Ob es die Schaffung neuer Instrumente zur Eigenkapitalfinanzierung von Genossenschaften braucht (z.B. Beteiligungsschein ohne Mitgliedschafts- und Stimmrechte).*
8. *Ob es weiterhin Verweise auf das Aktienrecht braucht respektive ob aus dem Aktienrecht übernommene Verpflichtungen in das Genossenschaftsrecht überführt werden können.*

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2021 P 19.4016 Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei? (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen:

1. *wie das Fedpol zielführend die Schnittstelle zwischen internationaler Ebene und Kantonen im Bereich der Pädokriminalität wahrnimmt sowie welche strukturellen, personellen und technischen Mittel dazu nötig sind;*
2. *wie mit den ständig ansteigenden Verdachtsmeldungen aus dem Ausland umgegangen wird, damit diese ebenso sorgfältig geprüft werden können und zu den nötigen Strafverfahren in den Kantonen führen;*
3. *wie mit Verdachtsmeldungen umgegangen wird, welche zwar die Schweiz betreffen, jedoch nicht eindeutig einem Kanton zugeordnet werden können;*
4. *wie eine wirksame nationale Meldestelle für Verdachtsmeldungen auf sexuelle Gewalt an Kindern online konzipiert sein sollte;*
5. *welche gesetzlichen, technischen, personellen und sonstigen Massnahmen nötig sind, damit die Bundespolizei ihre Aufgabe der Bekämpfung der Pädokriminalität wirksam wahrnehmen kann.*

2021 P 19.4105 Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen (Fabio Regazzi)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen und sonstigen Massnahmen nötig sind für eine wirksame Bekämpfung von Kinderprostitution im Internet via Live-Streaming (sexueller Missbrauch eines Kindes vor der Webcam zwecks Live-Schaltung des Täters). Dabei soll insbesondere auch die Verwendung von kindlichaussehenden Avataren und computergeneriertem Bild- und Videomaterial geprüft werden. Dabei gilt es zu beachten, dass kein kinderpornografisches Material produziert und in Umlauf gebracht werden darf und insbesondere Artikel 197 des Strafgesetzbuches (StGB) nicht verletzt wird.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Massnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern im Internet und Kindsmisbrauch via Live-Streaming».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2021 M 20.4477 Jetzt mit Algerien Rückführungen auf dem Seeweg verhandeln! (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zwangsweise Rückführungen nach Algerien tatsächlich zu vollziehen:

1. *Eine technische Vereinbarung mit Algerien zu verhandeln, um die Rückführungen auf dem Seeweg zu erlauben;*
2. *Die Bewilligung eines Transitland (z. B. Frankreich, Italien oder Spanien), zwecks Seezugang zu erhalten;*
3. *Ein Immigration Liaison Officer (ILO) in Algerien zu entsenden.*

Die Thematik der maritimen Rückführungen wurde 2022 mit Algerien anlässlich zweier Migrationsdialoge angesprochen. Im Laufe dieser Dialoge wurden verschiedene Optimierungsmassnahmen mit den algerischen Behörden vereinbart, die dazu beitragen, die bestehenden Hindernisse bei der Durchführung des Wegweisungsvollzuges zu beseitigen. Im Verlauf der Verhandlungen gelang es ebenfalls, eine Einigung über eine für die Schweiz weit vorteilhaftere Form der Rückführung zu verhandeln: Algerien stimmte erstmals der Durchführung von Sonderflügen zu. Sonderflüge sind maritimen Rückführungen in jeder Hinsicht vorzuziehen: Sie sind deutlich kostengünstiger, weit weniger zeitaufwendig und zudem aus polizeilicher Sicht sicherer als maritime Rückführungen. Eine maritime Rückführungsoperation dauert rund drei Tage und erfordert die Zuführung der weggewiesenen Person an den entsprechenden Schweizer Flughafen, einen Zubringerflug (der technisch einem Sonderflug gleichkommt) an einen Flughafen in Meeresnähe, den Transfer an den Hafen, die Überfahrt auf der Fähre sowie den Rückflug der begleitenden Kantonspolizisten und -polizistinnen. Auch aus Sicht der Kantone sind Sonderflüge unbestrittenermassen die klar bevorzugte Option. Die Frage, ob maritime Rückführungen durchgeführt werden können, stellt sich somit nur dann, wenn keine Sonderflüge möglich sind. Die Schweiz führt seit 2023 Sonderflüge nach Algerien durch. Schliesslich hat auch die Schweiz ihre Präsenz vor Ort verstärkt und einen Migrationsdelegierten nach Tunis entsandt. Dieser ist auch für Algerien zuständig. Das vom Motionär angestrebte Ziel, die Rückkehr von besonders renitenten Personen zu ermöglichen, wird damit erreicht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2021 P 21.4176 Cyberrisiken im All (Judith Bellaiche)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, eine Auslegeordnung über die Situation der Schweiz im Kontext der wachsenden Digitalisierung des Weltraums und die einhergehenden Cyberrisiken zu erstellen sowie daraus erforderliche Massnahmen zu formulieren.

Postulatsbericht vom 25. Oktober 2023 «Cyberrisiken im All».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4382 Eine Armee, die ihre Auswirkungen auf die Biodiversität senkt (Céline Vara)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat, insbesondere das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), wird beauftragt, drei zusätzliche Ziele in den Aktionsplan Biodiversität, der zurzeit ausgearbeitet wird, aufzunehmen. Erstens soll kurzfristig auf synthetische Pestizide auf allen vom Personal des VBS bewirtschafteten Flächen verzichtet werden (in ausserordentlichen Fällen können Ausnahmen vorgesehen werden). Zweitens sollen Wildtierkorridore und Korridore zum Schutz der Artenvielfalt auf den Grundstücken der Armee, wo dies möglich ist, geschaffen und erhalten werden. Drittens soll die Lichtverschmutzung durch die Infrastruktur der Armee, die objektiv gesehen nachts nicht beleuchtet werden muss, beseitigt werden.

Das VBS hat seinen Aktionsplan Biodiversität am 22. Juni 2023 veröffentlicht (abrufbar unter www.vbs.admin.ch > Umwelt > Umweltleitbild > Biodiversität > Übersicht). Darin wurden Ziele und Massnahmen zum Einsatz von Pestiziden, zur Schaffung von Lebensräumen und zur Vermeidung von Lichtverschmutzung auf seinen Arealen festgelegt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Gruppe Verteidigung

2018 M 17.3510 Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern (Jean-René Fournier)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, den Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern so anzupassen, dass nicht nur Eigentum und Unterhalt eines Mindestbestands von 65 Reitpferden durch das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gewährleistet wird, sondern auch der Erhalt damit verbundener, ausserdienstlicher sportlicher und kultureller Aktivitäten, Letzteres in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen.

Der Veterinärdienst der Armee, die armasuisse und das Nationale Pferdezentrum haben einen neuen Vertrag ausgearbeitet, der ab 1. Januar 2024 gelten wird. Das Kostendach des Vertrags beträgt 2,7 Millionen Franken und die Obergrenze der maximalen Anzahl an Reitpferden wurde auf 55 festgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung

2021 P 19.3779 Fotovoltaik. Offensive der Armee (Beat Jans [Gabriela Suter])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht die sicherheitspolitischen Risiken der aktuellen Abhängigkeit der Armee von fossilen Energien und von weiträumigen Stromtransporten abzuschätzen. Die Armee braucht eine Strategie, um diese Risiken durch die dezentrale Produktion von neuen erneuerbaren Energien zu minimieren. Namentlich die Nutzung des bedeutenden Fotovoltaikpotenzials der Armee und die damit verbundenen rechtlichen und finanziellen Fragen sind vertieft darzulegen.

Postulatsbericht vom 18. Oktober 2023 «Relevanz erneuerbarer Energien für die Armee».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 19.4244 Weniger Bürokratie für die Milizkader unserer Armee! (Jean-Luc Addor)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht die administrativen Abläufe darzulegen, die für die Milizkader unserer Armee bei der Ausübung ihrer Funktion eine übermässige Belastung darstellen. Dargelegt werden soll auch, inwieweit diese Belastung in letzter Zeit zugenommen hat. Der Bericht soll schliesslich Vorschläge enthalten für Massnahmen zur Verringerung dieser administrativen Belastung.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Weniger Bürokratie für die Milizkader der Armee».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.4599 Ein zeitgemässer Sold für unsere Soldaten! (David Zuberbühler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den Sold für Angehörige der Armee an die Kaufkraft anzupassen und regelmässig zu überprüfen.

Der Sold der Armeeeingehörenden wurde per 1. Januar 2023 erhöht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3013 Die Sicherheit der Schweiz angesichts der Drohnentechnologie (Sicherheitspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Auswirkungen die Drohnentechnologie auf die Sicherheit der Schweiz hat, wie sich die Schweiz gegen mit Drohnen geführte feindliche Aktionen wappnen kann und wer in diesem Bereich zuständig ist.

Postulatsbericht vom 2. März 2022 «Die Sicherheit der Schweiz angesichts der Drohnentechnologie».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Rüstung

2021 P 21.3245 Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren (Priska Seiler Graf)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern vorliegen und mit welchen Instrumenten er diese in Zukunft minimieren will.

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3246 Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren (Priska Seiler Graf)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht die Risiken aufzuzeigen und Lösungsansätze zu prüfen, wenn namentlich in Märkten für hochspezialisierte Produkte mit wenig Anbietern Angehörige des obersten Kadern aus dem Staatsdienst in den in diesen Märkten tätigen Privatsektor übertreten (sogenannte Pantouflage) oder unser Milizsystem zusätzlich zur Vermischung von dienstlichen und privaten Pflichten und Interessen beiträgt.

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Sport

2021 P 21.3078 Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im BASPO (Aline Trede)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht eine geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im Bundesamt für Sport BASPO darzulegen.

Postulatsbericht vom 29. November 2023 «Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im BASPO».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2014 P 12.4050 Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Nach der Annahme der Motion 12.3009 „Förderung der Mehrsprachigkeit“, durch das Parlament im September 2012 wird der Bundesrat hiermit beauftragt, bis Ende März 2013 einen Bericht über die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung vorzulegen. Der Bericht soll, gestützt auf die Organigramme der einzelnen Einheiten, für sämtliche Generalsekretariate und Bundesämter die Sprachzugehörigkeit (Muttersprache) der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - und wenn möglich ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter - sowie der Personalchefinnen und -chefs und der Mitglieder interdepartementaler Gremien untersuchen und darlegen. Die Zahlen sind in tabellarischer Form darzustellen (absolute Zahlen und Prozentzahlen; pro Departement und Amt), sodass die Zahlen periodisch aktualisiert und verglichen werden können.

2014 P 12.4265 Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (Ignazio Cassis)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, bis Mitte 2013 einen Bericht über die prioritären Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung vorzulegen.

In Ergänzung zur vertieften Untersuchung der Sprachkompetenzen in den Führungsetagen der Bundesverwaltung, die mit dem Postulat Romano 12.4050 verlangt wird, soll der Bericht anhand der Organigramme der einzelnen Departemente und Ämter diejenigen Einheiten benennen, in denen das Bedürfnis nach Kompetenzen in mehreren Sprachen nicht nur mit den Fähigkeiten von Einzelpersonen und der Erweiterung ihres persönlichen Horizonts verbunden ist, sondern in denen Sprachkompetenzen effektiv notwendig sind, um die Beziehungen zu den verschiedenen Landesteilen und zum Ausland angemessen pflegen zu können.

Mit der Revision vom 27. August 2014 der Sprachenverordnung (SR 441.11; AS 2014 2987;) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014 (BBl 2014 6659), beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Postulate im Grundsatz umgesetzt worden. Im Rahmen des Berichts «Förderung der Mehrsprachigkeit. Evaluationsbericht 2019–2023 zur Mehrsprachigkeitspolitik und strategische Ziele 2024–2027», den der Bundesrat am 8. Dezember 2023 zur Kenntnis genommen hat (www.plurilingua.admin.ch > Themen > Evaluation, Monitoring und Koordination), konnten die letzten noch pendenten Fragen mit einer detaillierten Situations- und Bedarfsanalyse beantwortet werden.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3921 Bericht über die Einhaltung der Weisungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Staatspolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Gestützt auf die Erkenntnisse aus dem Bericht 2019 zur Förderung der Mehrsprachigkeit der Bundesverwaltung, ist der Bundesrat beauftragt einen Bericht zu verfassen über die Einhaltung der Weisungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung, insbesondere die Punkte 31, 32, 35 und 44. Des Weiteren soll der Bundesrat prüfen, ob Anpassungen oder Ergänzungen der Weisungen notwendig sind.

Gemäss der Stellungnahme des Bundesrates vom 19. August 2020 erfolgte die im Postulat geforderte Überprüfung der Einhaltung der Ziffern 31, 32, 35 und 44 der Mehrsprachigkeitsweisungen sowie der Notwendigkeit einer allfälligen Anpassung der Weisungen im Rahmen des vierjährigen Evaluationsberichts 2019–2023 zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung (www.plurilingua > Themen > Evaluation, Monitoring und Koordination). Die mittels Webapplikation erfolgte Datenerhebung ermöglichte eine vertiefte Analyse der von den Departementen umgesetzten Massnahmen zur Einhaltung der Mehrsprachigkeitsweisungen, insbesondere eine Analyse derjenigen Massnahmen, die zur Anstellung von Bewerbenden aus Sprachminderheitsregionen beitragen können. Die Ergebnisse wurden im Bericht «Förderung der Mehrsprachigkeit. Evaluationsbericht 2019–2023 zur Mehrsprachigkeitspolitik und strategische Ziele 2024–2027» veröffentlicht, den der Bundesrat am 8. Dezember 2023 zur Kenntnis genommen hat. Sie zeigen, dass derzeit kein Bedarf zur Anpassung der Weisungen besteht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4594 Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen (Judith Bellaiche)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat ist beauftragt zu prüfen, inwiefern Ethisches Hacking als Grundsatz für die Erhöhung der Cybersicherheit zu institutionalisieren und in Bundesverwaltung und bundesnahen Betrieben mit den folgenden Massnahmen zu fördern:

- 1. Öffentliche Verwaltung und bundesnahe Betriebe sollen Offenlegungsrichtlinien, sogenannte Vulnerability Disclosure Guidelines, erarbeiten. Diese Richtlinien sollen einen klar geregelten Ablauf beim Auffinden einer Sicherheitslücke in einem Datenverarbeitungssystem vorsehen und eine koordinierte Offenlegung durch Dritte, sogenannte Coordinated Disclosure, sicherstellen.*

Die Richtlinien legen insbesondere fest, welche Systeme überprüft werden dürfen, welche Tests dazu erlaubt sind und wohin eine Lücke gemeldet werden kann. Sie schaffen Rechtssicherheit für Ethische Hacker, indem sie den Verzicht auf Strafverfolgung regeln, sofern die Bedingungen der Richtlinien eingehalten worden sind.

2. *Die Betriebe sollen ihre Datenverarbeitungssysteme proaktiv im Rahmen von Bug Bounty Programmen auf Schwachstellen prüfen lassen. Davon ausgenommen sind klassifizierte Systeme. Da diese Programme in der Regel erfolgsbasiert prämiert werden, sollen die Budgets der Staats- und staatsnahen Betriebe entsprechen ausgestaltet werden dürfen.*
3. *Das National Cyber Security Center (NCSC) unterstützt diesen Prozess aktiv und begleitet die Umsetzung.*

Postulatsbericht vom 23. November 2023 «Die Förderung des ethischen Hackings in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2023 M 19.4313 Nachhaltige Finanzflüsse aufzeigen (Leo Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Investitionen in nachhaltige Anlagen durch eine verbesserte Datengrundlage zu vereinfachen.

Das Anliegen der Motion wurde vom Bundesrat am 23. November 2022 im Klimabereich umgesetzt: Er hat die Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange verabschiedet und auf den 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt (SR 221.434). Auch in weiteren Nachhaltigkeitsbereichen setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass nachhaltige Anlagen durch eine verbesserte Datengrundlage vereinfacht werden. So unterstützt die Schweiz die vom Privatsektor angeführte internationale Taskforce für naturbezogene finanzielle Offenlegung («Taskforce on Nature-related Financial Disclosures», TNFD), die im September 2023 ein Rahmenwerk für Offenlegungen zu Biodiversitätsrisiken und -wirkungen veröffentlicht hat. Der Bundesrat begrüsst die Schaffung international vergleichbarer, aussagekräftiger Transparenz zu Biodiversitätsrisiken und -wirkungen im Finanzmarkt und verfolgt diese Arbeiten weiterhin eng.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2021 P 20.4257 Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz (Benedikt Würth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Entwicklung des demographischen Wandels in der Schweiz in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen vertieft zu analysieren und darzustellen, welche Auswirkungen sich daraus ergeben für die Ausgleichs- und Transfersysteme. Darüber hinaus ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen eine ausgewogenere Entwicklung des Landes begünstigt werden kann, indem regionale Wirtschaftsräume und Arbeitsplatzstandorte gestärkt werden.

Postulatsbericht vom 17. Mai 2023 «Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Personalamt

2021 P 20.4342 Missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob es sinnvoll ist, eine unabhängige nationale Anlaufstelle zu schaffen, der - unter Einhaltung des Persönlichkeitsschutzes - missbräuchliches Verhalten (körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt, Mobbing, Machtmissbrauch) in vom Bund kontrollierten oder beauftragten Einrichtungen gemeldet werden kann. Nötigenfalls leitet er eine entsprechende Anpassung der Rechtsgrundlagen in die Wege.

Postulatsbericht vom 29. November 2023 «Missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.4162 Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen in der Bundesverwaltung (Min Li Marti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob selbstorganisierte Verwaltungseinheiten in der Bundesverwaltung eingeführt werden sollen. Dank einer Organisationsform wie etwa der Holokratie soll dabei die Anpassungsgeschwindigkeit der entsprechenden Einheiten auf neue Herausforderungen erhöht werden. Damit könnten Reibungen zwischen hierarchischen Ebenen gemindert und die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber für SpezialistInnen erhöht werden.

Postulatsbericht vom 15. November 2023 «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen in der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2019 P 17.4292 Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken (Fathi Derder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Möglichkeiten und Folgen einer Senkung der Kapital- und der Vermögenssteuern von Unternehmen zu erstellen.

Postulatsbericht vom 22. November 2023 «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken.».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 M 19.3892 Keine Behinderung der hausärztlich koordinierten Versorgung durch den Fiskus (Ruth Humbel)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die von den Krankenversicherern im Rahmen von Managed-Care-Verträgen an Ärztenetze geleisteten Entschädigungen für die koordinierte Behandlung der Patienten als Teil der Heilbehandlung nach Artikel 21 Absatz 2 Ziffer 3 des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) zu definieren und von der Mehrwertsteuer (MWST) auszunehmen.

Die Motion wurde mit der Änderung vom 16. Juni 2023 des Mehrwertsteuergesetzes (SR 641.20; BBl 2023 1524) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2021 M 17.4123 Spirituosenwerbung. Bewährtes System beibehalten (Lorenz Hess)

Eingereichter Text:

Die Spirituosenbranche legt der Eidgenössischen Alkoholverwaltung seit Jahren ihre Werbeentwürfe freiwillig zur Vorprüfung vor. Die Oberzolldirektion will diese Vorprüfung ab dem 1. Juli 2018 kostenpflichtig machen.

Der Bundesrat wird gebeten, das EFD anzuweisen, von diesem ineffizienten und der Alkoholprävention schadenden Vorhaben abzusehen.

Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) hat auf die Einführung einer Gebühr für die Prüfung von Werbung für gebranntes Wasser verzichtet, und das bewährte System der kostenfreien Vorprüfung von Werbung für gebranntes Wasser wird weitergeführt. Zudem hat das BAZG die Information der Branche durch verschiedene Schulungen verbessert und ist daran, den massgebenden Leitfaden für die Beurteilung von Werbung für gebranntes Wasser zusammen mit der Branche zu überarbeiten. Die Zahl der Werbeeingaben ist von rund 1800 im Jahr 2021 auf rund 1200 im Jahr 2022 zurückgegangen und wird mit den erwähnten Massnahmen weiter gesenkt werden können.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2019 P 19.4379 Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 2 Absatz 7 des Binnenmarktgesetzes zu analysieren und mögliche Optionen zur Verbesserung aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 18. Oktober 2023 «Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3752 Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz (Martin Schmid)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht aus wirtschaftlicher und forschungspolitischer Sicht zu verfassen, wie der Pharma- und Biotech-Forschungs- und Unternehmensstandort Schweiz gesichert und gestärkt werden kann. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu beleuchten und zu prüfen:

1. *Stärkung der Pharma- und Biotech-Forschung, insbesondere im Bereich der Digitalisierung (Nutzung von Forschungs- und Gesundheitsdaten, etc.)*
2. *Stärkung der Forschungszusammenarbeit zwischen Pharma, Biotech, Start-ups und Universitäten (welche Schnittstellen können wie verbessert werden? Welche weiteren Massnahmen sind sinnvoll?)*
3. *Aussenwirtschaftliche Sicherung und Stärkung des Pharma-, Bio- und Medtech-Standorts (zB. durch Handelsabkommen, verbesserter Schutz des geistigen Eigentums, WTO-Pharmaabkommen, Verbesserung Zugang zu EU und weiteren Exportmärkten, etc.)*
4. *Sicherstellung des Zugangs zu qualifizierten Arbeitskräften für die Unternehmen und Institutionen des Pharma- und Biotechclusters (Aus- und Weiterbildung in der Schweiz, internationale Vernetzung des Forschungsplatzes sowie Zugang zum internationalen Arbeitsmarkt, etc.).*
5. *Förderung der Ansiedelung von forschungsgetriebenen und innovativen Unternehmen aus der Pharma- Bio- und Medtech-Branche (inkl. Verbesserungen und Beschleunigung beim Zulassungs- und Vergütungsprozess für innovative Produkte und Therapien).*
6. *Einsatz eines Beirats mit hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, Privatwirtschaft und Behörden, der den Bundesrat zur Zukunft der Pharma- und Biotechnologie berät.*

Postulatsbericht vom 25. Januar 2023 «Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3933 Steuerliche Anreize für einen nachhaltigen internationalen Handel (Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Förderung eines nachhaltigen internationalen Handels die Einführung von Grenzausgleichssystemen zu prüfen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten.

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Auswirkungen von CO₂-Grenzausgleichsmechanismen auf die Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4327 Massnahmenplan für den Wiedereinstieg von Frauen in die Arbeitswelt (Sibel Arslan)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesamtstrategie und einen Massnahmenplan zur Ermöglichung des Wiedereinstieges von Frauen in die Arbeitswelt zu erarbeiten. Dabei sind die unterschiedlichen Bedürfnisse, persönlichen Verhältnisse und die finanziellen Ressourcen der interessierten Frauen zu berücksichtigen.

Postulatsbericht vom 28. Juni 2023 «Wiedereinstieg und Verbleib in der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 18.3898 Effektiver Vollzug des Kartellgesetzes beim Kraftfahrzeughandel (Gerhard Pfister)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, durch eine auf Artikel 6 KG beruhende, verbindliche Regelung (Verordnung) sicherzustellen, dass die Regeln zum Schutz von Konsumenten und KMU vor wettbewerbsverzerrenden Praktiken in der Bekanntmachung vom 21. Oktober 2002 über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeughandel (KFZ-Bekanntmachung) effektiv vollzogen werden.

Der Bundesrat hat am 29. November 2023 die Verordnung über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeugsektor erlassen; sie wird am 1. Januar 2024 in Kraft treten (SR 251.6; AS 2023 772).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 20.3087 Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten (Hans-Peter Portmann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche Schutzmassnahmen nach dem "Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen (946.201)" getroffen werden können, um auf ausländische Blockaden von Lieferungen in die Schweiz unmissverständlich entgegenwirken zu können. Ebenfalls soll der Bundesrat aufzeigen, ob auf Grund der zunehmend protektionistischen Massnahmen ausländischer Staaten gegen den freien Warenverkehr, sich bei uns gewisse gesetzliche Anpassungen aufzwingen.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 21.3678 Integration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt durch einen Beitritt zum EWR (Roland Fischer)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Option einer Mitgliedschaft der Schweiz im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Postulatsbericht vom 9. Juni 2023 «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2021 P 19.3764 Bericht über die Umwelterziehung (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er verschiedene Möglichkeiten prüft, wie ein nationaler Aktionsplan zur Bildung in Nachhaltigkeit in der obligatorischen Schule gefördert werden könnte. Der Bund soll unter Wahrung der kantonalen Autonomie und unter Beachtung der zahlreichen bereits laufenden Projekte das Gesamtbild analysieren im Hinblick auf ein Querschnittskonzept zur Sensibilisierung und zur Bildung der Kinder und Jugendlichen in Umweltfragen und im sparsamen und bewussten Umgang mit den Ressourcen (Umweltbildung).

Postulatsbericht vom 16. Juni 2023 «Bildung für nachhaltige Entwicklung in der obligatorischen Schule».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3235 Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik (Mustafa Atici)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen,

- *weshalb sich die 2004 mit dem neuen Berufsbildungsgesetz Artikel 33 in Kraft gesetzten "anderen Qualifikationsverfahren" zum Nachweis beruflicher Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht im erwarteten Masse durchgesetzt haben;*
- *welche Erfahrungen in einzelnen Kantonen und europäischen Ländern bei der Validierung von informellen Lernleistungen sowie beruflicher und sonstiger Praxis vorliegen;*
- *wie sich daraus in Absprache mit den Verbundpartnern der Berufsbildung Vorschläge für eine neue Ausrichtung der Validierungsverfahren ableiten lassen.*

Postulatsbericht vom 22. November 2023 «Strategie «Validierung von Bildungsleistungen und Qualifizierungsmöglichkeiten für Erwachsene ohne Berufsabschluss».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3290 Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung (Maya Graf)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht in einem Bericht aufzuzeigen, welche Auswirkungen die COVID-19-, die Klimakrise und die beschleunigte Digitalisierung auf Arbeitsmarkt und Berufsbildung haben, speziell für Branchen unter starkem Strukturwandel. Der Bericht soll Perspektiven für die innovative Berufsfeldentwicklung aufzeigen: Wie können Initiativen, wie etwa "Digitale Schweiz", "Berufsbildung 2030" und die Energiewende zusammen mit den Kantonen und Dritten synergetisch weiterentwickelt werden?

2022 P 21.4342 Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Arbeitskräfte und der Wirtschaft in Einklang bringen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die Aus- und Weiterbildungsbedürfnisse der Wirtschaft bzw. des Arbeitsmarktes wirksam mit jenen der einheimischen Arbeitskräfte in Einklang gebracht werden können.

Eine Minderheit der Kommission (Aeschi Thomas, Burgherr, Dettling, Friedli Esther, Martullo, Schneeberger) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Arbeitskräfte – nachhaltige Berufsentwicklung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3687 Entwicklung der Vorgaben zu überbetrieblichen Kursen (Philippe Bauer)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur durchschnittlichen Entwicklung der Anzahl Tage für überbetriebliche Kurse (ÜK), die in den letzten zehn Jahren in den vom SBFJ erlassenen Bildungsverordnungen oder vom SBFJ genehmigten Bildungsplänen über die berufliche Grundbildung vorgesehen waren, vorzulegen. Im Bericht soll ebenfalls angegeben werden, ob zwischen den Berufen erhebliche Unterschiede bestehen und insbesondere wie sich die Anzahl ÜK-Tage bei den letzten Revisionen der Bildungsverordnungen oder der Bildungspläne veränderte. Zudem soll die Entwicklung der durchschnittlichen Kosten der ÜK pro Tag und lernende Person aufgezeigt werden. Schliesslich soll der Bundesrat in diesem Bericht über das Zuteilungsverfahren der ÜK sowie über die Befugnisse der Kontrollbehörde im Rahmen der Kosten, die von den Anbietern der ÜK in Rechnung gestellt werden, informieren.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Entwicklung der Vorgaben zu überbetrieblichen Kursen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3767 Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg. Stopp der Finanzierung durch öffentliche Gelder prüfen (Piero Marchesi)

Eingereichter Text:

Anschliessend an die Antwort auf die Anfrage 20.1076 "Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg. Fördert oder hemmt es die Radikalisierung?" und gestützt auf die neuen Informationen, die inzwischen über das SZIG vorliegen, wird der Bundesrat beauftragt, einen detaillierten Bericht zu erstellen über die Tätigkeiten des SZIG. Darin sind im Detail die verschiedenen erwähnten kritischen Aspekte zu analysieren, um zu beurteilen, ob die Voraussetzungen für eine Streichung der Bundesmittel gegeben sind.

Postulatsbericht vom 23. August 2023 «Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg: Evaluation».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Landwirtschaft

2021 P 20.4548 Massnahmen zur Stärkung der Alp- und Berglandwirtschaft (Christine Bulliard-Marbach)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche Massnahmen im Rahmen der Agrarpolitik ergriffen werden können, um im Nachgang zur Ablehnung des revidierten Jagdgesetzes die Alp- und Berglandwirtschaft zu stärken.

Ein erstes Paket von Massnahmen wurde im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2022 umgesetzt. Die Sömmerungsbeiträge für Schafe, die in bestimmten Weidesystemen gehalten werden, wurden erhöht. Ausserdem hat der Bundesrat entschieden, dass die Sömmerungsbeiträge auch dann vollständig ausbezahlt sind, wenn wegen der Wolfspräsenz die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter gezwungen sind, mit den Herden vorzeitig von der Alp zu kommen (www.blw.admin.ch > Politik > Agrarpakete aktuell > Verordnungspaket 2022).

Mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2023 wurde ein Zusatzbeitrag für gesömmerte Tiere zur Abgeltung des zusätzlichen betrieblichen Aufwandes für den Herdenschutz eingeführt (www.blw.admin.ch > Politik > Agrarpakete aktuell > Verordnungspaket 2023).

Weitere projektbasierte Massnahmen wurden an einem Workshop mit Kantonen und der Branche im Frühling 2022 erarbeitet und werden durch verschiedene Projektträger und betroffene Kreise im Lead umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3407 Stärkung der Marktposition von Schweizer Produkten. Instrumente prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die zahlreichen bestehenden Instrumente zur Stärkung der Marktposition von Schweizer Produkten gegenüber importierten Lebensmitteln im Sinne des Anliegens der Motion 19.4018 weiterentwickelt werden könnten.

Dem Postulat wird bei der Weiterentwicklung der Agrarpolitik Rechnung getragen. Zudem war dem Thema der wirtschaftlichen Perspektiven der Landwirtschaft ein Kapitel im Bericht des Bundesrates vom 22. Juni 2022 in Erfüllung der Postulate 20.3931 und 21.3015 zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik gewidmet. Verschiedene Anliegen des Postulates sind bereits mit Instrumenten der bestehenden Agrargesetzgebung abgedeckt (z. B. Unterstützung innovativer Projekte im Rahmen der Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft, Unterstützung der Absatzförderung und Kennzeichnung von Agrarprodukten). Der Bundesrat wird diese Instrumente stetig weiterentwickeln, mit dem Ziel, die Marktposition von Schweizer Lebensmitteln weiter zu stärken.

Exemplarisch wurde dem Anliegen bereits im landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2023 mit einer Totalrevision der Verordnung über die Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft entsprochen ([www.blw.admin](http://www.blw.admin.ch) > Politik > Agrarpakete aktuell > Verordnungspaket 2023).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 22.3795 Ziel zur Verringerung von Nährstoffverlusten senken (Johanna Gapany)

Eingereichter Text:

Das Verordnungspaket für sauberes Trinkwasser und eine nachhaltigere Landwirtschaft wurde am 13. April 2021 veröffentlicht. Mit ihm wird die erste Hälfte der parlamentarischen Initiative 19.475 "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren" umgesetzt. Der Bundesrat legt darin ein Reduktionsziel von 20 Prozent für die Nährstoffverluste fest.

Der Bundesrat wird beauftragt, dieses Ziel angesichts der voraussehbaren Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz und speziell auf die Tierproduktion zu senken.

Im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2023 hat der Bundesrat entschieden, das Reduktionsziel für Stickstoffverluste von 20 Prozent auf 15 Prozent zu senken ([www.blw.admin](http://www.blw.admin.ch) > Politik > Agrarpakete aktuell > Verordnungspaket 2023).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Verkehr

2020 P 20.3874 Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr (Mathias Reynard)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Bestandesaufnahme vorzunehmen und darzulegen, wie es für Menschen mit einer Behinderung gegenwärtig um die Zugänglichkeit zum öffentlichen Verkehr bestellt ist. Es soll in diesem Bericht darum gehen, einen Überblick über die Anwendung des Behindertengleichstellungsgesetzes im öffentlichen Verkehr in der Schweiz zu geben, Lücken zu identifizieren und einen Zeitplan vorzulegen, um Mängel so rasch als möglich zu beheben.

Postulatsbericht vom 29. März 2023 «Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.4259 Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung eine Gesamtschau und gegebenenfalls klärende Bestimmungen über die Haftung beim Gütertransport auf der Schiene vorzulegen. Die Klärung soll insbesondere die rechtlichen Folgen von Vorfällen mit gefährlichen Gütern betreffen. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit ist dabei besonderes Gewicht auf eine einfache Durchsetzung der Ansprüche der Geschädigten, auf die Sicherstellung effizienter Transportprozesse und auf die internationale Rechtsharmonisierung zu legen.

Postulatsbericht vom 21. Juni 2023 «Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 19.3485 Klimaschutzpotenzial in der Schifffahrt (Beat Flach)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Schifffahrtspolitik vorzulegen und Massnahmen zur Realisierung von Klimaschutzpotenzialen in der Schifffahrt vorzuschlagen.

Postulatsbericht vom 1er November 2023 «Klimaschutzpotenzial in der Schifffahrt».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung

2021 P 21.3076 Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs (Bruno Storni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Studie durchzuführen, um die Szenarien und die entsprechenden Vorhersagen betreffend den alpenquerenden Güterverkehr für die nächsten 20 bis 30 Jahre zu aktualisieren. Dabei sollen die demografische Entwicklung, die neuen geopolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die neuen Transeuropäischen Verkehrskorridore (TEN-T), die derzeit gebaut werden, die neue Seidenstrasse zwischen China und Europa sowie weitere sozioökonomische Entwicklungen berücksichtigt werden.

2022 P 22.3001 Stärkung der Verlagerung durch den Einsatz von kranbaren Sattelaufliegern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie ein zusätzliches Potenzial für die Verlagerung erreichbar wäre und zusätzlich die Verlagerungswirkung der rollenden Landstrasse nach der geplanten Einstellung Ende 2028 kompensiert werden kann durch eine Limitierung von nicht kranbaren Sattelaufliegern im alpenquerenden Strassentransitverkehr.

2022 M 22.3013 Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Güterverkehrskorridors durch die Schweiz stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Förderung des alpenquerenden kombinierten Verkehrs so anzupassen, dass eine höhere Förderung für Neuverkehre und eine höhere Förderung für Regionen mit heute geringem Marktanteil der Schiene, aber hohem Verlagerungspotenzial möglich ist. Die für die Umsetzung notwendigen Rechtsanpassungen und Finanzbeschlüsse sind dem Parlament zusammen mit der Änderung des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes und dem Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für die Förderung des begleiteten alpenquerenden kombinierten Verkehrs vorzulegen.

Bericht vom 29. November 2023 über die Verkehrsverlagerung Juli 2021 – Juni 2023 (abrufbar unter www.bav.admin.ch > Verkehrsmittel > Eisenbahn > Güterverkehr > Verlagerung > Verlagerungsbericht).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Energie

2019 P 18.4107 Dosisgrenzwerte bei Kernanlagen, radioaktive Strahlung und Strahlenschutz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, durch unabhängige Fachexperten im Bereich Strahlenschutz und Medizin einen Prüfbericht ausarbeiten zu lassen, in dem die Konsequenzen der vorgesehenen Änderungen im Rahmen der Teilrevision vom 10. Januar 2018 der Kernenergieverordnung, der UVEK-Ausserbetriebnahmeverordnung und der UVEK-Gefährdungsannahmenverordnung für die Bevölkerung umfassend aufgezeigt werden.

Unter anderem sind dabei die Verhältnisse der neu vorgeschlagenen Grenzwerte für die Ausserbetriebnahme von Kernanlagen in Bezug auf Bundeserlasse und -konzepte im Bereich Strahlenschutz und damit zusammenhängender Notfallmassnahmen aufzuzeigen und Vergleiche mit internationalen Empfehlungen und Grenzwerten sowie Erkenntnissen aus der Wissenschaft zu ionisierender Strahlung im Niedrigdosisbereich zu ziehen.

Im Weiteren soll der Bericht die Entwicklung der Belastungen durch die verschiedenen Quellen radioaktiver Strahlung aufzeigen sowie die Verhältnismässigkeit zwischen dem Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung und dem gesellschaftlichen Nutzen der Anwendung von Technologien, bei denen Radioaktivität auftritt, darstellen.

Schliesslich sind die Strahlenschutzkonzepte der Schweiz mit internationalen Empfehlungen, Prinzipien und Standards zu vergleichen.

Postulatsbericht vom 8. Dezember 2023 «Störfallanalysen bei Kernanlagen und ionisierende Strahlung im Niedrigdosisbereich».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 M 19.3277 Holzenergiepotenzial ausschöpfen (Erich von Siebenthal)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Holzenergiepotenzial und damit die Energieressource Holz auszuschöpfen. Insbesondere dürfen Auflagen und Bedingungen die Weiterentwicklung nicht behindern. Das Potenzial der Holzwärmeverbände und der Holzstromproduktion ist voranzutreiben.

Das Parlament hatte die Abschreibung der Motion in der Sommersession 2022 abgelehnt, da der Prozess noch nicht abgeschlossen war. Das Bundesamt für Energie hat seine Arbeiten fortgesetzt, insbesondere im Rahmen einer eingesetzten interdepartementalen Arbeitsgruppe. Das Bundesamt für Umwelt erteilte dem Branchenverband Holzenergie Schweiz den Auftrag, mittels eines Monitorings Nachfrage und Angebot von Energieholz detailliert abzubilden, um die zukünftige Entwicklung abzuschätzen. Mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien vom 18. Juni 2021; 2023 2301) sowie den vorgesehenen Änderungen im CO₂-Gesetz (SR 641.71; Botschaft vom 16. September 2022 zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024; BBl 2022 2651) und im Raumplanungsgesetz (SR 700; Botschaft vom 31. Oktober 2018 zur zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes; BBl 2018 7443) können Biomasseanlagen besser finanziell gefördert und einfacher ausserhalb der Bauzonen realisiert werden. Die vorberatenden Kommissionen von National- und Ständerat beantragen die Abschreibung der Motion.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 19.3562 Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz (Nadine Masshardt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht darzulegen, wie hoch das einheimische Arbeitsplatzpotenzial durch die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz ist. Dies auch im Vergleich zu weiteren Investitionen in klimaschädliche fossile Energien.

Postulatsbericht vom 1. Februar 2023 «Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 19.4052 Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Der Bundesrat soll aufzeigen, wie entsprechende öffentlich und privat finanzierte Projekte (PPP) unter Einbezug von Hochschulen und der Industrie gefördert werden können. Zudem soll er darlegen, wie die notwendige Infrastruktur (z. B. Ladestationen, Produktion und Verteilung alternativer Treibstoffe) für diese zukunftsfähigen Mobilitätsprojekte finanziert werden kann. Dabei soll er auf die Möglichkeit der Verwendung des Treibstoffkompensationsprogramms eingehen.

Postulatsbericht vom 28. Juni 2023 «Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4627 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Jürg Grossen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, welche gesetzlichen Grundlagen nötig sind, um einen im Betrieb vollständig fossilfreien Verkehr bis spätestens 2050 zu ermöglichen. Der Bericht soll aufzeigen, wo bestehende Gesetze, Verordnungen und Reglemente anzupassen sind um den fossilfreien motorisierten

Individualverkehr (MIV), den öffentlichen Verkehr (ÖV) und den Güterverkehr sicherzustellen. Zudem sollen mögliche Hindernisse identifiziert werden, welche diese Zielerreichung gefährden. Im Bericht sind diesbezügliche Handlungsempfehlungen aller drei Verkehrsbereiche darzulegen.

2021 P 20.4640 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Matthias Samuel Jauslin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, welche gesetzlichen Grundlagen nötig sind, um einen im Betrieb vollständig fossilfreien Verkehr bis spätestens 2050 zu ermöglichen. Der Bericht soll aufzeigen, wo bestehende Gesetze, Verordnungen und Reglemente anzupassen sind um den fossilfreien motorisierten Individualverkehr (MIV), den öffentlichen Verkehr (ÖV) und den Güterverkehr sicherzustellen. Zudem sollen mögliche Hindernisse identifiziert werden, welche diese Zielerreichung gefährden. Im Bericht sind diesbezügliche Handlungsempfehlungen aller drei Verkehrsbereiche darzulegen.

2021 P 20.4694 Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, welche gesetzlichen Grundlagen nötig sind, um einen im Betrieb vollständig fossilfreien Verkehr bis spätestens 2050 zu ermöglichen. Der Bericht soll aufzeigen, wo bestehende Gesetze, Verordnungen und Reglemente anzupassen sind um den fossilfreien motorisierten Individualverkehr (MIV), den öffentlichen Verkehr (ÖV) und den Güterverkehr sicherzustellen. Zudem sollen mögliche Hindernisse identifiziert werden, welche diese Zielerreichung gefährden. Im Bericht sind diesbezügliche Handlungsempfehlungen aller drei Verkehrsbereiche darzulegen.

Postulatsbericht vom 28. Juni 2023 «Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 20.4709 Wasserstoff. Auslegeordnung und Handlungsoptionen für die Schweiz (Martin Candinas)

Eingereichter Text:

Im Hinblick auf die Erreichung des Netto-Null Zieles bis 2050 wird der Bundesrat beauftragt, in einem Bericht die Bedeutung von grünem Wasserstoff zur Reduktion von energetisch bedingten CO₂-Emissionen und zur Sicherung der langfristigen Energieversorgung in der Schweiz darzulegen sowie entsprechende Handlungsoptionen abzuleiten. Unter anderem soll aufgezeigt werden, in welchen Sektoren der Einsatz von grünem Wasserstoff Sinn macht (Mobilität, Industrie, Gebäude) und welche regulatorischen Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, um eine schrittweise Entwicklung einer sauberen heimischen Wasserstoffwirtschaft zu gewährleisten. Zudem soll aufgezeigt werden, ob und in welchem Ausmass und zu welchen Kosten künftig die Rückverstromung von grünem Wasserstoff einen Beitrag zur Stromversorgungssicherheit im Winterhalbjahr leisten kann und wie hoch das Speicherpotenzial in der Schweiz sein könnte. Zudem soll dargelegt werden, welchen Anforderungen eine künftige Strategie für Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Netze genügen muss (Gesamtplanung der Netzinfrastruktur) bzw. an welchen Standorten - und zu welchen Kosten - ein künftiges Wasserstoff-Verteilnetz (bestehende Netzinfrastruktur / neue Netzinfrastruktur) nötig sein wird. Auch ist abzuklären, inwieweit das bestehende Gasverteilnetz Teil eines künftigen Wasserstoff-Netzes sein kann. Dies setzt eine Analyse über künftige Wasserstoff- und weitere Power-to-X Produktionsstandorte sowie Standorte für die Entnahme und den Transport von CO₂ voraus. Schliesslich ist aufzuzeigen, wie der künftige Schweizer Wasserstoffmarkt an den EU-Wasserstoffbinnenmarkt angebunden werden kann. Die umfassende Untersuchung der Ausgangslage soll in Zusammenarbeit mit der Branche bzw. den betroffenen Akteuren durchgeführt werden.

Postulatsbericht vom 15. November 2023 «Wasserstoff. Auslegeordnung und Handlungsoptionen für die Schweiz». Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.3620 Mehr Transparenz bei der Stromherkunft (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Stromkennzeichnung eine zeitnahe Übereinstimmung von Stromproduktion und Stromverbrauch wiedergibt. Die heutige Übereinstimmungsperiode von einem Kalenderjahr soll auf ein Quartal oder Kalendermonat reduziert werden.

Mit der am 24. Mai 2023 revidierten Verordnung des UVEK über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung (SR 730.010.1; AS 2023 274) wurde die Motion umgesetzt, indem auf eine quartalsscharfe Stromkennzeichnung umgestellt wird. Die neuen Vorgaben gelten ab 2027. Damit haben die betroffenen Akteure genügend Zeit, ihre Prozesse, Tarife und Produkte entsprechend anzupassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 22.3240 Energieverbrauch senken. Kurzfristige Massnahmen zum Energiesparen durch Verhaltensänderung (Othmar Reichmuth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, kurz- bis mittelfristig umsetzbare Energiesparmassnahmen zur Reduktion des Öl-, Gas- und Stromverbrauchs zu prüfen und umzusetzen. Der Bundesrat soll sich dabei auf Massnahmen konzentrieren, die eine Änderung von Gewohnheiten beabsichtigen.

Im Rahmen der Lancierung der Winter-Energiespar-Initiative im August 2022 wurden, aufbauend auf einer Verhaltensstudie, Spar- und Kommunikationsmassnahmen identifiziert und zusammen mit der Wirtschaft umgesetzt. Dazu wurde eine entsprechende Kampagne realisiert und eine Energiespar-Alliance gegründet. Die Schweiz hat im Winter 2022/23 nachhaltig Strom und Gas eingespart. 2023 wurden zusätzlich Massnahmen für Effizienzgewinne und erneuerbare Energie in Unternehmen sowie Städten und Gemeinden adressiert. Die Versorgungslage ist im Jahr 2023 noch immer angespannt, hat sich aber eher

beruhigt. Deshalb war eine zusätzliche Kampagne 2023 nicht angezeigt. Es sind keine weiteren Kampagnen für die folgenden Jahre vorgesehen. Verhaltensorientierte Massnahmen für den effizienten Umgang mit Energie werden weiterhin, wie schon vor 2022, von der zentralen Plattform des Bundes für Energieeffizienz und erneuerbare Energie (Energie Schweiz) gefördert (Art. 47 Energiegesetz; SR 730.0).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Strassen

2016 M 16.3349 Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Eingereichter Text:

Über Kosten für Betrieb und Unterhalt der NEB-Strecken soll ein Reporting erstellt werden.

Der Bundesrat hat über den effektiven Mitteleinsatz für Betrieb und Unterhalt derjenigen Strassen, die der Bund mit dem neuen Netzbeschluss (BBl 2017 7807) auf den 1. Januar 2020 übernommen hat (NEB-Strecken), im Rahmen der Botschaft vom 22. Februar 2023 zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, zum Verpflichtungskredit und zur Änderung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (BBl 2023 865) Bericht erstattet. Das Parlament hat die dazugehörigen Bundesbeschlüsse im September 2023 verabschiedet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 M 18.3078 Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen zulassen (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verkehrsregelverordnung zu ändern, um Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen (z. B. Fahrzeugkrane, Arbeitsbühnen usw.) zuzulassen.

Das Anliegen der Motion wird mit der Änderung vom 22. Dezember 2023 der Verkehrsregelverordnung (SR 741.11; AS 2024 28; Art. 77 Abs. 1 Bst. d) umgesetzt. Die Revision tritt am 1. April 2024 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 19.3559 Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung (Ursula Schneider Schüttel)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen und Mitteln der Eintrag von Reifenabrieb in Strassenbankette oder in Gewässer vermindert bzw. der Rückhalt von diesem Mikroplastik erhöht werden kann. Welche Studien und Abklärungen sind dazu gegebenenfalls noch notwendig? Welche weiteren Massnahmen (zusätzlich zu Saba) gedenkt der Bundesrat zu ergreifen?

Postulatsbericht vom 23. August 2023 «Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kommunikation

2021 P 20.3949 Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen (Jon Pult)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht mit Szenarien für die künftige Versorgung der Schweizer Medien mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen für alle Landesteile und für alle Landessprachen zu erarbeiten. Dabei sollen auch Modelle aufgezeigt werden, wie eine nationale Nachrichtenagentur im Sinne des Service Public betrieben und finanziert werden könnte.

Postulatsbericht vom 2. Juni 2023 «Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.3984 Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren (Jon Pult)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu analysieren, wie geopolitische Risiken beim Ausbau und der Weiterentwicklung von digitalen Infrastrukturen wie 5G minimiert werden können. Bei der Auswahl der Technologieanbieter sind die Aspekte Produktqualität, Zuverlässigkeit von Technologie-Lieferketten, Unternehmensstruktur der Anbieter und der Rechtsrahmen, welchem der Hauptsitz des Unternehmens unterliegt, zu berücksichtigen. Insbesondere ist auch zu klären, welche Risiken von Anbietern wie Huawei ausgehen, die in Ländern domiziliert sind, die weder marktwirtschaftlich noch rechtsstaatlich organisiert sind. Letztlich ist die Frage zu beantworten, wie sichergestellt werden kann, dass die Schweizer Technologieinfrastruktur nicht durch den auf absehbarer Zeit stattfindenden geökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China beeinträchtigt wird.

Postulatsbericht vom 15. Dezember 2023 «Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3450 Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken? (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche strafrechtlichen, präventiv-polizeilichen, aber auch andere öffentlich-rechtlichen (z.B. fernmelderechtlichen) Massnahmen und Mittel heute zur Verfügung stehen, um das öffentliche Auffordern zu Hass (so genannte Hassreden; hate speech) und die Einfuhr und Verbreitung von extremistischem Propagandamaterial zu verhindern. Er soll dabei aufzeigen, ob und wo insofern gesetzgeberische Lücken bestehen.

2022 P 21.4531 Transparenz über Hate-Speech-Vorfälle auf Social Media (Greta Gysin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, von relevanten Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter und Youtube Zahlen zu verlangen über die Anzahl Vorfällen, welche die Nutzungsbedingungen verletzen und potenziell strafrechtlich relevant sind.

Zu dieser Art Vorfälle gehören

- Sexuelle Belästigung
- Hate Speech
- Fake News
- Terrorismus und Extremismus
- Pornografie

Der Bericht vom 15. November 2023 in Erfüllung des Postulats 21.3450 erfüllt auch die Forderungen des Postulats 21.4531. Im Rahmen des Berichtes wurden die grossen digitalen Plattformen um Angaben zu Hassredeverfällen gebeten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3461 Hochbreitbandstrategie des Bundes (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Hochbreitbandstrategie gemäss den Zielen der kantonalen Initiative 16.306 zu unterbreiten, welche die längerfristige Weiterentwicklung der Hochbreitbandinfrastruktur aufzeigt. In der Hochbreitbandstrategie soll der Bundesrat insbesondere aufzeigen, wie die Entwicklung der Internetversorgung der Schweiz dort sichergestellt werden kann, wo der Markt in den nächsten Jahren nicht die gewünschte Versorgung mit Hochbreitband von über 80 Mbit pro Sekunde erreicht. Dabei soll es eine öffentliche Förderung geben, die weder zu Wettbewerbsverzerrungen führt noch private Investitionen in den Netzausbau hemmt.

Bei der Erarbeitung der Hochbreitbandstrategie soll der Bundesrat zudem Rücksicht auf die Auswirkungen der Hochbreitbanderschliessung auf die Standort- und Regionalentwicklung nehmen und dabei stabile Trends des Wirtschafts- und Arbeitslebens in die Überlegungen einbeziehen.

Postulatsbericht vom 28. Juni 2023 «Bericht Hochbreitbandstrategie des Bundes».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3596 Künftige Frequenznutzung für den Mobilfunk im sogenannten Millimeterwellenbereich. Einbezug der Kantone (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten,

- *wie vor einer künftigen Nutzung von Frequenzen für den Mobilfunk im sogenannten Millimeterwellenbereich die Kantone frühzeitig einbezogen werden und die zuständige Parlamentskommissionen frühzeitig informiert werden*
- *wie Forschungsergebnisse über Auswirkungen von Millimeterwellen auf Gesundheit und Umwelt in einem allfälligen Entscheid des Bundesrates über die Nutzung dieser Frequenzbänder mitberücksichtigt werden.*
- *wie die Bevölkerung frühzeitig und sachlich informiert wird.*

Postulatsbericht vom 22. November 2023 «Mobilfunk im Millimeterwellenbereich».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2019 P 19.3374 Zeitgemässe und zukunftsgerichtete Erhebung der Umweltauswirkungen von Personenwagen (Jürg Grossen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, mit einem Bericht Klarheit über die Umweltauswirkungen von Personenwagen mit verschiedenen Antriebssystemen zu schaffen. Resultate müssen einfach, verständlich, nachvollziehbar und für alle Antriebe identisch dargestellt

werden. Der Bericht soll eine allgemeingültige Position des Bundes zu Umweltauswirkungen verschiedener Antriebssysteme wiedergeben und die aktuellsten Erhebungen beinhalten. Die Ökobilanz soll gemäss ISO 14040/44 erstellt werden, die aufzuzeigenden Umweltauswirkungen sind auf den international anerkannten und breit angewendeten Datengrundlagen zu berechnen. Die Ergebnisse sind der breiten Öffentlichkeit verständlich und nachvollziehbar zu kommunizieren. Nebst der Retrospektive müssen das zukünftige Reduktionspotenzial von Energie, Umweltbelastung und CO₂ sowie die Weiterverwendung von Fahrzeugkomponenten wie z. B. Second-Life-Batterienutzung von Elektroautos, die Rezyklierung sowie mögliche Einsparungen in der Gesamtenergiebilanz aufgezeigt werden. Dies unter bestmöglicher Berücksichtigung des Gesamtlebenszyklus von Fahrzeug und Antriebsenergie.

Fachbericht vom 27. April 2023 «Umweltauswirkungen von Personenwagen mit verschiedenen Antriebssystemen» (unter www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Ernährung, Wohnen, Mobilität > Mobilität > Auswirkungen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3639 Kohlenstoffsequestrierung in Böden (Jacques Bourgeois)

Eingereichter Text:

Ich ersuche den Bundesrat, einen Bericht zur Kohlenstoffsequestrierung in den verschiedenen Böden unseres Landes zu erstellen und dabei folgende Punkte zu integrieren:

- 1. eine ausführliche Analyse des Potenzials der Schweizer Böden, langfristig Kohlenstoff zu binden und zu speichern;*
- 2. die infrage kommenden Massnahmen zur langfristigen Verbesserung der Kohlenstoffbilanz durch die verschiedenen Böden unseres Landes, aber auch die Kosten, Risiken und Chancen im Zusammenhang mit diesen Massnahmen sowie die Herausforderungen, die deren Handhabung betreffen;*
- 3. die vorstellbaren Anreize und Programme, die die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie die Bäuerinnen und Bauern dazu bewegen würden, Massnahmen zu ergreifen, um Kohlenstoff abhängig vom Bodenpotenzial zu binden und so die Bodenqualität zu verbessern;*
- 4. die Möglichkeiten und Grenzen, die Kohlenstoffsequestrierung in Böden zu quantifizieren und zu bewerten, sowie eine Analyse der verschiedenen Optionen wie zum Beispiel die Ausstellung von CO₂-Zertifikaten.*

Postulatsbericht vom 29. März 2023 «Kohlenstoffsequestrierung in Böden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.4183 Weniger Kehrlichtverbrennung, mehr Recycling (Isabelle Chevalley)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Menge an Abfällen (Haushalts- und Industrieabfälle), die nach wie vor verbrannt werden, verringert werden kann. Im Bericht soll ein Vergleich gezogen werden zwischen dem Recycling von Abfällen mittels bestehender Verfahren und dem Recycling mittels Methoden, die in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor eingeführt werden können.

Postulatsbericht vom 29. März 2023 «Weniger Kehrlichtverbrennung, mehr Recycling».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.4073 Förderung der Forschung zu Mobilfunk und Strahlung (Edith Graf-Litscher)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die gesundheitlichen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung durch bestehende und kommende Mobilfunktechnologien besser geklärt werden.

Die Arbeiten sollen finanziert werden durch die Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunkkonzessionen von Anfang 2019. Der Bundesrat soll zur Finanzierung der Forschung auch Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen fördern.

Das Bundesamt für Umwelt beabsichtigt unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten acht Millionen Franken in den nächsten zehn Jahren für die Finanzierung von Forschungsvorhaben im Sinne der Motion intern zu priorisieren. Mehrjährige Projekte im Umfang von rund drei Millionen Franken sind bereits vertraglich vereinbart. Diese erste Phase der Forschungsförderung läuft bis 2026. Eine zweite Phase der Forschungsförderung soll bis 2030 laufen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.3062 Vermeidung und Verwertung von Abfällen fördern (Jacques Bourgeois)

Eingereichter Text:

Ich beauftrage den Bundesrat, einen Bericht zu erstellen, in dem er, unter Berücksichtigung der Entwicklungen in Europa (z.B. Grüner Deal) und in der Schweiz, auf folgende Punkte eingeht:

- a. Die bereits ergriffenen Massnahmen, um die Vermeidung und die Verwertung von Abfällen wie Baumaterialien, Metallen, ungeniessbaren Lebensmitteln, Kunststoffen und Textilien sicherzustellen;*
- b. die Massnahmen, die in Zukunft zur Entwicklung innovativer Lösungen bei der Vermeidung und der Verwertung oben genannter Abfälle vorgesehen sind, damit alle Materialien, die in der Wirtschaft im Umlauf sind, nachhaltig und wirksam verwendet und intelligent verwertet werden können (z. B. intelligente Technologien und Digitalisierung);*

- c. *die Massnahmen, die man bezüglich Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung bislang getroffen hat und in Zukunft treffen wird, sowie deren geplante Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt;*
- d. *die Informationen, die vorgesehen sind, um Unternehmen sowie Privatpersonen dazu zu ermutigen, Abfälle verstärkt zu vermeiden und zu verwerten.*

2020 P 20.3090 Mehr Recycling statt Deponien von Baumaterialien (Martina Munz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, der die Situation der Deponien und der Möglichkeiten eines verbesserten Bauabfallrecyclings aufzeigt. In dem Bericht soll insbesondere dargelegt werden, wie die aktuell zunehmenden Konflikte zwischen Deponien und Boden-, Wald-, Natur- und Heimatschutz sowie der betroffenen lokalen Bevölkerung durch ein verbessertes Recycling der Bauabfälle sowie Infrastrukturabfälle (Belagserneuerungen und andere inerte Stoffe) vermieden werden und welche Massnahmen zugunsten einer Vermeidung unnötiger Deponien und zur Verminderung von CO₂-Emissionen getroffen werden können.

2020 P 20.3727 Ökologische Nachhaltigkeit der Kreislaufwirtschaft mit dem Indikator "Retained Environmental Value" messen (Christophe Clivaz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Verwendung des Indikators REV (Retained Environmental Value) zur Messung der Zirkularität auf den Ebenen der einzelnen Produkte, der Unternehmen und des Landes vorzulegen. Im Bericht soll er:

1. *evaluieren, ob der REV-Indikator eingesetzt und wie er angewendet werden kann, dies im Vergleich mit den bisher verwendeten Indikatoren;*
2. *evaluieren, wie leistungsfähig der REV-Indikator ist - wiederum im Vergleich mit den bisher verwendeten Indikatoren - bei der Messung der gesamten Umweltbelastung auf den Ebenen der Produkte und Materialien, der Unternehmen und des ganzen Landes;*
3. *gegebenenfalls angeben, wie die Bundesverwaltung den REV-Indikator in die Messung der Leistungsfähigkeit der Kreislaufwirtschaft einbeziehen könnte.*

2021 P 20.3110 Keine neuen Produkte wegwerfen. Stopp der Verschwendung! (Isabelle Chevalley)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, was die Unternehmen mit ihren unverkauften Produkten aus dem Bereich der Nicht-Lebensmittel, wie Kleider, Schuhe, Bücher, Haushaltgeräte, machen. Zudem soll er prüfen, mit welchen Massnahmen verhindert werden kann, dass die Unternehmen neue Produkte vernichten. Die Prüfergebnisse sind in einem Bericht vorzulegen.

2021 P 20.4411 Weiterentwicklung des Abfall-Recyclings. Vereinbarkeit mit dem Raumplanungs- und Umweltrecht (Johanna Gapany)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, anhand dessen beurteilt werden kann, wie sich bestehende und zukünftige Recyclingunternehmen in der Schweiz entwickeln können. Ziel ist es, die energie- und umweltpolitischen Ziele (Kreislaufwirtschaft) des Bundes unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen zum Umweltschutz und zur Raumplanung, insbesondere was die Zonenplanung betrifft, zu erreichen. Dies soll in Absprache mit den Kantonen erfolgen.

2022 P 21.4332 Anreiz für sparsamen Umgang mit Deponieraum und für Recycling von Baustoffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt eine Lenkungsabgabe für die Deponierung von Bauabfällen zu prüfen, welche insbesondere im Bausektor Anreize für eine verstärkte Schliessung von Stoffkreisläufen schafft.

Eine Minderheit der Kommission (Egger Mike, Dettling, Graber, Imark, Page, Rüeegger, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 3. März 2023 «Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung, Abfallplanung, Messung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 20.4211 Gentechnikgesetz. Welcher Geltungsbereich? (Isabelle Chevalley)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die geltenden Regelungen im Bereich der neuen Gentechnik-Verfahren einer Auslegeordnung zu unterziehen. Es wird dabei insbesondere um die folgenden Punkte gehen:

- *Welche Kriterien und Daten müssen vorliegen, damit ein bestimmtes Verfahren vom Geltungsbereich des Gentechnikgesetzes ausgenommen wird und damit die Risiken, die sich für die Umwelt, die Gesundheit und die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten ergeben, vorgängig nicht evaluiert werden müssen (Vorsorgeprinzip)?*
- *Der Begriff «gentechnisch veränderte Organismen», der in Artikel 5 Absatz 2 des Gentechnikgesetzes (SR 824.91) definiert ist, zu prüfen, insbesondere im Zusammenhang mit absichtlichen*

Veränderungen durch den Menschen im Hinblick auf den Umgang mit einem solchen Organismus in der Umwelt und im Zusammenhang mit der sich daraus ergebenden Haftung.

2021 P 21.3980 GVO-Moratorium. Belastbare Informationen als Grundlage für gute Entscheide (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eingereichter Text:

Ein Moratorium für genveränderte Pflanzen dient keinem Selbstzweck, sondern soll Zeit für die Sammlung belastbarer Informationen schaffen, auf deren Grundlage dann vernünftige Beschlüsse für die Landwirtschaft der Zukunft gefasst werden können.

Innert dieser vier Jahre sollte der Bundesrat folgende Fragen beantworten können:

- *Welche Arten von Landwirtschaft können in der Schweiz nebeneinander existieren und zu welchem Preis?*
- *Wie kann die Wahlfreiheit für Konsumentinnen und Konsumenten einerseits und Produzentinnen und Produzenten andererseits gewährleistet werden?*
- *Wie sind die Risiken der neuen Gentechnologien zu bewerten?*
- *Wer trägt die Verantwortung für allfällige Kontaminationen anderer Landwirtschaftsarten oder anderer Produzentinnen und Produzenten? Können diese Risiken von einer Versicherung abgedeckt werden?*

2021 P 21.4345 Züchtungsverfahren mit Genom-Editierungsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat erstattet dem Parlament innert Jahresfrist Bericht über die Möglichkeiten, Züchtungsverfahren mit Genom-Editierungsmethoden (Genschere, CRISPR / Cas u. a.), bei denen keine artfremde DNA in Organismen eingebracht wird, vom Moratorium zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen auszunehmen unter Einhaltung des Gentechnikgesetzes bzw. mit allfälliger Ergänzung desselben.

Postulatsbericht vom 1. Februar 2023 «Regulierung der Gentechnik im Ausserhumanbereich».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.3745 Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes (Daniel Fässler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den im vierten Landesforstinventar aufgezeigten Defiziten in der Waldpflege entgegenzuwirken und die durch den Klimawandel verschlechterten Rahmenbedingungen für die Schweizer Waldbewirtschaftung rasch und konkret zu verbessern. Es sind gezielt Massnahmen zu fördern und finanziell zu unterstützen, die es den Waldeigentümern ermöglichen, einen gesunden, stabilen und klimafitten Wald zu erhalten. Es sind finanzielle Anreize zu schaffen, damit die Waldeigentümer den Wald auch in Zukunft so bewirtschaften können, dass er "alle Funktionen und Leistungen nachhaltig und gleichwertig erfüllen kann", wie dies die Waldpolitik 2020 vorsieht. Namentlich Einschränkungen der Funktionen für das Klima, die Wohlfahrt und die Holzversorgung ist mit effektiv wirkenden Massnahmen dringend zu begegnen.

Der Bundesrat wird zu diesem Zweck aufgefordert, in einem ersten Schritt für eine erste 4-Jahres-Periode zusätzliche leistungsbezogene, finanzielle Beiträge im Umfang von mindestens 25 Millionen Franken pro Jahr in drei Bereichen auszurichten: für eine "Stabilitäts-Waldpflege" in allen Entwicklungsstufen, für Sicherheitsholzschläge und für klimaangepasste Wiederaufforstungsmassnahmen. Sofern dazu neue gesetzliche Grundlagen zu schaffen oder bestehende anzupassen sind, wird der Bundesrat aufgefordert, diese dem Parlament spätestens innert 12 Monaten vorzulegen.

Die Kantone konnten für die zusätzlich in der Programmvereinbarung Wald für eine 4-Jahres-Periode (2021–2024) zur Verfügung stehenden Mittel im Umfang von 25 Millionen Franken pro Jahr verpflichtet werden. Die drei geforderten zusätzlichen Massnahmen in der Programmvereinbarung Wald wurden im Handbuch Programmvereinbarungen ergänzt, vgl. auch den Fachbericht vom 30. August 2023 «Umsetzung der Motion 20.3745 «Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes» in der Programmvereinbarung Wald 2020–2024» (abrufbar unter www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Wald und Holz > Fachinformationen > Vollzug und Massnahmen > Programmvereinbarungen Wald).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 19.3734 Mängel im Chemikalienrecht beseitigen zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz (Martin Schmid)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) wie folgt zu ändern:

1. *Änderung des Inhaltes bezüglich erlaubter Ausnahmen. Im Schweizer Recht ist die Möglichkeit vorzusehen, gefährliche Chemikalien innerhalb der chemisch-pharmazeutischen Industrie weiter verwenden zu können (unter der Voraussetzung, dass die Produktion in geschlossenen Systemen erfolgt und die fraglichen Chemikalien in den vermarkteten Endprodukten nicht mehr in relevanten Konzentrationen vorkommen).*
2. *Auf eine direkte Bezugnahme auf das Chemikalienrecht der EU ist zu verzichten, insbesondere im Anhang 1.17.*

Die Änderung von Anhang 1.17 der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (SR 814.81; AS 2023 191) wurde am 5. April 2023 vom Bundesrat verabschiedet und auf den 1. Juni 2023 in Kraft gesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 23.3220 Unterstützung der Pflege und Nutzung des Waldes in der Periode 2020-2024 (Daniel Fässler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Umsetzung der Motion 20.3745, Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes, bis zur Herbstsession 2023 Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere aufzuzeigen,

- *wie die Motion für eine erste 4-Jahres-Programmperiode (2020-2024) umgesetzt wurde,*
- *wie die mit den Kantonen bestehenden Programmvereinbarungen angepasst wurden,*
- *welche zusätzlichen Bundesmittel je Kanton für die Programmperiode 2020-2024 eingesetzt werden, und welche Äquivalenzbeiträge die Kantone ihrerseits je zur Verfügung stellen,*
- *wie die mit der Motion geforderten zusätzlichen Massnahmen (Stabilitäts-Waldpflege, Sicherheitsholzschläge und klimaangepasste Waldverjüngung) umgesetzt werden,*
- *wo und in welchem Umfang nach Ablauf der ersten 4-Jahres-Periode seitens des Bundes, der Kantone bzw. der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer im Bereich der Waldpflege und -nutzung oder der Waldverjüngung voraussichtlich weiterhin oder zusätzlicher Handlungs- und Unterstützungsbedarf besteht.*

Fachbericht vom 30. August 2023 «Umsetzung der Motion 20.3745 «Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes» in der Programmvereinbarung Wald 2020-2024» (abrufbar unter www.bafu.admin.ch > Themen > Thema Wald und Holz> Fachinformationen > Vollzug und Massnahmen > Programmvereinbarungen Wald).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulates als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3972 Verfahren zur Erleichterung der Verdichtung und der energetischen Sanierung von Gebäuden in der Bauzone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, verschiedene Optionen aufzuzeigen, wie die Realisierung von Ersatzneubauten und die Erneuerung bestehender Bauten mit höherer Nutzung im Interesse einer optimalen energetischen Sanierung und der inneren Verdichtung innerhalb der Bauzonen erleichtert werden können. Bei der Präsentation von Lösungsmöglichkeiten ist darauf zu achten, dass die zuständigen Behörden im Verfahren so früh wie möglich einbezogen und alle massgeblichen Interessen verbindlich stufengerecht abgewogen werden. Insbesondere ist spätestens im Rahmen des Nutzungsplanverfahrens die Bedeutung des Isos konkret rechtsbeständig zu klären, damit für das weitere Verfahren diesbezüglich Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen werden kann und widersprechende Gerichtsentscheide zur gleichen Frage vermieden werden können.

Mit der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (SR 700), die von den eidgenössischen Räten am 29. September 2023 angenommen wurde (BBl 2023 2488), kann das kantonale Recht bestimmte, ästhetisch wenig empfindliche Typen von Bauzonen festlegen, in denen energetische Sanierungen ohne Baubewilligung zulässig sind. Damit wird auch das Kernanliegen des Postulats erfüllt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 19.3730 Effizientere und kürzere Verfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Isabelle Chevalley)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen einen Bericht vorzulegen, der darstellt, wie die Zeit bis zum Erhalt einer Baubewilligung für eine Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energien verkürzt werden könnte.

Der Bundesrat beantragte die Abschreibung des Postulats in seiner Botschaft vom 21. Juni 2023 zur Änderung des Energiegesetzes (BBl 2023 1602).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4660 Integration der erwarteten Mobilitätsentwicklung in Sachplänen und anderen Grundlagen der Raumentwicklung (Fabio Regazzi)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat ist eingeladen, in einem Bericht die mittelfristig zu erwartenden Entwicklungen im Mobilitätssektor darzustellen, insbesondere im Hinblick auf die Sharing Economy, die Elektromobilität und alternative Antriebsformen, der Emissionsrückgang der Mobilität, die Automatisierung und die Logistik. Anschliessend werden die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Verkehrssystem im Allgemeinen, die Raumplanung und die notwendigen infrastrukturellen Anpassungen, die sich daraus ergeben sollten, bewertet. Schliesslich wird die Frage untersucht, wie diese Elemente in die Sachpläne integriert werden können, die den Rahmen für die grossen strategischen Infrastrukturentwicklungsprogramme bilden.

Postulatsbericht vom 29. November 2023 «Integration der erwarteten Mobilitätsentwicklung in Sachplänen und anderen Grundlagen der Raumentwicklung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Kapitel II

An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 19.3435 Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Die PVK hat Anfang 2023 eine Evaluation zur Kommunikation der Behörden vor Abstimmungen durchgeführt. Der darauf gestützte Bericht der GPK-N wurde am 21. November 2023 verabschiedet. Die Stellungnahme des Bundesrates dazu muss bis zum 16. Februar 2024 vorliegen. Weiter wird gegenwärtig der Bericht in Erfüllung des Postulats 21.4168 «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger» (Dandres) durch die BK erarbeitet, für dessen Finalisierung das Vorliegen des erwähnten Berichts der GPK-N abgewartet wurde. Die im Postulat 19.3435 angesprochenen Themen sollen, soweit zielführend, im Rahmen dieser laufenden Arbeiten behandelt werden.

2021 M 20.3419 Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 die Vernehmlassung über eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; *SR 161.1*) und der Verordnung über die politischen Rechte (VPR; *SR 161.11*) eröffnet. Die Vernehmlassungsvorlage sieht in Umsetzung der Motion vor, die Voraussetzungen für die Absage oder Verschiebung einer Volksabstimmung im Gesetz zu verankern. Mit der für die zweite Jahreshälfte 2024 geplanten Überweisung der Gesetzesvorlage an das Parlament soll die Motion zur Abschreibung beantragt werden.

2021 P 21.3607 Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (Staatspolitische Kommission NR)

Die BK hat als Grundlage für die Berichterstattung zwei wissenschaftliche Mandate in Auftrag gegeben, die sich einerseits mit den rechtlichen Aspekten von E-Collecting und andererseits mit den möglichen staatspolitischen Auswirkungen der elektronischen Unterschriftensammlung auseinandersetzen. Zudem sind die Kantone in die Arbeiten einbezogen worden. Der Postulatsbericht soll in der ersten Jahreshälfte 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission SR)

Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat den Entwurf eines Verhandlungsmandats zum Paketansatz mit der EU verabschiedet. Unter Vorbehalt der Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Konferenz der Kantonsregierungen sollen neue Verhandlungen mit der EU zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges eröffnet werden. Erst wenn klar ist, welche Informations- und Mitwirkungsrechte die Schweiz mit der EU im Rahmen einer allfälligen dynamischen Rechtsübernahme im Bereich der Binnenmarktverträge vereinbart, kann der Bundesrat Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlaments über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe vorschlagen. Der Bundesrat verweist zudem auf die laufenden Arbeiten des Parlaments im Rahmen der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 23.446 APK-NR «Ständige Subkommission für Europafragen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates».

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission NR)

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, sich aktiv für die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger Syriens einzusetzen und dabei einen besonderen Fokus auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich insbesondere im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung dafür ein, dass die wiederkehrenden Resolutionen zur Menschenrechtslage in Syrien substanzielle Elemente zur Bekämpfung von Straflosigkeit und zur Rechenschaftslegung enthalten, und zwar für alle Konfliktparteien, einschliesslich der kurdischen Minderheit. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Verstössen gegen die Menschenrechte, einschliesslich der Rechte der kurdischen Gemeinschaft und weiterer Minderheiten. Zudem unterstützt die Schweiz weiterhin finanziell den internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus (IIM), den die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingerichtet hat. Sie hat bisher zusammen mit den Niederlanden zehn Konferenzen mitorganisiert, um die Zusammenarbeit zwischen der syrischen Gesellschaft und dem IIM sicherzustellen. Diese Unterstützung wird sie auch 2024 weiterführen. Die Schweiz hat seit 2011 über 610 Millionen Franken für die von der Syrienkrise betroffene Bevölkerung in Syrien und der Region bereitgestellt. Zudem beteiligt sie sich aktiv an der Konfliktlösung. Der Bundesrat hat die Konfliktparteien wiederholt zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu einer politischen Lösung des Konflikts aufgerufen. Die Schaffung und Unterstützung des «Civil Society Support Room» durch die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Büro des UNO-Sonderbeauftragten erlaubt den Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der syrischen Zivilgesellschaft, darunter auch Kurdinnen und Kurden, in die offiziellen Friedensgespräche in Genf.

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Peter Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)

2020 P 18.3059 Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)

2021 M 19.3170 Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat den Entwurf eines Verhandlungsmandats zum Paketansatz mit der EU verabschiedet. Unter Vorbehalt der Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Konferenz der Kantonsregierungen sollen neue Verhandlungen mit der EU zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges eröffnet werden. Erst wenn klar ist, in welchem Umfang in Zukunft eine Verpflichtung der Schweiz zur Übernahme von EU-Recht bestehen wird und mit welchen Informations- und Mitwirkungsrechten, kann diesem Postulat vollumfänglich entsprochen werden. Der Bundesrat verweist zudem auf die laufenden Arbeiten des Parlaments im Rahmen der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 23.446 APK-NR «Ständige Subkommission für Europafragen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates».

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)

Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat den Entwurf eines Verhandlungsmandats zum Paketansatz mit der EU verabschiedet. Unter Vorbehalt der Konsultation der zuständigen parlamentarischen Kommissionen sowie der Konferenz der Kantonsregierungen sollen neue Verhandlungen mit der EU zur Stabilisierung und Weiterführung des bilateralen Weges eröffnet werden. Die Umsetzung der vorliegenden Motion kann erst erfolgen, wenn ein Verhandlungsergebnis vorliegt.

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Religions- und Glaubensfreiheit in bilateralen und multilateralen Gesprächen und Gremien zu thematisieren.

Die Schweiz unterstützte die Resolutionen zur Religions- und Glaubensfreiheit des Menschenrechtsrats und der UNO-Generalversammlung. Darüber hinaus hat sie sich wiederholt zu Toleranz und Nichtdiskriminierung, auch in Bezug auf die Religionsfreiheit, geäussert, unter anderem in New York im Rahmen der Tagung auf hoher Ebene über Minderheiten in der OSZE und im Sicherheitsrat. 2022 nahm die Schweiz an der Ministerkonferenz über Religions- und Weltanschauungsfreiheit (FoRB)

teil und setzte auch ihren Einsatz im Kampf gegen Antisemitismus, insbesondere durch ihre Mitarbeit in der «International Holocaust Remembrance Alliance» (IHRA), fort.

2016 M 16.3155 Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea im vergangenen Jahr weiter verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen der Schweizer Vertretung in Khartum nach Eritrea sowie des Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika, zu dessen Tätigkeitsfeld Eritrea ebenfalls gehört. Seit der temporären Schliessung der Vertretung in Khartum vom 25. April 2023 wird Eritrea politisch aus Bern betreut. Der neue Schweizer Botschafter für Eritrea konnte 2023 akkreditiert werden und hat das Land bereits besucht. Aufgrund von Verzögerungen bei Projektaktivitäten und eines sehr tiefen Auszahlungsstandes wurde die Laufzeit der bisherigen Projekte der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Eritrea 2023 um ein Jahr verlängert. Für 2024 ist eine Evaluation dieser Projekte geplant. Das Staatssekretariats für Migration (SEM) finanzierte von 2016 bis 2020 einzelne Projekte im Bildungsbereich in Eritrea. Im Februar 2023 wurden vom SEM erste Schulungen der eritreischen Behörden im Bereich Dokumentenprüfung umgesetzt. Mit dem Anschluss Eritreas an das Transnational Red Sea Center der EPFL konnte 2023 ein neuer bilateraler Anknüpfungspunkt im Bereich Wissenschaft und Forschung geschaffen werden.

Trotz dieser Engagements sind die Aussichten auf die vollständige Erfüllung der in der Motion genannten Ziele weiter gering. Eritrea lehnt zwangsweise Rückführungen aus europäischen Ländern weiterhin grundsätzlich ab. Gleichzeitig werden, unabhängig davon, weniger Asylanträge von Eritreern und Eritreerinnen in der Schweiz gestellt, insbesondere auch Primärgesuche.

2017 M 16.3600 Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Manuel Tornare)

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen der UNO-Gremien und ihrer Mechanismen in Bezug auf Eritrea uneingeschränkt. Sie begrüsst das Mandat des Sonderberichterstatters, der im Auftrag des Menschenrechtsrats (MRR) über die Menschenrechtslage in Eritrea berichtet. Im Juni 2023 hat die Schweiz folglich wiederum die Resolution des MRR befürwortet, die eine Erneuerung dieses Mandats vorsieht. Sie engagierte sich dabei auch dieses Jahr wieder aktiv an den Verhandlungen und unterstützte die Resolution als Co-Sponsorin. Des Weiteren führt sie im Rahmen einer stehenden Einladung ebenfalls im Juni 2023 einen Austausch mit dem zuständigen Sonderberichterstatter und fordert Eritrea regelmässig dazu auf, mit der UNO, insbesondere mit dem MRR und seinen Mechanismen, zusammenzuarbeiten und internationalen Organisationen Zugang zum Land zu gewähren. Auch auf Projektebene versuchte die Schweiz die Anstrengungen der UNO in Eritrea zu unterstützen: so hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ab Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert. Die Projektumsetzung war jedoch von Beginn an schwierig. Bereits ab April 2018 hat UNDP keine Genehmigung seitens der eritreischen Behörden mehr erhalten, um das Projekt umzusetzen. Die Projektaktivitäten konnten daher letztlich nur während weniger Monate stattfinden und im Juni 2022 musste die Unterstützung für das Programm endgültig eingestellt werden. Nicht umgesetzte Mittel wurden von UNDP rückerstattet.

2018 M 17.3098 Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Motion wurde am 4. Dezember 2017 vom Ständerat abgeändert, mit dem neuen Auftrag an den Bundesrat, in Eritrea die diplomatische Präsenz zu stärken. Der Bundesrat hat die diplomatische Präsenz in Eritrea in Umsetzung der Motion verstärkt, namentlich durch regelmässige Missionen nach Eritrea der Schweizer Vertretung in Khartum, des Sonderbotschafters für das Grosse Horn von Afrika sowie des, seit der kriegsbedingten temporären Schliessung der Vertretung in Khartum vom 25. April 2023, vorübergehend in Bern ansässigen Schweizer Botschafters für Eritrea. Die Schweiz führt in Eritrea zudem einzelne Projekte der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Migration (SEM) durch.

2018 M 17.4241 Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)

2021 P 21.3960 Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission NR)

Der Bundesrat hat 2018 und 2019 beschlossen, dem Vertrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beizutreten. Wie in der Antwort auf die Motion 17.4241 in Aussicht gestellt, nimmt der Bundesrat unter Einbezug der involvierten Dienste sowie mit Beiträgen von externer Sachverständigen eine Neubeurteilung der Beitrittsfrage vor. Die Arbeiten dazu wurden nach der ersten Staatenkonferenz des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW) im Juni 2022 und der 10. Überprüfungs-konferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) im August 2022 aufgenommen. In der Zwischenzeit hat der Ständerat angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine das Postulat 22.3800 «Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz» verabschiedet, das einen fokussierten Bericht bezüglich der sicherheits- und aussenpolitischen Auswirkungen eines Schweizer TPNW-Beitritts verlangt. Zwischenzeitlich nahm die Schweiz im November 2023 auch an der zweiten TPNW-Staatenkonferenz als Beobachterin teil. Diese Erkenntnisse fliessen ebenfalls in die Neubeurteilung der Beitrittsfrage ein. Vor diesem Hintergrund wird sich der Bundesrat im ersten Quartal 2024 mit dem TPNW beschäftigen und einen Entscheid für das weitere Vorgehen fällen. Unabhängig von ihrer Position zum TPNW setzt sich die Schweiz weiterhin in der nuklearen Abrüstung ein, um Nuklearwaffenrisiken zu vermindern und um, zusammen mit Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten, auf das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen hinzuarbeiten.

2018 M 18.4093 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission NR)

2018 M 18.4103 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission SR)

2018 M 18.4106 Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.018: Botschaft vom 3. Februar 2021 zum UNO-Migrationspakt.

2020 M 19.3991 Kein ausuferndes "Söldnergesetz". Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Hans Wicki)

2020 M 19.4376 Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Mit dem Entscheid vom 11. November 2020 hat der Bunderat beschlossen, die Verordnung zum Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen anzupassen. Daneben wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Auftrag hatte, zu überprüfen, ob zusätzlich eine Revision des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienste, BPS (AS 2015 2407) notwendig ist. Mit Entscheid vom 28. Januar 2021 kam der Bundesrat gestützt auf den Bericht dieser interdepartementalen Arbeitsgruppe zum Schluss, dass sich eine Revision des BPS zu diesem Zeitpunkt nicht aufdrängte, da die Teilrevision der Verordnung zum BPS den Anliegen dieser beiden Motionen bereits Rechnung trägt. Nach dem Inkrafttreten der teilrevidierten Verordnung am 1. Januar 2021 sollten zunächst Erfahrungen in der Praxis mit den neu geschaffenen Mechanismen gesammelt werden. Zudem wurden das EDA und das WBFF beauftragt, die Teilrevision der Verordnung spätestens nach drei Jahren auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und dem Bundesrat bis spätestens 31. August 2024 über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Diese Evaluation soll darüber Auskunft geben, ob die Anliegen der beiden Motionen mit der Verordnungsrevision erfüllt werden konnten oder ob Handlungsbedarf für eine Gesetzesanpassung besteht.

Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719 Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)

Mit Schreiben vom 22. März 2010 hat der Bundesrat den Ausschuss des Sicherheitsrats, der nach Resolution 1267 (1999) und Folgeresolutionen für die Anwendung der Sanktionen des Sicherheitsrates gegen die Gruppierungen «Islamischer Staat» und «Al-Qaïda» verantwortlich ist, über die Annahme der Motion und die sich daraus ergebenden Folgen für die Schweiz informiert. Nach einem Verfahren gegen die Schweiz vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestätigte das Bundesgericht überdies, dass gelistete Personen in der Schweiz ein Rechtsmittel gegenüber UNO-Sanktionen zur Verfügung stehe. Die Schweiz setzt sich bereits seit 2005 mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten für eine bessere Beachtung der Menschenrechte im Rahmen von UNO-Sanktionen ein. Einer ihrer grossen Erfolge ist die Schaffung des Amtes «Ombudsperson» für das UNO-Sanktionsregime gegen die Gruppierungen Islamischer Staat und Al-Qaida im Jahre 2009. Die Schweiz organisierte im April 2022 ein weiteres Treffen in New York, um die Einrichtung eines unabhängigen Überprüfungsmechanismus auf UNO-Ebene auch für die anderen Sanktionsregime zu thematisieren, die noch keine Ombudsperson kennen. Zudem richtete die Gruppe der Gleichgesinnten Staaten auf Initiative der Schweiz am 29. Juni 2023 ein Gesuch an den Sicherheitsrat, damit die Zuständigkeit der Ombudsperson auf weitere Sanktionsregime ausgedehnt wird. Auch als Mitglied des Sicherheitsrats setzt sich die Schweiz als Teil einer der vier Prioritäten weiterhin für eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit von Sanktionsregimen ein.

2019 P 19.3414 Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission SR)

Seit Beginn der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 haben die Diskussionen auf internationaler Ebene über die Wiedererlangung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte an Intensität zugenommen und das Spektrum der aufgeworfenen Fragen hat sich erweitert. Über die Situation in der Ukraine hinaus zielen die Diskussionen darauf ab, die rechtlichen Instrumente an die neuen Realitäten der heutigen Welt anzupassen, um effektiver mit unrechtmässigen Vermögenswerten umzugehen, die aus der grenzüberschreitenden Wirtschaftskriminalität stammen. Es ist wichtig, dass diese Problematik – von welcher der Gegenstand des Postulats einen Aspekt darstellt – als Ganzes behandelt wird. Aus diesem Grund wurde die Fertigstellung des Berichts auf 2024 verschoben.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 16.4169 Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Pascale Bruderer Wyss)

Das Postulat verlangt, die Chancen und Risiken aufzuzeigen, welche die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen mit sich bringt. Der Bundesrat hat Ende 2023 die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes eröffnet. Aufgrund der engen Bezüge dieser Vorlage mit dem Gegenstand des Postulats nimmt der Postulatsbericht darauf Bezug. Die Genehmigung ist im ersten Quartal 2024 vorgesehen.

2017 P 17.3972 Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Gemäss Postulat soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Hindernisse, welche Menschen mit Behinderung die politische Partizipation erschweren, beseitigt werden können. Das Postulat sieht die Möglichkeit vor, die Antwort im Rahmen der regelmässigen Berichterstattung der Schweiz zur Umsetzung der Uno-Behindertenrechtskonvention zu erstatten. Die nächste Prüfung vor dem Behindertenrechtsausschuss findet erst 2028 statt. Der Bericht vom 25.10.2023 in Erfüllung des Postulats 21.3296 Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Carobbio Guscetti), beantwortet die im Postulat aufgeworfenen Fragen teilweise.

2020 P 20.3456 Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Im Zeitraum Januar 2021 bis September 2021 wurde ein externes Gutachten zur Pharmakovigilanz in der Schweiz erstellt, welches dem Bericht als Grundlage dient. Die bei Swissmedic zuständigen Bereiche und Abteilungen waren lange sehr stark in die Bewältigung der Covid-19 Pandemie eingebunden, namentlich die Auswertung von unerwünschten Wirkungen der Covid-19-Impfstoffe, inkl. der damit verbundenen Kommunikation, banden viele Ressourcen. Die Prüfung und Umsetzung der vom Gutachter vorgeschlagenen Massnahmen zur weiteren Verbesserung des Meldesystems in der Schweiz dauerten bis Mitte 2023. Anschliessend wurde der Bericht im zweiten Halbjahr 2023 finalisiert; es ist vorgesehen, dass dieser voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden kann.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.3588 Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (Eva Herzog)

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) hat 2023 ein Forschungsmandat in Auftrag gegeben, um die aktuelle Situation zu analysieren und zu erfahren, inwieweit die Auswirkungen auf Frauen und Männer in den Studien des Bundes berücksichtigt werden. Das Bundesamt für Statistik hat eine Bestandesaufnahme in Bezug auf die Statistiken durchgeführt. Beide Erhebungen haben den Handlungsbedarf bestätigt. Der Bundesrat wird im ersten Quartal 2024 entscheiden, ob mit Blick auf eine bessere Berücksichtigung des Geschlechts in den Studien und Statistiken des Bundes Richtlinien (Weisungen) verabschiedet werden sollen. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann wird den Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung auf seiner Website ein Hilfsmittel zur Beurteilung der Relevanz der Berücksichtigung des Geschlechts zur Verfügung stellen.

2021 M 20.4451 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)

2021 M 20.4452 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)

2021 M 20.4463 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)

Die Kantone bereiten die Einführung einer zentralen Telefonnummer für Opfer von Gewalt vor. Das UVEK (Bundesamt für Kommunikation) schafft die Rechtsgrundlagen zuhanden des Bundesrates für die Einführung einer dreistelligen Kurznummer für Opfer von Gewalt. Die Vorbereitungsarbeiten dauern noch mindestens bis 2025.

Bundesamt für Kultur

2021 M 20.3930 Konzept zur Pflege des Kulturerbes der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Das Konzept wird in der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025-2028 dargestellt werden.

Bundesamt für Gesundheit

2009 M 05.3522 Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Bea Heim)

2009 M 05.3523 Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Ruth Humbel)

Die Gesamtrevision der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) wurde Ende 2021 abgeschlossen. Im Rahmen der Gesamtrevision sind die Anliegen sowie weitere Grundsatzfragen bezüglich Konkretisierung und Optimierung des Systems zur Festlegung der Höchstvergütungsbeträge bearbeitet worden. Die Abschreibung der Motionen wurde in der Sommersession 2022 von den Räten abgelehnt.

Die parlamentarische Initiative 16.419 (pa.Iv. 16.419) Humbel, Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste, verlangt ebenfalls die Verhandlung der Preise der Mittel- und Gegenständeliste. Zur Umsetzung dieses Anliegens wurde der Entwurf der KVG-Änderung sowie der erläuternde Bericht erstellt und im Herbst 2019 die Vernehmlassung durchgeführt. Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession 2022 einer Fristverlängerung bis zur Frühjahrsession 2024 zugestimmt, damit die parlamentarische Initiative 16.419 zusammen mit der Motion 17.3969 SGK-SR, «Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln» behandelt werden kann (weitere Informationen siehe auch M 17.3969).

2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)

Die nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) hat sich im Herbst 2020 zu verschiedenen ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit den Kosten von Arzneimitteln geäußert. Die entsprechenden Antworten werden künftig im Rahmen der Beurteilung von Arzneimitteln durch Fragestellungen zur Einhaltung ethischer Grundprinzipien berücksichtigt. Zudem fließen diese Erkenntnisse in die Weiterentwicklung von Preismodellen im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 und in die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln ein (Kosten/Nutzen; Budget Impact, Evidenz). Mit dem Postulat 23.4342, Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der OKP klären, ersucht die GPK-SR den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit der NEK und den anderen betroffenen Akteuren Leitlinien für die Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung festzulegen.

2012 P 12.3100 Patientenrechte stärken (Margrit Kessler)

2012 P 12.3124 Patientenrechte stärken (Yvonne Gilli)

2012 P 12.3207 Stärkung der Patientenrechte (Jean-François Steiert)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» vom 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z. B. der Einführung eines umfassenden «no-fault»-Entschädigungssystems, zurzeit abzusehen ist. Hingegen wurde das EDI angesichts der schwierigen Stellung von Patientinnen und Patienten im Schadensfall beauftragt, die Notwendigkeit und allfällige Ausgestaltung einer subsidiären Entschädigungsregelung zu prüfen. Soweit in der Bundeskompetenz liegend, werden die Handlungsmöglichkeiten im Rahmen laufender Dossiers sowie im Rahmen der Umsetzung der bundesrätlichen Strategie «Gesundheit2030» geprüft und berücksichtigt.

2014 M 11.3811 Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Christophe Darbellay)

Im Rahmen des Geschäfts 18.037, Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen, hat der Bundesrat einen Bericht verfasst und die Abschreibung dieser Motion beantragt. Beide Räte haben die Abschreibung abgelehnt.

Es besteht die Problematik, dass nach geltendem Recht UVG-Versicherte keinen Taggeldanspruch haben, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch einen Rückfall oder eine Spätfolge eines Unfalls begründet ist, den die versicherte Person als Jugendliche und somit ohne UVG-Deckung erlitten hat. Es soll eine Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20) oder des Bundesgesetz über den Erwerbsersatz (Erwerbsersatzgesetz, EOG; SR 834.1) erfolgen, um einen Taggeldanspruch auch in der vorne genannten Konstellation zu begründen. Die Vernehmlassungsfrist zum Gesetzgebungsvorschlag ist am 15. Dezember 2023 abgelaufen. Gegenwärtig wird der Vernehmlassungsbericht erstellt.

2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)

Die Möglichkeit der Spitäler, im Rahmen ihrer Leistungserbringung zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung so genannte Effizienzgewinne erzielen und einbehalten zu dürfen, wurde durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt. Der Bundesrat hat einen Vorschlag erarbeitet, Effizienzgewinne bereits im Rahmen der Tarifbildung zu berücksichtigen. Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) wurde 2020 durchgeführt (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > laufende Revisionsprojekte > Änderung der KVV Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifiermittlung). Nach Auswertung der Vernehmlassung wurde die Frage der Tarifiermittlungsgrundsätze für eine vertiefte Analyse im Austausch mit den Stakeholdern zurückgenommen. Die Arbeiten sind noch im Gang und werden 2024 mit dem Ziel einer raschen schweizweiten Benchmark-Regelung fortgesetzt.

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)

Im Rahmen seiner Botschaft zum 2. Kostendämpfungspakets zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der koordinierten Versorgung vorgeschlagen. Mit der Einführung eines neuen Leistungserbringers «Netzwerk der koordinierten Versorgung», der eine den Patientenbedürfnissen entsprechende medizinische

Betreuung «aus einer Hand» anbieten soll, wird das Anliegen der Motion aufgenommen. Die parlamentarische Beratung ist daher abzuwarten.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)

Die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR 832.102.4) wurden in Anbetracht laufender Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet, sistiert. Aufgrund dringlicher Arbeiten zur Bewältigung der Covid-19-Krise musste die Aufnahme der Arbeiten in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ausgesetzt werden. Im 2023 wurden die Arbeiten wieder aufgenommen und im September Lösungsansätze mit den Stakeholdern besprochen. Weiter ist eine schriftliche Stakeholderkonsultation geplant.

2014 P 14.3295 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (Geschäftsprüfungskommission SR)

2014 P 14.3296 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (Geschäftsprüfungskommission SR)

2014 P 14.3297 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (Geschäftsprüfungskommission SR)

2019 M 18.3387 Sinnvolle Patientensteuerungsprogramme im KVG ermöglichen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

2019 M 18.3388 Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

2019 M 18.3513 KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren (Michaël Buffat)

2019 M 18.3649 Stärkung von integrierten Versorgungsmodellen. Abgrenzung zu einseitigen Listenangeboten ohne koordinierte Behandlung (Ruth Humbel)

2019 M 18.3664 Digitalisierung auch im Gesundheitswesen. Sämtliche Rechnungen sollen elektronisch zu den Krankenversicherern (Jürg Grossen)

2019 M 18.4079 Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (Erich Ettlin)

2020 M 18.3977 Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz (Ruth Humbel)

2020 M 19.3070 Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft (Irène Kälin)

2020 M 19.3307 Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Jean-Luc Addor)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.062: Botschaft von 7. September 2022 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2).

2015 P 15.3797 Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Mit den beiden Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. Juni 2021 (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1a, AS 2021 837: Art. 47a KVG «Organisation für Tarifstrukturen für ambulante Behandlungen») und vom 30. September 2022 (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b, BBl 2022 2405: Art. 47c KVG «Überwachung der Kosten») kann eine Harmonisierung der Tarife in der Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung mit denjenigen der Krankenversicherung erzielt werden. Insbesondere durch die Massnahme der neu eingeführten Tariforganisation für Tarifstrukturen für ambulante Behandlungen ist von einer Angleichung der Preise auszugehen, da sowohl im Krankenversicherungs- wie auch im Unfallversicherungsbereich der Tarif für ambulante ärztliche Leistungen in der Schweiz (Tarmed) für die Vergütung der ambulanten Behandlung zur Anwendung kommt. So hat auch die Medizinaltarif-Kommission (MTK) Einsitz in die am 15. November 2022 neu einberufene Organisation für ambulante Arzttarife AG (OAAAT) genommen (www.gsi.be.ch > News < Medienmitteilungen > 15. November 2022 «Organisation ambulante Arzttarife AG ist gegründet»). Die MTK handelt unter anderem die Tarifverträge für die Versicherer nach dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung aus. Gegenwärtig ist das Bundesamt für Gesundheit daran, einen Postulatsbericht vorzubereiten.

2018 M 17.3311 Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (Heinz Brand)

2020 M 18.3765 Zeitgemässer elektronischer Datenaustausch zwischen Gemeinden und Krankenversicherern (Heinz Brand)

2020 M 18.4209 Wohnsitzfrage, Krankenkassenprämie und stationäre Anteile der Kantone. Weniger Bürokratie, weniger Fehler (Lorenz Hess)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.048: Botschaft von 9. Juni 2023 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Datenaustausch, Risikoausgleich).

2018 M 17.3969 Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die Motion verlangt, dass Tarifpartner die Tarife von Laboranalysen für die Analysenliste aushandeln. Das Anliegen wurde in den Entwurf der «Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Verhandlung der Tarife der Analysenliste)» aufgenommen. Die Vorlage war vom 9. Dezember 2022 bis zum 31. März 2023 in der Vernehmlassung (www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > abgeschlossene Vernehmlassungen > 2022 > EDI). Die Behandlung dieser Motion soll gemeinsam mit den Motionen 05.3522, Heim, Medizinische Mittel und Gegenstände, Sparpotenzial und 05.3523 Humbel, Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste, erfolgen (weitere Informationen M 05.3522 und M 05.3523). Im zweiten Quartal 2024 ist die Überweisung der Botschaft ans Parlament vorgesehen.

2018 P 17.4160 Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)

2019 P 19.3423 Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Zur Stärkung der Planung hat der Bundesrat die Spitalplanungskriterien aktualisiert und am 23. Juni 2021 die entsprechende Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) beschlossen. (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Abgeschlossene Neuerungen und Revisionen > Spitalfinanzierung > Änderung vom 23. Juni 2021 der KVV). Die überarbeiteten Planungskriterien enthalten namentlich die Vorgabe, dass in der Planung auf das Potenzial der Konzentration von Leistungen und der Koordination mit anderen Kantonen für die Stärkung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Versorgung zu achten ist. Im Jahr 2024 ist eine Umfrage bei den Kantonen zu ihren Planungsmodellen und ihrer Umsetzung der weiterentwickelten Planungskriterien geplant und die vergangenen und zukünftigen Investitionen sollen analysiert werden. Der Bericht zu beiden Postulaten soll im Zusammenhang mit der Umsetzung der aktualisierten Planungskriterien verfasst werden.

2018 P 17.4182 Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)

Der Bundesrat hat im Rahmen seines Kostendämpfungsprogrammes zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung das Thema der angemessenen Versorgung aufgenommen und entsprechende Ressourcen für das Bundesamt für Gesundheit gesprochen. Im 2020 wurden diesbezüglich konzeptuelle Arbeiten zur Projektplanung aufgenommen, mussten aber wegen dringlicheren Geschäften zur Bewältigung der Covid-Krise im 2021 und 2022 wieder sistiert werden. Die Arbeiten sind mit einer Projektplanung 2023 wieder aufgenommen worden.

2018 P 18.3602 Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)

Für die Bearbeitung der Postulatsfragen hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) beim Institut für Pflegewissenschaft der Universität Basel einen Bericht in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse des Forschungsberichts zeigen, dass die Pflegepersonalausstattung eine wichtige Dimension der Pflegequalität bildet, letztere aber vielschichtig ist und durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird. Erfahrungen zu Massnahmen und rechtlichen Regelungen aus dem Ausland werden ebenfalls dargestellt. Mit der Umsetzung der Pflegeinitiative trägt der Bundesrat der Tatsache Rechnung, dass genügend und adäquat eingesetztes Pflegepersonal ein wichtiger Faktor zur Sicherstellung der Pflegequalität ist. Aktuell fehlen die fachlichen Grundlagen, auf deren Basis Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Personalausstattung gesetzlich verankert werden könnten. Deshalb bleibt die Verantwortung für eine bedarfsgerechte Personalausstattung in der Zuständigkeit der Gesundheitseinrichtungen. Das Postulat wird voraussichtlich im Rahmen der zweiten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative erfüllt werden.

2019 M 18.3512 Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)

2020 M 19.4119 Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)

2021 wurden Patientenorganisationen, Leistungserbringer sowie Softwareanbieter angehört, um die notwendigen Handlungsfelder im Hinblick auf die flächendeckende Verwendung von Medikationsplänen zu identifizieren. Die Ergebnisse dieses Austausches trugen zum einen dazu bei, den Rechtsetzungsbedarf auf gesetzlicher Stufe zu konkretisieren. Zum anderen zeigten sie den Handlungsbedarf auf, der sich bei den Leistungserbringern hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit und bei den IT-Anbietern hinsichtlich den Anforderungen an elektronische Medikationspläne ergibt. Anschliessend wurden die Arbeiten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage in enger Abstimmung zur technischen Normierung in der entsprechenden Verordnung zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier fortgesetzt. Gleichzeitig begleitete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Pilotprojekt für den Einsatz eines eMedikationsplans in der Praxis, um bei Bedarf Erkenntnisse in die laufenden Gesetzgearbeiten einfließen zu lassen. Parallel zu diesen Arbeiten wurden Abklärungen mit Fachexpertinnen und Fachexperten zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den verpflichtenden Einsatz von elektronischen Systemen zur klinischen Entscheidungsunterstützung in der Pädiatrie vorgenommen. Auf der Basis dieser Abklärungen, eines sogenannten Normkonzepts sowie einer anschliessend in Auftrag gegebenen Regulierungsfolgeabschätzung wurde die Vorlage fertiggestellt. Der Bundesrat eröffnete am 8. Dezember 2023 die Vernehmlassung.

2019 P 18.4098 Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Der Bundesrat hat den Bericht vom 7. September 2022 «Vergütung von Arzneimitteln für krebskranke Kinder» in Erfüllung des Postulates erstellt. Das Parlament war 2023 mit dem Antrag, das Postulat abzuschreiben, nicht einverstanden. Gegenwärtig ist das Bundesamt für Gesundheit daran, eine Nachevaluation durchzuführen.

2019 P 19.3086 Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat an einem Treffen mit den Leistungserbringern der Langzeitnachbetreuung (suivi post-réhabilitation à long terme, Spralt) am 20. November 2019 die Sachlage erörtert. Dabei wurde festgehalten, dass die involvierten Fachpersonen derzeit keine vom Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) anerkannten Leistungserbringer darstellen. Für eine Aufnahme als auf ärztliche Anordnung tätige Leistungserbringer nach Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe e KVG ist der Nachweis eines schweizweit gefestigten Berufsbildes eine Grundvoraussetzung. Diesbezüglich sind die Arbeiten seitens der Berufsverbände noch im Gang.

Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 22. Mai 2019 zum Postulat festgehalten hat, kann ein Antrag zur Aufnahme der Leistung in die obligatorische Krankenpflegeversicherung nur durch die interessierten Kreise an die zuständigen Gremien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder Unfallversicherung erfolgen. Dabei ist die Wirksamkeit der Leistungen nach wissenschaftlichen Methoden nachzuweisen. Diesbezüglich hat der Leistungserbringer eine Studie lanciert.

2020 M 19.3703 Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)

Der Bundesrat beabsichtigt im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2, die Möglichkeit der Umsetzung von Preismodellen zu stärken. Mit Preismodellen können neben der Preisfestsetzung auch Prävalenz resp. Menge und Kosten, sowie der Nutzen von Arzneimitteln besser berücksichtigt werden. Das EDI (Bundesamt für Gesundheit) wird 2024 Vorschläge erarbeiten, um die bestehenden Preisfestsetzungskriterien durch weitere von der Motion geforderten Elemente (Kosten/Nutzen, Budget Impact) zu ergänzen.

2020 P 19.3910 Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Laurence Fehlmann Rielle)

Zur Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für diesen Postulatsbericht hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Mandat an das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern vergeben. Im Rahmen des Mandats wurden die relevanten Problembereiche auf der Basis von Literaturrecherchen und Gesprächen mit Fachpersonen herausgearbeitet. In Workshops wurden mögliche Massnahmen mit Akteuren aus dem Gesundheitsbereich vertieft. Der Forschungsbericht liegt seit Mai 2023 vor und dient als Grundlage für die Ausarbeitung des Postulatsberichts. Gegenwärtig wird dieser Bericht erarbeitet.

2020 M 19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 M 19.4120 Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)

Von Seiten des Bundes wurden bereits vor Einreichung der beiden Motionen die Themen aufgenommen sowie Gespräche mit den Akteuren geführt. Entsprechend konnte auch erreicht werden, dass die Behandlungen von Kindern im stationären Bereich inzwischen ausreichend finanziert sind. Im ambulanten Bereich sind die Diskussionen noch im Gang. Die Vertretungen der Kinderspitäler und -kliniken haben dabei die finanzielle Situation, insbesondere des ambulanten Bereichs, grob dargelegt. Die nächsten Schritte hinsichtlich der Zurverfügungstellung von detaillierten Angaben von Seiten der Kinderspitäler und -kliniken wurden bereits vereinbart. Zudem hat der Bundesrat die Tarifpartner mit seiner Entscheid vom 3. Juni 2022 zur Nichtgenehmigung der Tarifstruktur Tardoc Version 1.3 aufgefordert, ihm bis Ende 2023 eine neue Version einzureichen und auch die Arbeiten zur Einführung von Pauschalen für ambulante medizinische Leistungen weiterzuführen. Dabei soll die Kindermedizin sachgerecht abgebildet sein. Die entsprechenden Gesuche zu TARDOC und den ambulanten Pauschalen wurden dem Bundesrat im Dezember 2023 unterbreitet. Es gilt nun, diese zu prüfen.

2020 P 19.4278 Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)

Im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) wurde eine Untersuchung zur Ermittlung des aktuellen Standes des Advanced Practice Nursing in der Schweiz, der Abgrenzung zwischen Expertenprofilen verschiedener Bildungsniveaus, der Verknüpfung zwischen dem Master in Pflegewissenschaft und der Rolle der Advanced Practice Nurses sowie der Vor- und Nachteile einer potenziellen Regulierung durchgeführt. Zwischen Juni 2022 und Januar 2023 wurde der Bericht in einer Begleitgruppe bestehend aus 15 Organisationen und Vertretungen der Bundesverwaltung diskutiert. Aktuell wird geprüft, ob und wie diese Resultate in die zweite. Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative aufgenommen werden können.

2020 M 20.3166 Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 P 20.3453 Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat zusammen mit Swissmedic, dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) und der Armeepothek am 1. Februar 2022 den Bericht «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen» fertiggestellt. Dieser zeigt die Zusammenhänge und Schwierigkeiten innerhalb der gesamten Versorgungskette (von der Herstellung, Lagerhaltung, Marktzugang bis zu Preisbildung und Vergütung) in normalen Lagen auf und schlägt einen Katalog von möglichen Massnahmen vor. Der Bundesrat hat den Versorgungsbericht am 16. Februar 2022 zur Kenntnis genommen und das EDI und das WBF gemeinsam beauftragt, in den 19 Handlungsfeldern weitere Prüfungen vorzunehmen (siehe Medienmitteilung). Diese Prüfung erfolgt zusammen mit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe aus Forschung, Industrie und Leistungserbringern und umfasst auch die Anliegen der beiden Motionen. Am 5. April 2023 befand der Bundesrat über erste Umsetzungsvorschläge zur Verbesserung des Monitorings und der Analyse wiederkehrender Versorgungsstörungen, die bereits 2022 als prioritär eingestuft worden waren. Das hierfür zuständige WBF wurde beauftragt, die Harmonisierung der Begriffe im Zusammenhang mit Versorgungsstörungen, zur Erweiterung der Meldepflicht und zur Digitalisierung der Melde- und Monitoringprozesse weiter auszuarbeiten.

Die übrigen aus der vertieften Prüfung des Massnahmenkatalogs erarbeiteten Handlungsoptionen im Bereich der Lagerhaltung, der Eigenherstellung bzw. -beschaffung, des Marktzugangs, der Anreize sowie der internationalen Vernetzung wurden nach ihrer Wirksamkeit auf die globalen, wie auch spezifisch schweizerischen Ursachen bis Ende 2023 beurteilt und priorisiert. Sie werden dem Bundesrat im Sommer 2024 zum Entscheid vorgelegt werden.

2020 P 20.3241 Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)

Im Auftrag des Bundesrats hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Abklärungen in zwei verschiedenen Bereichen der Beschaffung wichtiger medizinischer Güter für den Pandemiefall durchgeführt:

Unter Einbezug des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) und der Logistikbasis der Armee, sind zum einen bedeutende Lücken in der generellen Versorgung mit medizinischen Gütern und Produkten während der Covid-19 Krise identifiziert worden. Auf der Basis dieser Erkenntnissen ist das BAG derzeit daran, gemeinsam mit den anderen Ämtern Massnahmen zur Verbesserung der Beschaffung von medizinischen Gütern bei künftigen Krisen auszuarbeiten, die dem Bundesrat zum Entscheid vorgelegt werden.

Aufgrund der Besonderheiten des Marktes für Pandemieimpfstoffe hat das BAG zusammen mit den Staatssekretariaten für Bildung, Forschung und Innovation sowie der Wirtschaft und unter Einbezug von Akteuren aus der Forschung und Industrie eine spezifische Strategie zur langfristigen Förderung der Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen erarbeitet. Diese Strategie sieht die Möglichkeit zur Förderung der Erforschung und Entwicklung von Pandemieimpfstoffen sowie den vermehrten Abschluss von sogenannten Reservationsverträgen mit Impfstoffanbietern vor. Damit soll die Position der Schweiz auf internationaler Ebene gestärkt und die Pandemiebereitschaft verbessert werden. Der Bundesrat hat diese Strategie am 29. November 2023 verabschiedet.

2020 P 20.3721 Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Barbara Gysi)

2020 P 20.3724 Covid-19. Situation für ältere Menschen (Laurent Wehrli)

2020 P 20.4253 Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Maya Graf)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat zwei Studien in Auftrag gegeben, um die Auswirkungen besser ausloten zu können. In einer Studie wurden Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen befragt, wie sie die Pandemie und die Massnahmen erlebt haben. Aus diesen Ergebnissen wurden im Rahmen eines Workshops mit Expertinnen und Experten Handlungsempfehlungen abgeleitet. Der Forschungsbericht wurde im März 2023 publiziert. In der zweiten Studie wurden Menschen mit Beeinträchtigungen in Wohnheimen und ihre Angehörigen befragt und daraus ebenfalls Empfehlungen abgeleitet. Der Bericht ist im Sommer 2023 erschienen. Zudem wurde in der Evaluation der Krisenbewältigung Covid-19 bis Sommer 2021 (Schlussbericht zu Händen des BAG, 2022) auch der Themenbereich Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen untersucht. Der Bericht hält fest, dass Bund und Kantone bei der Ausgestaltung der Massnahmen auch die Verbände der Institutionen und des Pflege- und Betreuungspersonals berücksichtigen sollten. Diese Ergebnisse werden ebenfalls in den Postulatsbericht einfließen. Der Bericht in Erfüllung der Postulate ist zurzeit in Erarbeitung; die Veröffentlichung ist Mitte 2024 vorgesehen.

2020 P 20.4153 Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)

Der Bundesrat hat am 12. Oktober 2022 zum Schlussbericht der Konferenz der Kantonsregierungen «Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in der Covid-19-Epidemie: Schlussfolgerungen und Empfehlungen» bereits Stellung genommen. Das Anliegen des Vorstosses soll im Rahmen der Botschaft zur Teilrevision des Epidemiengesetzes abgeschrieben werden.

2021 M 18.4210 Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)

Das BAG hat zur Einschätzung des Handlungsbedarfs im Jahr 2020 ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Das Gutachten «Berichtssysteme in Spitälern – Rechtsfragen rund um den Schutz von Berichts- und Lernsystemen in Spitälern vor gerichtlichem Zugriff» von Prof. Th. Gächter und Prof. K. N. Vokinger der Universität Zürich liegt vor (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Qualitätsentwicklung in der Schweiz). Die Thematik wurde zudem im Rahmen der Arbeiten zum Postulat 20.3463 RK-SR, Redlichkeitskultur im Schweizer Recht aufgenommen. Auf Basis der Empfehlungen des Postulatsberichts und des Gutachtens wird zurzeit das weitere Vorgehen definiert.

In Rahmen der Vierjahresziele des Bundesrates 2022-2024 hat die Eidgenössische Qualitätskommission die Stiftung Patientensicherheit Schweiz zudem mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Just Culture beauftragt. Die Ergebnisse dieser Studie werden - soweit sinnvoll - in die Umsetzung der Motion einfließen.

2021 P 19.3318 Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)

Im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 werden die Fragen des Postulats grösstenteils aufgenommen und soweit wie möglich berücksichtigt. Das Paket ist derzeit in der parlamentarischen Beratung. Diverse Antworten auf die vorgebrachten Fragen sind von den Entscheiden des Parlaments zur Umsetzung von Preismodellen abhängig. Der Bundesrat kann deshalb erst nach den entsprechenden Entscheiden Bericht erstatten.

2021 M 19.3861 One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)

Im Auftrag des BAG hat das Büro Vatter, Politikforschung und -Beratung die Grundlagen zur Beantwortung der Motion auf Basis von Literaturrecherchen und Gesprächen mit Fachpersonen erarbeitet und mögliche Vorgehensvarianten skizziert. Diese wurden

im Rahmen des Erarbeitungsprozesses des One-Health-Aktionsplans der Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR) 2024–27 evaluiert und mit den Stakeholdern diskutiert. Daraus konnte ein Schwerpunkt gebildet werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen des Schwerpunktes schaffen die Datengrundlage zur systemischen Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen im One-Health-Kontext durch die strategische Erhebung genomischer Erregerdaten in der epidemiologischen Überwachung. Für die bereichsübergreifende Analyse von Daten aus den Bereichen Mensch, Tier, Lebensmittel und Umwelt sowie den langfristigen Betrieb und Finanzierung der dafür notwendigen gemeinsamen Plattform sind neue gesetzliche Grundlagen notwendig. Diese Grundlagen sollen im Rahmen der Teilrevision des Epidemiengesetzes geschaffen werden. Die Vernehmlassung zu dieser Teilrevision wurde im November 2023 eröffnet. Die Verabschiedung des One-Health-Aktionsplans StAR durch den Bundesrat ist für 2024 geplant.

2021 M 19.3955 Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Der Bundesrat hat vom 28. Juni bis zum 19. Oktober 2023 eine Vernehmlassung zur umfassenden Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG; SR 816.1) durchgeführt. Darin werden unter anderem alle Leistungserbringer verpflichtet, sich einer zertifizierten Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft gemäss EPDG anzuschliessen (vgl. Art. 59a^{bis} Abs. 1 VE-KVG). Gegenwärtig wird die Vernehmlassung ausgewertet und der Vernehmlassungsbericht erstellt.

2021 P 19.4174 Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)

Erste Vorarbeiten zur Erfüllung des Postulats sind aufgenommen worden. So haben das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) und das Gremium «Koordination der ärztlichen Weiterbildung» im Auftrag des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik, der ständigen Plattform von Bund und Kantonen, zwei Studien zum zukünftigen Bestand und Bedarf an Fachärztinnen und Fachärzten in der Schweiz erarbeitet. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wird daraufhin die Grundlagen zur Umsetzung einer Nationalen Strategie Kinder- und Jugendmedizin erarbeiten. Dies wird in enger Abstimmung mit den bereits laufenden Aktivitäten in den Bereichen kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung und Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit im BAG und unter Einbezug der relevanten Akteure geschehen.

2021 M 19.4180 Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

Zur Umsetzung der Motion, welche eine stärkere Einbindung der Kantone in das Prämien genehmigungsverfahren vorsieht, hat der Bundesrat vom 24. Mai 2023 bis zum 14. September 2023 eine Vernehmlassung zur Änderung des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes (KVAG) durchgeführt. Gegenwärtig wird die Vernehmlassung ausgewertet und der Vernehmlassungsbericht erstellt.

2021 M 19.4492 Laborkosten zulasten der OKP (Christian Lohr)

Ende des Jahres 2020 wurde die zweite Phase der Revision der Analysenliste gestartet mit dem Ziel, alle Positionen der Analysenliste basierend auf einer betriebswirtschaftlichen Bemessung und einer sachgerechten Struktur neu zu tarifieren. Aufgrund der starken Einbindung der dafür beim BAG zuständigen Sektion zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie kam es zu Verzögerungen. Als Übergangslösung hat das EDI die Tarife aller Laboranalysen mit Ausnahme der Schnellen Analysen der ärztlichen Praxislaboratorien per 1. August 2022 um zehn Prozent gesenkt. Diese Tarifsenkung führt zu Einsparungen von jährlich rund 140 Millionen Franken zugunsten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die betroffenen Stakeholder arbeiten zurzeit intensiv an den Grundlagen für die Neutarifizierung. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe einberufen, welche in regelmässigen Sitzungen Grundsatzfragen diskutiert. Zudem findet ein enger Austausch zwischen dem BAG und den Leistungserbringern statt.

2021 M 20.3923 Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Der Bundesrat hat bereits am 12. Januar 2022 den Bericht zur Verbesserung des Datenmanagements im Gesundheitsbereich zur Kenntnis genommen. Dieser Bericht ist verfügbar unter: www.bag.admin.ch > das BAG > Publikationen > Bundesratsberichte > 2022). Darauf basierend hat der Bundesrat die Umsetzung von fünf Massnahmen in Auftrag gegeben (vgl. Medienmitteilung vom 12. Januar 2022). Diese Massnahmen sind alle in einem unterschiedlichen Bearbeitungsgrad und werden im Programm «Digisanté» weitergeführt.

2021 M 20.4264 Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) erarbeitet zusammen mit den betroffenen Akteuren die Grundlagen zur Umsetzung der Motion. Dazu gehören Arbeiten in den Themenbereichen Angebot und Bedarf sowie Kosten und Finanzierung. Zu Angebot und Bedarf wurden Studien durchgeführt und veröffentlicht (www.bag.admin.ch/palliativecare > Grundlagen zur Strategie Palliative Care > Befragung der Kantone zu Palliative Care; www.plattform-palliativecare.ch > Themen > Wie hoch ist der Bedarf nach Palliative Care?). Zum zweiten Themenbereich läuft bis voraussichtlich Mitte 2024 eine Studie. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Studien wird das BAG die offenen Finanzierungsfragen mit den zuständigen Akteuren (insbesondere Bundesamt für Sozialversicherungen und Kantone) diskutieren und den Handlungsbedarf identifizieren, um auf dieser Basis gegebenenfalls Lösungsvorschläge zur Umsetzung der Motion zu erarbeiten.

2021 P 21.3195 Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)

Dieser Vorstoss steht im Kontext mit der Covid-19-Pandemiewelle im 2020 und wurde 2021 mit den Anliegen 1–5, 7, 9, 11 und 12 überwiesen. Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 3. März 2023 über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im

Jahr 2022 (23.006, Auszug Kapitel I; BBl 2023 870 ff) spezifisch dargestellt, welche Arbeiten er zur Bekämpfung der Pandemie unternommen hat und welche Berichte er zu welchen Themen erstattet hat (siehe Hinweise dort insbesondere auf P 20.3242).

Der Bundesrat hat verschiedene Schritte für die bessere Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und der Wissenschaft in «normalen Zeiten» eingeleitet. Dem Anliegen des Postulats wird insbesondere im Rahmen der Revision des Epidemiengesetzes (EpG), in der Aktualisierung des Pandemieplanes, den Projekten des Bundesamts für Gesundheit DigiM und DigiSanté, dem Synthesebericht des NFP 78 Covid-19 und durch Aufträge aus dem GPK-N Bericht zur «Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch den Bundesrat und das BAG zur Bewältigung der Coronakrise Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 30. Juni 2023. Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 2023» Rechnung getragen.

2021 P 21.3220 Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2023 den Zwischenbericht zum Abschluss des Pilotprojektes für eine nationale Gesundheitsstudie zur Kenntnis genommen und dem EDI in Abstimmung mit dem UVEK und dem WBF den Auftrag erteilt, Abklärungen bezüglich Finanzierung, Organisation und rechtlichen Grundlagen einer Schweizer Kohorte zu treffen. Dies beinhaltet auch den Einbezug von Kindern und Jugendlichen. Auf dieser Grundlage wird der Bundesrat dann über die Lancierung einer Schweizer Kohorte entscheiden. Das Kernanliegen des Postulats ist damit mit dem Zwischenbericht aufgenommen und beantwortet worden. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Postulat zudem einen Bericht in Erfüllung des Postulats 21.3457 WBK-N, Psychische Gesundheit und Jugend stärken, in Aussicht gestellt, der den Aspekt Pandemie und Kinder- und Jugendgesundheit einbeziehen wird (weitere Informationen siehe P 21.3457).

2021 P 21.3230 Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung (Heidi Z'graggen)

Dem Bundesrat ist die umfassende Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie ein Anliegen. Er hat sich bereits in der Stellungnahme zum Postulat vom 26. Mai 2021 zum weiteren Vorgehen geäussert. Die Fragen werden nicht in einem separaten Bericht, sondern im Rahmen verschiedener Berichte und unter Berücksichtigung der einzelnen Fragestellungen beantwortet. Die Fragestellung zur psychischen Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere der Jugend wird im Bericht in Erfüllung der Postulate 21.3234 Hurni und 21.3457 WBK-N aufgenommen und dargelegt (weitere Informationen siehe P 21.3234 und P 21.3457 und zur Aufarbeitung der Corona-Krise siehe P 20.3721, P 20.3724 und P 20.4253).

2021 P 21.3232 Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)

Das Bundesamt für Gesundheit hat als Grundlage zur Beantwortung des Postulats eine Studie zu möglichen Massnahmen, welche die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung gewährleisten könnten, in Auftrag gegeben. Die Studie wurde Ende November 2023 abgeschlossen. Verschiedene Massnahmen werden in einer Auslegeordnung dargestellt. Sie dienen als Grundlage für den Bericht in Erfüllung des Postulats. Der Bericht ist zurzeit in Erarbeitung.

2021 P 21.3234 Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer? (Baptiste Hurni)

2021 P 21.3457 Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung und insbesondere der Kinder und Jugendlichen im Rahmen eines Monitorings aufarbeiten lassen. Im Mai 2023 hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) im Auftrag des BAG die Kennzahlen zur psychischen Gesundheit aus dem Jahr 2021 ausgewertet. Der Bericht in Erfüllung der beiden Postulate ist zurzeit in Erarbeitung.

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011 Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat will die Unternehmen und die Bevölkerung durch wegfallende Datenlieferungen schrittweise entlasten. Dazu hat er Pilotprojekte in die Wege geleitet, welche beim Bundesamt für Statistik (BFS) umgesetzt werden. Um doppelte Erhebungen zu verhindern (Once-Only-Prinzip), sind die Daten der Bundesverwaltung zu standardisieren und zu harmonisieren. Die beim BFS geschaffene Fachstelle begleitet die Verwaltungseinheiten in diesem Prozess. Sie unterstützt zudem das Koordinationsgremium Datenharmonisierung Bund. Kernstück zur Umsetzung des «Once-Only-Prinzips» ist eine öffentlich zugängliche Plattform, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert (www.i14y.admin.ch). Deren Aufgaben werden im Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (Art. 14 E-EMBAG) geregelt (BBl 2022 805). Neben der Dokumentation der vorhandenen Datensammlungen sind dies ein Verzeichnis der elektronischen Schnittstellen (APIs) sowie eine Übersicht über die elektronisch verfügbaren Leistungen der Behörden. Der Bundesrat hat im Juni 2022 von der ersten Version des API-Verzeichnisses Kenntnis genommen. Kantone und Gemeinden können die Plattform ebenfalls nutzen, so dass der Umfang der vorhandenen Informationen auch auf dieser Ebene laufend erweitert wird. Die Arbeiten werden eng mit der strategischen Initiative 3 «Once-Only Prinzip» der Digitalisierungsstrategie des Bundes 2020-2023 koordiniert. Der Bundesrat hat im August 2023 mit der Verlängerung des Programms Nationale Datenbewirtschaftung (NaDB) bis Ende 2026 konkrete Schritte zur Standardisierung der Datenbestände in Auftrag gegeben. In den Themenbereichen Gesundheit, Energie, Landwirtschaft, Sicherheit, Mobilität und Infrastruktur wurden die Gespräche mit den zuständigen Ämtern aufgenommen. Das Programm kann im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen andere Stellen unterstützen. Darum wird es bei der Digitalen Verwaltung Schweiz einen Antrag auf zusätzliche Mittel stellen. Dies im Sinne des Berichts der Eidgenössische Finanzkontrolle von April 2022. Mit Abschluss des Programms NaDB soll das nationale Datenmanagement eine Daueraufgabe des BFS sein.

2021 M 20.4260 Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission NR)

Mit der Motion wird ein zentraler, standardisierter Zugang zu den digitalen Daten und Prozessen der gesamten Bundesverwaltung in Auftrag gegeben. Dies soll über die Etablierung von interoperablen, maschinenlesbaren und auf offenen Standards basierenden Echtzeit-Schnittstellen erreicht und durch Governance-Strukturen begleitet werden. Mit dem Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (BBl 2022 805) wird nächstes Jahr eine neue – für diesen Bereich relevante – Rechtsgrundlage in Kraft treten: Elektronische Geschäftsprozesse sollen beim Bund als Standard eingeführt werden (Prinzip: «Digital-first»). Für die Umsetzung wurde als technisches Kernstück eine öffentliche Plattform entwickelt, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert (www.i14y.admin.ch). Die Datensammlungen der Bundesverwaltung werden in einer Form beschrieben, die Auskunft über das Vorhandensein und die Qualität der gehaltenen Daten zulässt. Zudem werden Verzeichnisse der elektronischen Schnittstellen und den elektronischen Behördenleistungen den elektronischen Datenaustausch erleichtern. Kantone, Gemeinden und Private können die Plattform ebenfalls nutzen. Mit dem Grundsatzentscheid, die elektronische Schnittstelle standardmässig in der Informationstechnologie zu verwenden (strategische Leitlinie API-First), wird schon bei der Konzeption von technischen Lösungen deren Verwendung berücksichtigt. Die hierfür benötigten technischen Standards wurden in einer ersten Version erarbeitet. Die weiteren Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit den zentralen Vorhaben zur Digitalisierung der föderalen Verwaltung. Dies sind insbesondere das Programm «Nationale Datenbewirtschaftung», der Bundesratsauftrag zur «Schaffung von vertrauenswürdigen Datenräumen basierend auf der digitalen Selbstbestimmung», die Digitale Verwaltung Schweiz sowie die Digitalisierungsstrategie des Bundes 2020–2023. Ende des dritten Quartals 2023 hatten sechs Verwaltungsstellen des Bundes frei zugängliche Dokumentationen ihrer elektronischen Schnittstellen auf der öffentlichen Plattform publiziert. Für 2024 ist eine Darstellung zu Qualität und Nutzung der elektronischen Schnittstellen geplant. Interessierte können so selbstständig einen visuellen Überblick zum aktuellen Stand der Datenlandschaft in der Verwaltung erhalten.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2017 P 17.3268 Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die Behandlung des Postulats wird im Rahmen des Auftrags bearbeitet, den der Bundesrat am 14. Juni 2019 und die im Plenum der Konferenz der Kantonsregierungen tagenden Kantonsregierungen am 28. Juni 2019 verabschiedet haben, dies im Zusammenhang mit der Überprüfung der Aufgabenteilung und der finanziellen Zuständigkeit Bund/Kantone. Da die Arbeiten zur Überprüfung des Finanzausgleichs sistiert wurden, wird das Postulat im Rahmen der Botschaft zur Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (18.3716 Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen) behandelt. Der Vorentwurf dazu war bis 23. Oktober 2023 in der Vernehmlassung. Die Botschaft wird in der zweiten Hälfte 2024 ans Parlament überwiesen werden.

2019 M 18.3716 Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Es wurde ein Forschungsprojekt lanciert, um die verschiedenen im Postulat dargelegten Aspekte zu untersuchen. Der erläuternde Bericht und der Vorentwurf waren von 21. Juni bis zum 23. Oktober 2023 in der Vernehmlassung. Es wird ein Ergebnisbericht und eine Botschaft ausgearbeitet, die in der zweiten Hälfte 2024 ans Parlament überwiesen werden wird.

2019 P 19.3417 Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Die Abschreibung des Postulats wurde in der Sommersession 2022 von den Räten (Entscheid NR 7.6.2022; Entscheid SR 9.6.2022), im Zusammenhang mit der Beratung des Berichtes Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2021 (Geschäft 22.006) abgelehnt. Über das weitere Vorgehen wird nach der Behandlung der Parlamentarischen Initiative 21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung (zurzeit in der WBK-S) entschieden.

2019 P 19.4380 Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Die für Ende 2023 vorgesehene Publikation des Postulatsbericht verzögert sich. Aufgrund der Komplexität der Materie gab es bei der Erstellung des Berichts Schwierigkeiten, eine adäquate Berichtsstruktur zu erarbeiten. Durch die erforderliche Überarbeitung verzögert sich die Verabschiedung des Berichts auf frühestens Mitte 2024.

2020 M 19.3633 Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)

Das Vorhaben ist aufgrund der hohen, jedoch sehr unterschiedlichen Erwartungen der betroffenen Akteure und hinsichtlich der Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen komplex. Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 eine Revision der Kinder- und Jugendförderungsverordnung in die Vernehmlassung geschickt. Damit sollen die Kinderrechte auf nationaler Ebene gestärkt werden indem einerseits die Zuständigkeit beim Bundesamt für Sozialversicherung ausdrücklich verankert und andererseits eine geeignete Kinderrechtsinstitution mit unterstützenden und koordinierenden Aufgaben beauftragt wird. Die Vernehmlassung dauert bis zum 29. März 2024.

2020 M 19.3702 Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Erich Ettlin)

Im November 2023 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Verordnungsänderung eröffnet, mit der die Motion umgesetzt werden soll. Die Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage erwies sich als komplex und erforderte die Koordination zwischen den Departementen. Die Vernehmlassung dauert bis im Frühling 2024.

2020 M 19.3953 Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Mit Bundesratsbeschluss vom 27. Januar 2021 hat der Bundesrat über den Zeitplan sowie die notwendigen Ressourcen zur Erfüllung der Motion entschieden. Das EDI (Bundesamt für Sozialversicherungen) wird den ersten Monitoringbericht bis Ende 2025 erarbeiten. 2022 wurden die Projektstruktur sowie ein Detailkonzept für den ersten Monitoringbericht erstellt. Seit 2023 werden die Datengrundlagen aufbereitet, die verschiedenen Berichtsteile verfasst und mit den eingesetzten Gremien abgestimmt.

2020 M 19.4270 Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Liliane Maury Pasquier [Elisabeth Baume-Schneider])

Die Motion wird im Rahmen der nächsten EOG-Revision umgesetzt. Das Vernehmlassungsverfahren dauert vom 22. Dezember 2023 bis 12. April 2024.

2021 P 19.4407 Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem lange dauernden Gesundheitsschaden durch die Invalidenversicherung? (Yvonne Feri)

2022 P 22.3237 Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern (Johanna Gapany)

Der Bericht in Erfüllung der Postulate ist auf Mitte 2024 vorgesehen.

2021 M 20.3096 Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Unter der Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) werden gegenwärtig der Handlungsbedarf und der Handlungsspielraum für Anpassungen geprüft. Basierend auf den Erkenntnissen wird der Bundesrat im Verlauf des Jahres 2024 über das weitere Vorgehen entscheiden.

2021 M 20.4425 Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)

2021 M 20.4552 Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)

Die technische Umsetzung ist im Gang. Die Integration der obligatorischen Unfallversicherung ins vereinfachte Abrechnungsverfahren ist per Anfang 2025 geplant. Gesetzgeberische Massnahmen sind aus heutiger Sicht nicht nötig.

2021 P 20.4449 Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern beheben (Yvonne Feri)

Ein Entwurf zur Änderung des AHVG im Bereich Hinterlassenenrenten ist in Bearbeitung. Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Vorentwurf eröffnet. Sie dauert vom 8. Dezember 2023 bis 29. März 2024. Die Motion wird im Rahmen der Botschaft zu dieser Revision abgeschrieben werden können.

2021 P 21.3454 Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Um die Auswirkungen von Long Covid auf die Sozialversicherungen zu untersuchen, müssen die Daten von mindestens einem ganz Kalenderjahr vorliegen, weswegen zwischen den konzeptuellen und den redaktionellen Arbeiten am Postulatsbericht eine längere Pause lag. Namentlich die Auswirkungen auf die Invalidenversicherung werden im Rahmen eines Forschungsprojekts genauer untersucht. Die Forschungsergebnisse liegen im Frühjahr 2024 vor. Der Bericht wird voraussichtlich Ende 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2021 M 21.3462 Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Vorbereitungsarbeiten für die nächste AHV-Reform laufen. Gemäss Zeitplan sollte die Botschaft bis Ende 2026 vorliegen.

2021 P 21.3604 Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen anderer Bundesstellen eingesetzt. Die Arbeiten konnten ressourcenbedingt erst 2023 richtig aufgenommen werden. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2024 verabschieden.

2021 P 21.3741 Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)

Die Arbeiten am Postulat wurden im Zusammenhang mit der Beratung der Parlamentarischen Initiative (Pa. Iv. 21.403) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung», die zurzeit in der WBK-S behandelt wird, sistiert. In dieser ist gemäss Entscheid des Erstrats eine nationale Statistik u.a. zu Aspekten der frühen Förderung vorgesehen.

2021 P 21.3877 Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)

2021 P 21.3968 Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Forschungsarbeiten sind im Gang. Sie werden als Grundlage für den Bericht des Bundesrates dienen, der für die zweite Hälfte 2024 geplant ist.

2021 P 21.3961 Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Verwaltung konnte die Grundlagen für die Kosten-Nutzen-Analyse erstellen. Aufgrund der dringlichen Bearbeitung verschiedener anderer familienpolitischer Geschäfte wie der parlamentarische Initiative (21.403) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» und diverser Prüfaufträge, war eine Priorisierung der Aufgaben angezeigt, weshalb sich die Erfüllung des Postulats verzögert. Der Postulatsbericht wird voraussichtlich im ersten Semester 2024 dem Bundesrat unterbreitet.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2019 M 18.4411 Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Géraldine Savary)

Das EDI hat zum Vorschlag zur Umsetzung der Motion in der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung vom 27. Mai 2020 (SR 817.042) vom 30. September 2022 bis zum 31. Januar 2023 eine Vernehmlassung durchgeführt. Diese wurde überwiegend abgelehnt, weshalb die Motion nicht im Rahmen des Lebensmittelrechts umgesetzt werden soll. Es wird geprüft, ob die Motion im Landwirtschaftsrecht angemessen umgesetzt werden kann.

2019 P 19.3483 Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Nadine Masshardt)

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats (18.3829) Chevalley «Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung» am 6. April 2022 verabschiedet. Das Postulat Masshardt soll im Rahmen dieses Aktionsplans erfüllt werden. Dies gewährleistet die Koordination und Abstimmung mit anderen Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung.

2021 M 19.3624 Konsum von lokal angebautem Obst und Gemüse fördern (Benjamin Roduit)

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen bereitet in Zusammenarbeit mit den Kantonen, mehreren Verbänden (Schweizerischer Gemüseproduzentenverband, Schweizerischer Obstverband und Schweizerischer Bauernverband) und der Gesundheitsförderung Schweiz eine Informationskampagne vor. Die Gespräche und die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten sind noch im Gang. Gleichzeitig wurde die Seite www.5amTag.ch aktualisiert, auf der für den Konsum von fünf Früchten und Gemüse pro Tag geworben wird.

2021 M 20.4267 Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Der Bundesrat hat am 5. April 2023 eine Aussprache zur Umsetzung der Motion geführt und das EDI beauftragt, ihm bis zum Ende des ersten Quartals 2024 für die Eröffnung der Vernehmlassung Regulierungsvorschläge zu folgenden Punkten zu unterbreiten: Deklarationspflichten für Stopfleber, betäubungslos gewonnene Froschschenkel, mit schmerzverursachenden Eingriffen ohne Schmerzausschaltung produzierte tierische Erzeugnisse sowie Anwendung bestimmter in der Schweiz verbotener Pflanzenschutzmittel für importierte pflanzliche Lebensmittel.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

2019 M 19.3228 Für ein zeitgemässes Schweizer Patent (Thomas Hefti)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.078: Botschaft vom 16. November 2022 zur Änderung des Patentgesetzes.

2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission SR)

2017 hat die Schweiz eine Verschärfung der Markeneintragungspraxis in China erreicht. Seither haben Markenregistrierungen, die sich unrechtmässig der Swissness bedienen, markant abgenommen. Um die Swissness-Durchsetzung im Markt zusätzlich zu erleichtern, exploriert die Schweiz im Rahmen des Dialogs über das geistige Eigentum mit China ein bilaterales Abkommen über den Schutz von geografischen Angaben und Herkunftsangaben. In den letzten zwei Jahren führte die Schweiz zusätzlich vertiefte Expertengespräche über ein solches Abkommen und eine in China laufende Gesetzesrevision. Ziel ist es, zu ermöglichen, dass über ein Abkommen nicht nur Angaben für landwirtschaftliche Produkte geschützt werden können, sondern auch für Uhren und Kosmetika, sowie die Swissness generell.

Die Durchsetzung von Markenrechten ist hingegen nicht Aufgabe des Staates, sondern der privaten Markeninhaberinnen. Die Schweiz thematisiert aber laufend mit China die Rahmenbedingungen für den Markenschutz, basierend auf konkreten Anliegen der Schweizer Wirtschaftskreise.

In der Wintersession 2023 hat das Parlament das Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht verabschiedet (22.021). Diese Vorlage wird zu einer Effizienzsteigerung im Kampf gegen die Einfuhr gefälschter Waren führen.

Bundesamt für Justiz

2002 M 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (Hildegard Fässler-Osterwalder)

2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung von Baumängeln (Hildegard Fässler-Osterwalder)

2018 M 17.4079 Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (Thierry Burkart)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.066: Botschaft vom 19. Oktober 2022 zur Änderung des Obligationenrechts (Baumängel) (BBl 2022 2743).

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Prisca Birrer-Heimo)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 21.082: Botschaft vom 10. Dezember 2021 zur Änderung der Zivilprozessordnung (Verbandsklage und kollektiver Vergleich) (BBl 2021 3048).

2014 P 14.3782 Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)

2020 P 20.3797 Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)

Im Dezember 2020 hat das Parlament den ersten Teil der Erbrechtsrevision verabschiedet (Inkrafttreten 1.1.2023), womit insbesondere die familienpolitischen Anliegen der Erbrechtsreform umgesetzt wurden. Am 10. Juni 2022 hat der Bundesrat die Botschaft zur Unternehmensnachfolge im Erbrecht verabschiedet (Geschäft 22.049; BBl 2022 1637). Das Parlament hat die Beratung dieser Vorlage 2023 aufgenommen und sie befindet sich derzeit in der Differenzbereinigung. Im dritten Teil der Erbrechtsrevision sollen die Anliegen dieser drei Vorstösse zusammen mit anderen, eher technischen Punkten behandelt werden. In Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten sindentsprechende Arbeiten in Gang. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung zu dieser Vorlage voraussichtlich 2025 eröffnen.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Totalrevision des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0) oder alternativ einen Entwurf für die Ersetzung dieses Gesetzes durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) und in der Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) zu unterbreiten. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht und das Verwaltungsstrafverfahren Anfang 2024 eröffnen.

2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Natalie Rickli)

2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen NR)

2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Andrea Caroni)

2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Bernhard Guhl)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.071: Botschaft vom 2. November 2022 zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) (BBl 2022 2991).

2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Erfahrungen der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Electronic Monitoring mit dem (Vollzug von Strafen in Form des elektronisch überwachten Vollzugs ausserhalb der Vollzugseinrichtung) zu evaluieren und anschliessend einen Bericht vorzulegen. Die Möglichkeit des Electronic Monitorings besteht seit 1. Januar 2018. Der Bundesrat wollte ursprünglich das Electronic Monitoring der Jahre 2018–2020 evaluieren. Die Arbeiten wurden aufgenommen, aber festgestellt, dass das Bundesamt für Statistik erst ab 2021 über Statistiken zum Electronic Monitoring verfügt. Um den Bericht auf verlässliche Statistiken abstützen zu können, sollen nun die Jahre 2021 bis 2023 evaluiert werden. Anschliessend wird Bericht erstattet werden.

2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)

2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)

Mit der Motion 14.3801 wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass wirksame Sanktionen bestehen, falls Reiseveranstalter und -vermittler ihre gesetzliche Sicherstellungspflicht verletzen. Mit dem Postulat 18.4004 wurde der Bundesrat zudem beauftragt, eine Anpassung des Bundesgesetzes über Pauschalreisen an die EU-Richtlinie 2015/2302 zu prüfen. Die Eröffnung der Vernehmlassung und Beantwortung des Postulates waren für 2020 geplant, die Corona-Pandemie und die Insolvenz eines grossen Reiseanbieters kurz zuvor haben nun jedoch neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sicherstellungspflicht und der Pauschalreisegesetzgebung aufgeworfen. Zudem laufen derzeit Revisionsbestrebungen innerhalb der EU, die einen grossen Einfluss auf den Schweizer Markt haben dürften und die von den Vorstössen aufgeworfene Fragen betreffen. Es scheint derzeit kaum möglich oder sinnvoll, eine nachhaltige Position zu den Vorstössen im Reiserecht zu entwickeln. Sobald die Rechtsentwicklung in der EU abgeschätzt werden kann, muss eine Neubeurteilung vorgenommen werden.

2017 M 15.3531 Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Olivier Feller)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.085: Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Besitzschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken).

2017 M 16.3752 Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)

Die Motion verlangt, dass der Bundesrat mit der EU eine Vereinbarung zur Koordinierung der Tätigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörden anstrebt und Sondierungsgespräche führt. Für die Gespräche mit der EU will der Bundesrat jedoch den Abschluss der laufenden Evaluation des schweizerischen Datenschutzniveaus durch die Europäische Kommission abwarten, weil die Erfolgchancen eines Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Schweiz unter anderem davon abhängen, dass die Europäische Kommission der Schweiz weiterhin ein angemessenes Schutzniveau im Sinne der europäischen Datenschutzbestimmungen attestiert. Der Bericht der Europäischen Kommission wurde ursprünglich für Ende Mai 2020 erwartet. Die Arbeiten haben sich jedoch verzögert. Die Veröffentlichung des Berichts der Europäischen Kommission wird nun bis zum ersten Quartal 2024 erwartet.

2018 P 18.3080 Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Philippe Nantermod)

Mit dem Postulat soll der Bundesrat die Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs untersuchen und insbesondere prüfen, ob die Prinzipien der Kostendeckung und der Äquivalenz befolgt werden und ob eine Senkung der Gebührenansätze wünschenswert sei. Es wurde eine Umfrage bei den Kantonen zu den Gebühren im Betreibungs- und Konkurswesen durchgeführt. Zurzeit läuft die Abklärung der relevanten Rechtsfragen, die angesichts ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen hat. Die Verabschiedung des Berichts ist für das erste Halbjahr 2024 vorgesehen.

2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen SR)

2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)

Die Motionen verlangen eine gesetzliche Grundlage, damit soziale Netzwerke verpflichtet werden können, eine Vertretung oder ein Zustelldomizil in der Schweiz zu bezeichnen. Dies soll die Kommunikation mit den Behörden sowie mit Konsumentinnen und Konsumenten vereinfachen. Weiter soll der Bundesrat auf internationaler Ebene aktiv darauf hinwirken, eine Lösung für das Problem der Rechtsdurchsetzung im Internet zu erzielen. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Arbeiten des Europarats für die Weiterentwicklung des Übereinkommens über die Cyberkriminalität (SR 0.311.43). Das entsprechende zweite Zusatzprotokoll ist noch nicht in Kraft getreten und wird auf seinen Mehrwert und bezüglich des Umsetzungsbedarfs analysiert. Daneben beteiligt sich die Schweiz massgeblich an den laufenden Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu einem Übereinkommen gegen die Cyberkriminalität. Das totalrevidierte Datenschutzgesetz (DSG) ist am 1. September 2023 in Kraft getreten. Neu verpflichtet das DSG Datenbearbeiter mit Sitz im Ausland, eine Vertretung in der Schweiz zu bezeichnen, wenn sie Personendaten von Personen in der Schweiz bearbeiten und diese Datenbearbeitung weitere Voraussetzungen erfüllt. Diese Regelung überschneidet sich mit dem Anliegen der Motion 18.3379. Der Bundesrat prüft nun, wie sich die Vertretungspflicht für ausländische Datenbearbeiter in der Praxis entwickelt. Danach wird er prüfen, ob ein darüberhinausgehender Handlungsbedarf

besteht. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat ausserdem den US CLOUD Act und die e-Evidence-Gesetzgebung der EU analysiert, welche beide das Ziel haben, den grenzüberschreitenden Zugriff auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren zu vereinfachen. Im Rahmen jeweils eines Berichts hat das BJ deren Auswirkungen auf die Schweiz und die Handlungsoptionen für die Schweiz aufgezeigt. Der Bericht zum US CLOUD Act wurde 2021 auf der BJ-Webseite publiziert. Der Bericht zur EU e-Evidence wird anfangs 2024 publiziert werden. Gestützt auf diese Berichte soll im ersten Halbjahr 2024 eine Konsultation zum weiteren Vorgehen lanciert werden.

2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen (Martin Candinas)

2020 M 19.3694 Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)

2021 M 20.4035 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)

Mit der Motion 16.3335 wurde der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass Betreibungsämter vor der Ausstellung eines Betreibungsregistrauszugs zwingend eine Wohnsitzüberprüfung vornehmen müssen. Angesichts des sachlichen Bezugs soll das Anliegen zusammen mit den beiden Motionen 19.3694 Fiala (Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine) und 20.4035 Fiala (Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine) in einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) umgesetzt werden. Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) eröffnet. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat die Botschaft voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 zuhanden des Parlaments verabschieden, nachdem sich die Arbeiten aufgrund der Berücksichtigung der Anliegen aus der Vernehmlassung, der laufenden Entwicklung sowie neuer Anliegen verzögert haben.

2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)

2021 M 21.3009 Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission NR)

Die Motion SPK-N 21.3009 beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Änderung des Strafrechts vorzulegen, durch die 1. bei leichten, aber eindeutigen Fällen die Anordnung einer Landesverweisung per Strafbefehl ermöglicht wird, 2. eine notwendige Verteidigung nicht nur aufgrund der Tatsache, dass eine Landesverweisung angeordnet werden könnte, bestellt werden muss, und 3. die Katalogstrafataten in denjenigen Fällen präzisiert werden, bei denen besonders viele Bagatelldelikte auftreten. Sie wurde in der Wintersession 2021 vom Parlament teilweise (nur Punkt 3) angenommen und überwiesen. Das Bundesamt für Justiz hat gestützt auf die Motionen 21.3009 der SPK-N und 18.3408 Müller sowie auf die Parlamentarische Initiative 17.438 Brand Anpassungen geprüft und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Die Frist zur Behandlung der Pa.Iv. 17.438 Brand wurde von der RK-N anlässlich ihrer Sitzung vom 26. Oktober 2023 um weitere zwei Jahre verlängert. Nun wird die Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet. Es ist geplant, diese im zweiten Halbjahr 2024 in die Vernehmlassung zu schicken.

2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)

2019 M 18.3683 Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)

Mit den beiden Motionen wurde der Bundesrat beauftragt, eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vorzulegen, um verschuldeten Privatpersonen unter gewissen Voraussetzungen ein schuldenfreies Leben zu ermöglichen. Die Vernehmlassung dauerte vom 3. Juni 2022 bis zum 26. September 2022. Nach Auswertung der Vernehmlassung und Überarbeitung der Vorlage mit einer breit zusammengesetzten Expertengruppe wird der Bundesrat voraussichtlich 2024 die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden.

2019 P 18.4063 Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 19.048: Botschaft vom 28. August 2019 zur Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383 Kommission für Rechtsfragen des Ständerats, Anpassung der Strafprozessordnung). Der Nationalrat hat die Abschreibung des Postulates) in der Frühjahrsession 2021 abgelehnt. Das Postulat wird im Rahmen der Umsetzung der Motion 21.4336 (RK-SR. Justice restaurative) erledigt werden.

2019 P 19.3067 Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)

2019 P 19.3880 Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)

2021 M 19.4072 Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)

2021 M 19.4586 Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)

Mit beiden Postulaten wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, die Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz sowie die gesetzliche Vertretung durch Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragene Partnerinnen und Partner zu stärken und die Grundsätze des Einsatzes von privaten Beiständen gesetzlich zu verankern. Bereits 2019 hat der Bundesrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts vertieft abklären soll, nachdem er in einem Bericht vom 29. März 2017 Klärungsbedarf in mindestens zwei Punkten festgestellt hat und auch ein externes Gutachten 2019 Optimierungsmöglichkeiten aufzeigte. Während der Covid-

Pandemie mussten die Arbeiten der Expertengruppe für eine gewisse Zeit sistiert werden. Zudem hat sich der Umfang der Vorlage nach der Annahme der beiden Motionen 19.4072 Dobler und 19.4586 Reimann erweitert. Der Bundesrat hat am 22. Februar 2023 die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des ZGB im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 31. Mai 2023. Nach Auswertung der Vernehmlassung wird der Bundesrat die Botschaft voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 zuhänden des Parlaments verabschieden. Die Anliegen der beiden Postulate sollen im Rahmen dieser Vorlage erfüllt werden.

2019 M 19.3410 55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)

Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Ausgangslage bildet der Bericht zum Postulat 14.3832 Caroni [Feller] (Fünzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau). Die Arbeiten an einer Vernehmlassungsvorlage sind im Gange. Der Vorentwurf wurde im zweiten Halbjahr 2022 und im ersten Halbjahr 2023 mit Expertinnen und Experten aus der Lehre und der Praxis diskutiert. Es ist geplant, dass der Bundesrat bis Ende des ersten Halbjahres 2024 die Vernehmlassung zu einem Vorentwurf eröffnen kann.

2019 P 19.3478 Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)

2019 P 19.3503 Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altermatt)

Mit diesen Postulaten wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, wie das Familienverfahren im Interesse des Kindes verbessert und wie dabei sichergestellt werden kann, dass die Beurteilung von Kinderbelangen schweizweit über alle Instanzen einheitlich erfolgt. In Erfüllung dieser Postulate soll in einer ersten Phase eine Bestandsaufnahme der in den Kantonen bestehenden Angebote zur Unterstützung der Eltern bei der Konfliktlösung (Mediation, angeordnete Beratung, Elternkurse) durchgeführt werden. Diese – in der Schweiz noch relativ neuen – Angebote sollen im Rahmen eines Erfahrungsaustausches mit den massgeblichen Akteuren verglichen und bewertet werden. Die Resultate dieser Auswertung liegen in der Zwischenzeit vor. Zudem fand am 27. November 2023 eine öffentliche Tagung zur Diskussion der Thematik dieser Postulate sowie des Postulats 22.3380 RK-N (Für ein Familiengericht) statt. In einem weiteren Schritt soll anschliessend mit einer Expertengruppe aus Spezialistinnen und Spezialisten des Familienverfahrensrechts vor Gerichten und KESB (Familienanwälte, Richter, KESB-vertreter/innen und Wissenschaft) zusammengearbeitet werden, um zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls inwiefern eine Gesetzesrevision im Bereich des Familienverfahrensrechts inklusiv einer Neuregelung der Zuständigkeiten von KESB und Gerichten an die Hand genommen werden sollten.

2020 M 19.3008 Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission NR)

Die Eröffnung der Vernehmlassung zum Entwurf des «Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus» ist für das erste Halbjahr vorgesehen.

2020 M 19.4122 Stimmrechtsberater und börsennotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Gesetzesänderung (bspw. des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes) vorzulegen, um die Interessenkonflikte der Stimmrechtsberater (*Proxy Advisors*) bei börsennotierten Aktiengesellschaften offenzulegen und zu vermeiden. Die internationalen Entwicklungen sollen dabei berücksichtigt werden.

Die Arbeiten wurden vom Bundesamt für Justiz an die Hand genommen; umfassende Abklärungen mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) über den Ort der Regulierung haben stattgefunden. Eine Umsetzung der Motion im Finanzmarktrecht (wie vom Motionär beantragt) wurde vom SIF abgelehnt. Die Arbeiten an einem neuen Sondergesetz (ausserhalb des Obligationsrechts und des bestehenden Finanzmarktrechts) sind im Gange; eine Vernehmlassungsvorlage soll 2024 dem Bundesrat unterbreitet werden.

2020 P 19.4638 Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat in einem Bericht darzulegen, wie das Bauhandwerkerpfandrecht angepasst werden könnte, um das Verhältnis zwischen Bauherren oder Bauherrinnen und Subunternehmern oder Subunternehmerinnen ausgewogener zu regeln. Insbesondere soll dabei auch eine Transparenzlösung geprüft werden, wonach das Pfandrecht nur für Leistungen greift, die erbracht wurden, nachdem der Bauherr oder die Bauherrin vom Subunternehmer oder von der Subunternehmerin Kenntnis haben konnte. Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Gutachten bei einem Experten eingeholt. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 vorgelegt werden.

2020 P 20.3009 Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, zu prüfen, ob die geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches in den Konstellationen gemäss Artikel 46 und 49 StGB schuldangemessene Sanktionen ermöglichen. Der Bundesrat soll zudem mögliche Alternativen zum geltenden Recht mit ihren Vor- und Nachteilen und allfälligen weiteren Folgen aufzeigen. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 vorlegen.

2020 P 20.3440 Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Pirmin Schwander)

Das Postulat verlangt, dass der Bundesrat aufzeigt, wie er den Schutzbereich von Artikel 185 Absatz 3 Bundesverfassung definiert und seine diesbezüglichen Notrechtskompetenzen begründet. Insbesondere soll klargestellt werden, ob immer ein sicherheitspolitisches Anliegen vorliegen muss oder ob auch andere politische Ziele alleine genügen. Das Parlament befasst sich intensiv mit diesen Fragen im Rahmen der parlamentarischen Initiativen 20.437 (Handlungsfähigkeit des Parlamentes in

Krisensituationen verbessern) und 20.438 (Nutzung der Notrechtskompetenzen und Kontrolle des bundesrätlichen Notrechts in Krisen). Dabei wurde auch die Bundesverwaltung einbezogen, und der Bundesrat nahm Stellung dazu. Am 4. Dezember 2023 sind entsprechende rechtliche Anpassungen in Kraft getreten. Am 12. April 2023 nahm der Nationalrat das Postulat 23.3438 «Anwendung von Notrecht» der RK-N an. Das Postulat verlangt, dass der Bundesrat die rechtlichen Grundlagen und Grenzen des Notrechts aufzeigt. Dabei soll insbesondere darauf eingegangen werden, inwiefern die beiden Artikel 184 und 185 der Bundesverfassung als Rechtsgrundlage genügen und inwiefern die Mitwirkung des Parlaments verbessert werden kann. Das Bundesamt für Justiz erarbeitet einen Bericht dazu. Dieser soll in der ersten Jahreshälfte 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden. Im Rahmen dieses Berichts werden auch die im Postulat Schwander 20.3440 aufgeworfenen Fragen behandelt.

2021 P 19.4567 Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)

Zur Umsetzung des Postulats wurde ein externes Mandat erteilt. Die externe Studie ist im Verlauf des ersten Halbjahres 2024 vorgesehen. Ein theoretischer Teil wird die empirischen Ergebnisse der externen Studie ergänzen. Ein theoretischer Teil wird die empirischen Ergebnisse der externen Studie ergänzen. Die Verabschiedung des Berichts wird voraussichtlich 2025 erfolgen.

2021 M 20.3066 Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)

Die Motion verlangt, dass der Bundesrat die Rechtsgrundlagen (Gesetz und Verordnung) ändert, damit die elektronisch im Zentralen Firmenindex Zefix veröffentlichten Informationen ihre volle rechtliche Wirkung erhalten. Die Motion wird im Rahmen einer breiteren Vorlage zur Optimierung und Vereinfachung der Prozesse im Handelsregister umgesetzt. Eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage soll im zweiten Halbjahr 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2021 M 20.4266 Modernere grenzüberschreitende Zivilprozesse (Kommission für Rechtsfragen SR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament den Entwurf eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten, mit dem der Schweizer Vorbehalt zum Haager Beweiserhebungsübereinkommen dergestalt angepasst werden kann, dass der Einsatz von Video- und Telefonkonferenzen im internationalen Kontext vereinfacht wird. Der Bundesrat hat am 23. November 2022 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung dauerte bis am 9. März 2023. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 verabschiedet werden.

2021 P 20.4399 Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Andrea Caroni)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht darzulegen, wie mittels einer Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) die Belastung des Bundesgerichts und der Rechtsschutz optimiert werden können. Dem Bundesrat wird der Bericht voraussichtlich im ersten Quartal 2024 vorgelegt und vorgeschlagen gestützt auf diese Arbeiten in der zweiten Jahreshälfte 2024 eine Vernehmlassungsvorlage zu eröffnen.

2021 P 20.4448 Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Yvonne Feri)

Der Postulat verlangt eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und die Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden. Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Bericht bei einem externen Evaluationsbüro eingeholt. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 vorgelegt werden.

2021 M 20.4465 Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Andrea Caroni)

Die Motion verlangt, dass drei Vorschläge aus dem Bericht des Bundesrates vom 25. November 2020 in Erfüllung des Postulats 18.3530 Caroni (Reform der «lebenslangen» Freiheitsstrafe für besonders schwere Straftaten) umgesetzt werden. Der Vorentwurf war bis Oktober 2023 in der Vernehmlassung. Die Botschaft soll voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 verabschiedet werden.

2021 M 21.3024 Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen SR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Kostenstruktur im Zivilstandswesen zu überprüfen und die Tarife derart zu gestalten, dass die Kantone im Bereich des Zivilstandswesens einen besseren Kostendeckungsgrad erreichen können. Das Bundesamt für Justiz hat Expertinnen und Experten mit dem Auftrag eingesetzt, die Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen zu überarbeiten und eine Vernehmlassungsvorlage vorzubereiten. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat gestützt auf diese Arbeiten Ende 2024 eine Vernehmlassung eröffnen wird.

2021 M 21.3970 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen SR)

2021 M 21.3972 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen NR)

Die beiden gleichlautenden Motionen beauftragen den Bundesrat, dem Parlament die nötigen Änderungen der Rechtsgrundlagen zur Bundesanwaltschaft und deren Aufsichtsbehörde vorzulegen, wobei u.a. die Erkenntnisse aus den Arbeiten zur Umsetzung des Postulates 19.3570 Jositsch (Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft) die Grundlage für die Revision bilden sollen. Der Bundesrat hat den Bericht zum Postulat 19.3570 Jositsch am 11. Oktober 2023 gutgeheissen und wird nun – gestützt auf die darin dargelegten Erkenntnisse – die beiden Motionen umsetzen.

2021 P 21.4141 Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung (Andri Silberschmidt)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, eine Evaluation der erst- und zweitinstanzlichen Gerichtspraxis zum per 1. Januar 2017 revidierten Unterhaltsrecht mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung zu erstellen. Diese Evaluation soll namentlich die Häufigkeit der Anordnung alternierender Obhut und das Alter der betroffenen Kinder, die diesen Entscheiden zugrunde liegenden Anträge und die weiteren Auswirkungen der Gesetzesrevision sowie die Auswirkungen der diesbezüglichen bundesgerichtlichen Rechtsprechung untersuchen. Zur Erfüllung des Postulatsauftrags wurde eine externe interdisziplinäre Studie, insbesondere zur Gerichtspraxis, in Auftrag gegeben, die zwischenzeitlich vorliegt. Der Bericht wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 verabschiedet werden.

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325 Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])

2019 M 18.3592 Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther [Marco Romano])

2020 P 20.3809 Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg [Marco Romano])

2021 P 21.4219 Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano [Marco Romano])

Die Erfüllung der Motion und der beiden Postulate (18.3592, 20.3809) mit der Schaffung einer zentralen Datenbank steht für den Bund nicht zur Diskussion. Eine solche würde die kantonale Polizeihöhe verletzen. Die Motion und die beiden Postulate sollen mit der Schaffung einer Polizei-Abfrageplattform (POLAP) erfüllt werden. POLAP wird die verschiedenen Informationssysteme von Bund und Kantonen insofern miteinander vernetzen, als sie eine Abfrage aus den Informationssystemen der Kantone, des Bundes und der EU ermöglichen. Auf diese Weise sollen Informationen mit einer einzigen Abfrage ersichtlich werden. Gemäss aktueller Planung soll das Programm POLAP Q4 2026 zum Abschluss gebracht werden.

Der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über die Abfrageplattform POLAP erfordert die Schaffung und Anpassung von Rechtsgrundlagen in den Kantonen. Dafür wird ein unmittelbar rechtsetzendes Konkordat ausgearbeitet, welches voraussichtlich im Frühjahr 2024 von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) zur Ratifikation freigegeben werden soll. Parallel zur kantonalen Rechtssetzung wird im Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI, SR 361) der Betrieb von POLAP geregelt. Die Arbeiten für diese Gesetzesanpassung sind ebenfalls in Gang und werden zeitlich auf jene der Kantone abgestimmt.

Mit dem Postulat Romano 21.4219 wird der Bundesrat beauftragt, die verfügbaren Instrumente zu analysieren und eine allfällige Anpassung der Gesetzgebung zu prüfen, um eine zeitnahe Erkennung von Aktivitäten von international tätigen kriminellen Organisationen zu ermöglichen. Im Zentrum stehen die Beschaffung und der Austausch von Informationen zwischen Polizeibehörden und eidgenössischen sowie kantonalen Strafverfolgungsbehörden. Weiter zielt das Postulat auch auf Informationen aus anderen nicht-polizeilichen Behörden der Bundesverwaltung und der kantonalen Verwaltung ab. Wie in der Stellungnahme des Bundesrats erwähnt, werden die vorhandenen Instrumente und ein allfälliger gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem Postulat 20.3809 Guggisberg und der Motion 18.3592 Eichenberger geprüft.

2018 M 17.3862 Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)

Das Anliegen der Motion wurde in die laufende Revision des Gesetzes über den Nachrichtendienst (NDG; SR 121) integriert. Mit dieser Revision werden unter anderem Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Gewaltextremismus geprüft. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Vorschläge zur Umsetzung dieser Motion im Zusammenhang mit den NDB-Massnahmen gegen Gewaltextremismus zu diskutieren. Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 die Vernehmlassung für die Revision des NDG eröffnet. Sie dauerte bis am 9. September 2022. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2024 mit der NDG-Revision befassen.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Seit 2014 wurden insgesamt einundzwanzig Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Äthiopien, Angola, Aserbaidschan, Bangladesch, Botsuana, Chile, Indien, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Mongolei, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine, Gambia, Elfenbeinküste, Cabo Verde, Georgien, Nordmazedonien, Guinea-Bissau und Turkmenistan). Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten: Tadschikistan, Türkei, Sudan, Nepal, Bahrain, Ägypten und der Dominikanischen Republik.

2014 M 11.3832 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Das Rückübernahmeabkommen mit Algerien funktioniert: Abgewiesene algerische Staatsangehörige werden von den algerischen Behörden formell identifiziert und Ersatzreisedokumente werden entsprechend ausgestellt. Im Rahmen intensiver Gespräche konnte das Staatssekretaria für Migration (SEM) konkrete Optimierungsmassnahmen mit den algerischen Behörden vereinbaren. Das SEM ist nun in der Lage, Rückführungen via europäische Flughäfen mit Linienflügen nach Algier durchzuführen. Für die

kompliziertesten Fälle sind seit 2023 auch Sonderflüge ab der Schweiz möglich – dies obwohl das Abkommen zwischen der Schweiz und Algerien von 2006 nur Rückführungen auf Linienflügen vorsieht. Diese Entwicklungen schlagen sich in der Statistik nieder: Während vor der Pandemie die Zahl der Ausreisen 2018 bei 153 und 2019 bei 164 lag, hat sie sich seitdem auf 466 im Jahr 2022 und 474 im Jahr 2023 verdreifacht (Stand: 30. Oktober 2023). Diese Zahlen umfassen sowohl die freiwilligen Ausreisen als auch die Zwangsrückführungen.

2017 M 16.4151 Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, ein Monitoring zu den Auswirkungen der Umsetzung von Artikel 121a BV auf die Zuwanderung durchzuführen und dem Parlament bei ausbleibender Wirkung weitere arbeitsmarktbezogene Massnahmen zu unterbreiten. Auch die gesetzlichen Bestimmungen zur Stellenmeldepflicht erfordern eine Beurteilung, inwieweit die «gewünschte Wirkung» erzielt wurde (vgl. Art. 21a Abs. 8 AIG). Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) publiziert jährlich einen Monitoringbericht zum Vollzug der am 1. Juli 2018 in Kraft gesetzten Stellenmeldepflicht. Zusätzlich dazu wurden am 14. Juni 2021 vier vom SECO in Auftrag gegebene Studien zur Einführungsphase der Stellenmeldepflicht publiziert. Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Wirkungs- und Monitoringevaluations am 11. Juni 2021 zur Kenntnis genommen (zwei Monitoring- sowie zwei Wirkungsevaluations). Zudem hat er im Hinblick auf die weitere Umsetzung der Motion sowie von Artikel 21a Absatz 8 AIG das EJPD beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WBF und unter Einbezug der Kantone und Sozialpartner, bis zum 31. März 2024 eine Gesamtschau zu den bereits ergriffenen Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials vorzulegen. In Zusammenarbeit mit dem SECO und dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation und unter Einbezug weiterer mitbeteiligter Ämter wurde auf Fachebene ein Berichtsentwurf erstellt. Im Herbst 2023 erfolgte die Konsultation der Kantone und Sozialpartner. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt.

2019 M 18.3758 Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu treffen, damit die Datenbank Zemis verbessert wird und insbesondere keine Fehleingaben mehr zulässt und Schlupflöcher gegenüber sanktionierten Firmen eliminiert werden. In einer ersten Phase werden Massnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und -übermittlung im Meldeverfahren für die kurzfristige Erwerbstätigkeit im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ergriffen. Die Realisierung dieser ersten Phase ist im Gange und soll voraussichtlich Anfang 2025 abgeschlossen werden. In einer zweiten Phase sollen Massnahmen zur Missbrauchsbehebung geprüft werden (z.B. eindeutige Identifikation der meldepflichtigen Unternehmen). Diese Arbeiten werden im Rahmen der angelaufenen Gesamterneuerung des ZEMIS (Programm ERZ) umgesetzt. Das Programm und das zugehörige Projekt (Digital@AIG) befindet sich in der Konzeptphase. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die Kantone und Sozialpartner werden in die materiellen Projektarbeiten miteinbezogen

2021 P 20.4333 Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen detaillierten Bericht zur Situation von Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz, insbesondere über deren Meinungsäusserungsfreiheit und Überwachung in der Schweiz zu erstellen. Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Gutachten bei einem Experten in Auftrag gegeben. Die Erarbeitung des Postulatsberichts erfolgt unter der Leitung des Staatssekretariats für Migration (SEM). Das Bundesamt für Justiz (BJ), das Bundesamt für Polizei (fedpol), der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) und das EDA sind mitbeteiligt. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 vorgelegt.

2021 P 20.4344 Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu untersuchen, wie in den Kantonen Gespräche im Rahmen von Einbürgerungsverfahren protokolliert werden und welche Vorgaben dazu bestehen. Anschliessend soll mit den Kantonen geklärt werden, wie allfällige Lücken in der Umsetzung beseitigt werden können. Das Staatssekretariat für Migration hat eine externe Studie in Auftrag gegeben, um einen Überblick über die Protokollierungspraxis zu gewinnen. Im Frühjahr 2024 werden die Ergebnisse der Studie und mögliche Lösungsansätze mit Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Einbürgerungsbehörden diskutiert. Der Postulatsbericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 vorgelegt.

2021 M 21.3964 Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Die Motion verlangt vom Bundesrat, das Bundesprogramm Integrationsvorlehre (INVOL) zu verstetigen und bei Bedarf anzupassen. Zudem sind Massnahmen vorzusehen, um spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene aus EU/EFTA- und Drittstaaten mit Ausbildungsbedarf mit einer systematischen Erstinformation sowie bedarfsgerechten Beratungs- und Abklärungsangeboten besser zu erreichen. Das Staatssekretariat für Migration hat den Auftrag, ab 2024 die Grundlagen für eine Weiterführung und Anpassung des Bundesprogramms im Sinne der Motion sowie für eine Verstetigung der jährlichen Bundesbeiträge zu erstellen. Als Neuerungen sind ab 2024 Massnahmen vorgesehen, welche der INVOL vorgelagert sind. Spät Zugewanderte sollen bereits kurz nach ihrer Einreise in die Schweiz systematisch informiert, triagiert und bei einem Ausbildungsbedarf zu einer Berufsberatung angemeldet werden. Nach einer Beratung sowie vorbereitenden Sprach- und Grundkompetenzkursen können sie, sofern geeignet, an einer INVOL zur Vorbereitung auf eine Berufslehre teilnehmen.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, die in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit.

Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfindenden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei hatte bisher aber weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz erkannt. Anlässlich des offiziellen Arbeitsbesuches vom 14. August 2020 des Aussenministers Mevlüt Çavuşoğlu der Republik Türkei bei Bundesrat Ignazio Cassis in Bern, wurde in Aussicht gestellt, dass das türkische Verteidigungsministerium der Schweiz bald einen Entwurf zur Aufnahme von Verhandlungen für ein bilaterales Militärdienstabkommen zukommen lassen werde.

Ziel ist nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es, aus Sicht der Schweiz, nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln.

2021 M 19.4059 Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altarmatt])

Die Massnahmen aus dem Aktionsplan «Digitalisierung des geologischen Untergrunds» unterstützen die Sicherung künftiger Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft im Untergrund durch die Bereitstellung von flächendeckenden und harmonisiert vorliegenden digitalen geologischen Daten. Die dafür bewilligten drei neuen Stellen konnten 2023 besetzt werden. Die Klärung der Finanzierungsmodalitäten mit den Kantonen und die Klärung der Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nahm allerdings mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant, so dass dazu zweckgebundene Reserven gebildet wurden. Die Arbeiten wurden aufgenommen und dauern bis 2029.

2022 P 22.3006 Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen (Sicherheitspolitische Kommission NR)

Der Postulatsbericht ist in Erarbeitung. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe aus zehn Ämtern hat einen ersten Teilentwurf diskutiert und kommentiert. Mit Blick auf die Aktualität werden jüngste Ereignisse und ihre Ausprägung im Informationsraum berücksichtigt, namentlich die Durchführung der eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023, das Inkrafttreten des Digital Services Act der EU im August 2023 sowie die Ereignisse in Israel/Gaza, welche von Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation begleitet waren bzw. wo solche denkbar gewesen wären. Der Bericht wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 dem Bundesrat unterbreitet.

Gruppe Verteidigung

2018 M 18.3179 Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)

Die mit dieser Motion geforderte Digitalisierung des Dienstbüchleins wurde bis Ende 2021 im Rahmen des Projekts «e-Personelles für Milizangehörige» bearbeitet. Neu wird dieses Digitalisierungsvorhaben in einem zentral geführten Programm «Digitalisierung Miliz» zusammengefasst und umgesetzt. Aufgrund der Komplexität dieses Vorhabens wird die vollständige Umsetzung der Digitalisierung des Dienstbüchleins voraussichtlich bis Ende 2025 erfolgen können. Die Motion wird voraussichtlich Ende 2025 zur Abschreibung beantragt werden.

2021 P 21.3448 Zukunft der Armeecapotheke (Beat Rieder)

Die mit dem Postulat geforderte Darlegung der möglichen zukünftigen Aufgabenfelder der Armeecapotheke ist in Erarbeitung. Die Erfahrungen aus der Covid-19 Pandemie und die Inputs weiterer betroffener Departemente bzw. Ämter sollen ebenfalls in den Postulatsbericht einfließen, der voraussichtlich Ende 2024 dem Bundesrat unterbreitet werden wird.

Bundesamt für Sport

2020 M 20.4331 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

2020 M 20.4341 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Unabhängig der Vorkommnisse, welche die beiden Kommissionen zur Einreichung der beiden Motionen bewegt haben, beschlossen die zuständigen Instanzen des Schweizer Sports, die bestehenden Meldestellen der verschiedenen Sportverbände in einer unabhängigen nationalen Meldestelle zu vereinen. Am 1. Januar 2022 wurde die unabhängige nationale Meldestelle in Betrieb genommen, welche bei der Stiftung Swiss Sport Integrity (ehemals Antidoping Schweiz) angesiedelt ist. Ethikverstösse

werden durch die Stiftung verfolgt. Das Melde- und Sanktionssystem basiert auf der Ethik-Charta Sport, die einen übergeordneten Wertekatalog darstellt. Seit dem Inkrafttreten einer Anpassung in der Sportförderungsverordnung (SR 415.01) per 1. März 2023 ist die Ausrichtung von Finanzhilfen an Sportorganisationen von deren Anstrengungen zugunsten des fairen und sicheren Sports abhängig. Die Anpassungen legen fest, welchen minimalen Anforderungen diese Anstrengungen zu genügen haben. Damit soll sichergestellt werden, dass das Anliegen der Bekämpfung von Ethikverstössen zielführend und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wird. Mit den Bestrebungen des Schweizer Sports, in eigener Regie eine entsprechende Anlauf- oder Meldestelle aufzubauen, wird das zentrale Anliegen der beiden Motionen erfüllt. Es erscheint dem Bundesrat allerdings angezeigt, die Entwicklungen im Zusammenhang mit der neuen Meldestelle zu beobachten. Es wird sich erst in einigen Jahren zeigen, ob die Erwartungen erfüllt und die beiden Motionen zur Abschreibung beantragt werden können.

2021 P 21.3022 Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mega-Events sind im Vergleich zu übrigen (Sport-)Grossveranstaltungen (z.B. Welt- und Europameisterschaften) hinsichtlich ihrer Dimension und den Auswirkungen auf die Gesellschaft, den Raum und die Umwelt sowie die Wirtschaft grösser und stellen höchste Anforderungen an die Koordination und Organisation aller Beteiligten. Bei der Berichterstellung zum Postulat 21.3022 WBK-N wird der Fokus bezüglich Mitsprache der Bevölkerung und des Parlaments ausschliesslich auf Olympische und Paralympische Spiele gelegt. Dabei werden die heutigen und allenfalls zukünftigen Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung und des Parlaments auf den drei Staatsebenen in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Bundesämter, Kantone und Gemeinden sowie von Swiss Olympic, diskutiert. Dringliche Geschäfte im Bundesamt für Sport (insbesondere Begleitung der Kandidaturbemühungen von Swiss Olympic für die pOWS 2030/2034) haben erhebliche personelle Ressourcen gebunden, weshalb der Postulatsbericht nicht mehr 2023 fertiggestellt werden konnte. Der Postulatsbericht wird dem Bundesrat bis Ende des ersten Quartals 2024 vorgelegt werden.

2021 P 21.3971 Zukunftsorientierte Breitensportförderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Die Erstellung des Berichts hat sich infolge der Covid-19-Pandemie um ein Jahr verzögert. Die im Postulat gestellte Kernfrage lautet: «Wie könnten durch subsidiäre Finanzhilfen des Bundes und Beratung innovative Sportanlagen sowie bewegungs- und sportfreundliche öffentliche Räume für den Breitensport gefördert und unterstützt werden?». Das Bundesamt für Sport (BASPO) nimmt eine breite Auslegeordnung und Analyse zum Thema «Zukunftsorientierte Breitensport- und Bewegungsförderung» vor, auch um allfällige Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Sport- und Bewegungsaktivitäten berücksichtigen zu können. Im Sommer 2023 wurde eine Online-Befragung der Kantone durchgeführt. Es wurde u.a. erhoben, mittels welcher Rechtsgrundlagen die Kantone Breitensport- und Bewegungsförderung betreiben, in welchem Mass dafür die Instrumente kantonale und kommunale Sportanlagenkonzepte sowie lokale Bewegungs- und Sportnetze zur Anwendung gelangen und in welcher Form innovative Ansätze gefördert werden. Auf dieser Grundlage sowie in Erwägung der bereits bestehenden Förderorganisationen, -instrumente und -aktivitäten wurden im Herbst 2023 Themenfelder mit Optimierungs- oder Entwicklungsbedarf identifiziert. Diese werden im Januar 2024 unter Einbezug relevanter in der Breitensport- und Bewegungsförderung tätiger staatlicher und privatrechtlicher Akteure diskutiert. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird dem Bundesrat Ende 2024 vorgelegt werden.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2016 P 15.4112 Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Olivier Feller)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, den Aufsichtsbereich der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) in Bezug auf Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung zu überprüfen und Kriterien für eine allenfalls notwendige Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs zu definieren.

Gestützt auf eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Anforderungen der Corporate Governance wurde der geforderte Bericht in einer ersten Fassung erarbeitet. Der Bericht musste seither aufgrund neuer Erkenntnisse und verschiedener parlamentarischer Vorstösse überarbeitet werden. Zuletzt wurde mit der im Nationalrat hängigen Motion 22.3950 Guggisberg (Stärkung der Postaufsicht statt Zuständigkeitschaos) erneut die Frage des Aufsichtsbereichs der EFK aufgegriffen. Diese Entwicklungen sollen im Bericht ebenfalls noch berücksichtigt werden. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt werden.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Filippo Lombardi)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens vom 11. August 1971 mit Deutschland (DBA-D; SR 0.672.913.62) auszuhandeln, die eine gerechte Besteuerung für das Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen sicherstellt. Dem Arbeitsstaat soll, analog zur Grenzgängerregelung, ein Besteuerungsrecht in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Erwerbseinkommens zukommen.

Das Änderungsprotokoll vom 27. Oktober 2010 sah eine befristete Lösung vor, die bis 2016 galt. Die Verhandlungen über eine umfassende Revision des DBA-D haben im Jahr 2014 begonnen. Sie wurden zwischenzeitlich abgeschlossen. Das Änderungsprotokoll wurde am 21. August 2023 unterzeichnet. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen hat die Besteuerung der Flugbesatzungsmitglieder in den Verhandlungen wiederum eingebracht. Es konnte aber keine Einigung für eine Änderung der bisherigen Regelung erzielt werden.

Die Verhandlungen mit Deutschland haben gezeigt, dass Deutschland nicht bereit ist zu einer Lösung, wie sie die Motion verlangt; sich das Anliegen der Motion also nicht umsetzen lässt. Der Bundesrat wird deshalb bei nächster Gelegenheit die Abschreibung der Motion beantragen.

2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (Jean-René Fournier)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 14.054: Bericht des Bundesrates vom 20. Juni 2014 zur Abschreibung der Motion 11.3511 Fournier «Obligatorische Erdbebenversicherung» (BBl 2014 5507). Der Ständerat hat am 12. Juni 2018 beschlossen, die Motion nicht abzuschreiben. Der Nationalrat hat am 22. September 2021 beschlossen, die Motion abzuschreiben.

2021 M 19.3066 Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die nötigen Schritte dafür zu unternehmen, dass die Zweifel beseitigt werden, die in Bezug auf die Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien von 1976 (DBA-I; SR 0.672.945.41) bestehen; er soll dies gemeinsam mit den italienischen Behörden und unter Einbezug der betroffenen Wirtschaftsverbände tun. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) steht in Kontakt mit dem Bankensektor und den italienischen Amtskollegen in Bezug auf die Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 DBA-I. Die Diskussionen werden fortgesetzt.

2021 M 20.4329 Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Grundlagen für eine Erdbebenversicherung mittels eines Systems der Eventualverpflichtung zu schaffen. Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2023 die Vernehmlassung eröffnet, um die verfassungsrechtlichen Grundlagen für ein solches System zu schaffen. Er beabsichtigt, das Ergebnis der Vernehmlassung und der Parlamentsdebatte sowie einer Volksabstimmung zur Verfassungsänderung abzuwarten, bevor die gesetzlichen Bestimmungen erarbeitet werden.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission NR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, der Bundesversammlung eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, mit welchen die stark gebundenen Ausgaben des Bundes um 5 bis 10 Prozent reduziert werden können. Infolge der neu geschaffenen Ausgabenbindungen in den vergangenen Jahren (BIF, NAF, Steuerreform und AHV-Finanzierung) sowie eines überdurchschnittlichen Wachstums der stark gebundenen Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt stieg der Anteil

gebundener Ausgaben von rund 55 Prozent im Jahr 2015 auf 62 Prozent im Jahr 2020 und wird bis 2025 weiter auf über 65 Prozent ansteigen. Erste Schritte zur Lockerung von Ausgabenbindungen hat der Bundesrat im Rahmen der «Strukturellen Reformen in der Bundesverwaltung» (Reduktion der Indexierung der Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (BIF)) sowie im Bundesgesetz über die Massnahmen zur finanziellen und administrativen Entlastung ab 2025 unternommen. Eine Lockerung von Ausgabenbindungen oder gar eine Reduktion der gebundenen Ausgaben im Umfang von 5 bis 10 Prozent (2 bis 4 Milliarden Franken) erachtet der Bundesrat kurzfristig jedoch als nicht realisierbar. Angesichts der sich dauerhaft abzeichnenden strukturellen Defizite in Milliardenhöhe wird der Bundesrat in der Legislatur 2023-2027 eine Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durchführen, diese wird voraussichtlich auch Massnahmen bei den gebundenen Ausgaben identifizieren und so zur Erfüllung dieser Motion beitragen.

2021 M 20.4328 Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Das EFD hat auf Ersuchen des UVEK im Dezember 2022 die Federführung für die Umsetzung der Motion übernommen. Aufgrund anderer dringlicher Geschäfte im Frühjahr 2023, insbesondere im Zusammenhang mit der Übernahme der CS durch die UBS, musste die EFV die laufenden Arbeiten neu priorisieren. Die Arbeiten, insbesondere die Abklärungen über die Zweckmässigkeit einer Gesetzesanpassung und allfällig zielführendere Alternativen, wurden im Sommer 2023 gestartet.

2022 M 22.3008 Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten (Finanzkommission SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.063: Botschaft von 15. September 2023 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (Nachhaltige Finanzierung der SBB).

Eidgenössisches Personalamt

2020 M 19.4382 Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission SR)

Der Bundesrat hat das EFD am 31. März 2021 beauftragt, Artikel 32c Absätze 3 und 4 Bundespersonalgesetz (BPG; SR 172.220.1) zu revidieren und ihm bis Ende 2023 eine Botschaft zu unterbreiten. Weil es angezeigt war, den Parlamentsentscheid zu zwei Motionen betreffend die berufliche Vorsorge des Bundespersonals (22.3959 und 22.3960) abzuwarten, soll die Botschaft dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt werden. Im Rahmen dieser Botschaft soll die Möglichkeit zum Abschluss von Personalverleihverträgen ausdrücklich im Bundespersonalgesetz verankert werden.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)

2009 M 05.3299 Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)

2011 P 11.3545 Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (Fraktion BD)

2014 P 14.3005 Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (Finanzkommission NR)

2015 M 10.4127 Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)

2016 M 16.3044 Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.034: Botschaft vom 21. März 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung). Am 18. Dezember 2019 wies das Parlament das Geschäft an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, alternative Modelle vorzulegen. Zudem beschloss das Parlament in der Herbstsession 2020, die Verabschiedung einer Botschaft zur Einführung der Individualbesteuerung in die Legislaturplanung 2019-2023 aufzunehmen. Am 2. Dezember 2022 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Diese dauerte bis zum 16. März 2023. Am 30. August 2023 hat der Bundesrat die Eckwerte für die Botschaft zur Individualbesteuerung festgelegt. Die Botschaft zur Steuergerechtigkeits-Initiative und zum indirekten Gegenvorschlag wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 verabschiedet werden.

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])

In Umsetzung ihrer Pa.Iv. 17.400 «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» hat die WAK-SR am 27. Mai 2021 den Entwurf des Bundesgesetzes über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung verabschiedet. Die Beratung der Vorlage in der Bundesversammlung läuft. Es ist daher angezeigt, mit der Erarbeitung eines Postulatsberichts zuzuwarten. Inhaltlich geht es beim Postulat um eine konträre Ausrichtung, nämlich um Anpassungen am bestehenden System (Verankerung von Härtefallregelungen im Bundesrecht und Verankerung eines Unternutzungsabzugs im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [SR 642.14]).

2017 M 16.3431 Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Der Bundesrat hatte die Motion mit der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes vom 16. Juni 2023 (21.019) zur Abschreibung beantragt, da er sie durch die mit der Teilrevision vorgeschlagenen Fiktion, dass Subventionen sind, was die öffentliche Hand als solche bezeichnet, als umgesetzt erachtete. Der Ständerat schrieb die Motion jedoch nicht ab, weil Subventionen nach wie vor zu einer Kürzung des Vorsteuerabzugs führen. Das EFD wird nach zusätzlichen Abklärungen bis Ende 2024 das weitere Vorgehen festlegen.

2020 M 18.3235 Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 19 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) so zu ändern, dass Packages einheitlich nach der überwiegenden Leistung besteuert werden können, wenn diese wertmässig mindestens 55 Prozent des Gesamtentgelts ausmacht. Die Umsetzung der Motion ist geplant mit der nächsten Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes, zu der die Vernehmlassung Mitte 2025 vorgesehen ist.

2021 M 20.4572 Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti)

Die Vorlage zur Pa.Iv. 17.400 ist im Parlament nach wie vor in Beratung. Solange nicht geregelt ist, welche Abzüge im Zusammenhang mit der Abschaffung des Eigenmietwerts im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer gestrichen werden, ist ein Zuwarten auf die Revision der Liegenschaftskostenverordnung (SR 642.116) angezeigt.

2021 P 21.3284 Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Benedikt Würth)

Das Anliegen des Postulanten wird im Rahmen der Botschaft zur Steuergerechtigkeits-Initiative und zum indirekten Gegenvorschlag erfüllt werden. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2021 P 21.4079 Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)

Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfügt seit Herbst 2023 über die erforderlichen Gewinnsteuerdaten für 2020, das Jahr des Inkrafttretens. Diese Daten ermöglichen nun eine empirische Analyse der Auswirkungen der Steuerreform (STAF) auf das Jahr 2020. Es ist geplant, den darauf basierenden Bericht 2024 vorzulegen.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2016 M 15.3551 Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (Ruedi Noser)

2017 M 15.4153 Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (Erich Ettlin)

2017 P 17.3377 Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (Thomas de Courten)

2019 M 17.3376 Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren (Thomas de Courten)

2021 M 18.3315 Internationaler Online-Versandhandel. Effiziente Kontrollverfahren bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (Manfred Bühler)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.058: Botschaft vom 24. August 2022 zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz.

2021 M 19.3975 Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs (Finanzkommission NR)

Mit der Motion 19.3975 FK-N wird der Bundesrat beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die unter Berücksichtigung der neuen technischen Möglichkeiten (Quickzoll) unilateral die Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs verbessert, insbesondere über die Senkung der Wertfreigrenze oder die Anpassung der Wertfreigrenze an die Bagatellgrenze des Herkunftslandes (länderspezifische Wertfreigrenzen). In Umsetzung der Motion schlägt das EFD vor, die Wertfreigrenze generell von 300 auf 150 Franken pro Person zu senken. Die Senkung der Wertfreigrenze muss durch lenkende Massnahmen begleitet werden, sodass die Verzollungen mehrheitlich digital abgewickelt werden können. Für die Umsetzung der tieferen Wertfreigrenze ist eine Anpassung der Verordnung des EFD vom 2. April 2014 über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (SR 641.204) nötig. Zur Vorlage wird vom 30. November 2023 bis zum 15. März 2024 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Verordnungsanpassung soll auf den 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinunternehmen im Bauproduktegesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, in den Verhandlungen mit der EU dahingehend zu wirken, dass Artikel 2 Ziffer 27 des Entwurfs zum Bundesgesetz über die Bauprodukte nach dessen Inkrafttreten so ausgelegt werden kann, dass ein Unternehmen als Kleinunternehmen im Sinne des Gesetzes gilt, wenn sein Jahresumsatz mit Bauprodukten 3 Millionen Franken nicht übersteigt.

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat seit 2015 das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. Im Rahmen des Ende 2019 gestarteten Revisionsprozesses der europäischen Bauprodukteverordnung wurde insbesondere auch der Aspekt der Vereinfachungen von Regeln für Kleinunternehmen, auf die sich die betreffende Definition von Kleinunternehmen bezieht, in grundsätzlicher Weise betont. Das BBL hat diesen Aspekt in drei Stellungnahmen gegenüber der fachlich zuständige Stelle bei der EU-Kommission hervorgehoben und setzt sich im Rahmen des Revisionsprozesses auch weiterhin für dieses Anliegen bei der EU-Kommission ein.

2021 M 20.3409 Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen seiner Eignerstrategie darauf hinzuwirken, dass die öffentlichen Unternehmen ein Kriterium «sichere und verlässliche Lieferketten» als Zuschlagskriterium bei ihren Beschaffungen aufnehmen. Die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) und die Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) erarbeiteten in der Folge einen Empfehlungsentwurf für alle öffentlichen Auftraggeberinnen. Aufgrund der sich zufolge der Pandemie und anderer Krisen weiterentwickelten Thematik der Lieferketten sowie entsprechender Rückmeldungen der zum Empfehlungsentwurf konsultierten Kreise wird dieser gegenwärtig überarbeitet.

2021 M 20.4338 Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten (Finanzkommission NR)

2021 P 20.4369 Arbeitsplätze des Bundes dank Digitalisierung verstärkt dezentralisieren (Hansjörg Knecht)

Die Arbeitsgeberin Bundesverwaltung braucht zeitgemässe Arbeitsbedingungen und Infrastrukturen, um für die Herausforderungen in der Arbeitswelt gerüstet zu sein. Entsprechend hat der Bundesrat am 11. Dezember 2020 das «Zielbild zur Ausgestaltung der flexiblen Arbeitsformen in der Bundesverwaltung» verabschiedet. Der Bundesrat hat am 31. März 2021 das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) beauftragt, ein Unterbringungskonzept «neue Arbeitswelten» zu erarbeiten. Mit einer Revision des Bundespersonalrechts verankert der Bundesrat zusätzliche Bestimmungen zu den flexiblen Arbeitsformen in seinen personalrechtlichen Grundlagen. Seit dem 1. Juni 2021 sind die entsprechenden personalrechtlichen Grundlagen in Kraft.

Das BBL hat das Unterbringungskonzept flexible Arbeitsformen erarbeitet, welches für nicht standort- oder produktionsgebundene Arbeitsplätze in der Schweiz gilt. Es baut auf dem Unterbringungskonzept 2024 auf und schafft effiziente und attraktive Arbeitsumgebungen für die zivile Bundesverwaltung. Damit werden die Beschlüsse des Bundesrates zu den flexiblen Arbeitsformen sowie den unpersönlichen Arbeitsplätzen umgesetzt. Das Arbeitsplatzangebot wird schweizweit optimiert und mit je einem Hub in Genf, Tessin und Zürich erweitert. Von 2025 bis 2036 sollen die Büroflächen pro Vollzeitstelle um 17% reduziert und damit auch der Energieverbrauch, die Unterbringungskosten sowie die Pendlerfahrten gesenkt werden.

Der Bundesrat hat das Unterbringungskonzept flexible Arbeitsformen am 2. Dezember 2022 zur Kenntnis genommen und das BBL beauftragt, dieses umzusetzen.

Um die entsprechenden Mehrwerte zu erreichen, erstellt das BBL basierend auf der Verordnung über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes (VILB, Art. 2 Abs. 2b sowie Art. 12 Abs. 1 f bis h) entsprechende Vorgaben. Die Steuerung und die Berichterstattung erfolgen ab dem Jahr 2025 über den Voranschlag mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan.

Das BBL erstellt 2024 einen Bericht unter Berücksichtigung der Motion 20.4727 Candinas «Der Bund als Vorbild beim Anbieten von dezentralen Arbeitsplätzen», welche am 31. Mai 2023 überwiesen wurde.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2018 M 16.4094 Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Jean-René Fournier)

2021 M 18.4282 Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Olivier Français)

2022 M 21.4189 Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Hans Wicki)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.047: Botschaft von 24. Mai 2023 zur Teilrevision des Kartellgesetzes.

2019 M 18.3717 Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission SR)

Die Motion fordert, dass im Rahmen der Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl gewährt werden, welche die einheimische Ölstaatenproduktion reduzieren. Ausserdem soll der Bundesrat Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion und zum nachhaltigen Handel von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

Das am 1. November 2021 in Kraft getretene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien erfüllt diese Vorgaben. Die Schweiz hat sichergestellt, dass das Abkommen die Schweizer Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl nicht gefährdet: Erstens werden die Zölle auf Palmöl aus Indonesien nicht vollständig abgebaut, sondern nur moderat gesenkt. Zweitens gilt dies nur für eine klar beschränkte Menge, die so abgestimmt wurde, dass die Palmölimporte in die Schweiz insgesamt nicht zunehmen werden. Und drittens müssen die Importeure nachweisen, dass das Palmöl unter Einhaltung strenger Nachhaltigkeitsbestimmungen produziert worden ist und in Tanks von 22 Tonnen transportiert wurde – ohne diesen Nachweis werden die Zollrabatte nicht gewährt.

Auch in den laufenden Verhandlungen mit Malaysia setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Vorgaben respektiert werden und im Wesentlichen die gleichen Zugeständnisse und Garantien wie beim Abkommen mit Indonesien verankert werden können. 2023 haben eine Verhandlungsrunde sowie zahlreiche Treffen stattgefunden. Es bestehen jedoch Differenzen in verschiedenen Bereichen.

2019 M 18.3797 Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)

Die Motion fordert im Wesentlichen, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA angestrebt werden soll. Seit ein paar Jahren kommt der Bundesrat dieser Aufforderung nach und führt exploratorische Gespräche mit den USA, um auszuloten, ob es eine gemeinsame Basis für die Lancierung solcher Verhandlungen gibt. Die letzten Gespräche Ende 2021 haben ein gemeinsames Interesse in verschiedenen Bereichen bestätigt, die Gespräche werden fortgesetzt. Für die Administration Biden haben solche Abkommen aber keine Priorität, die Diskussionen gehen momentan eher in Richtung Stärkung der Handelsbeziehungen in spezifischen Sektoren. Das zwischen der Schweiz und den USA am 12. Januar 2023 unterzeichnete Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Guten Herstellungspraxis für Arzneimittel trat am 27. Juli 2023 in Kraft (SR 0.812.101.933.6). Dank dem Abkommen lassen sich doppelte Inspektionen der Produktionsstätten grundsätzlich vermeiden. Dadurch wird der Handel mit Arzneimitteln erleichtert und der administrative und finanzielle Aufwand verringert. Das Abkommen trägt somit zu einer Stärkung der Produktions- und Lieferketten und einer besseren Versorgungssicherheit der Schweiz mit Arzneimitteln bei. Im Dezember 2023 wurde in Washington die neunte Sitzung des US-EFTA Trade Policy Dialogues abgehalten.

2020 M 18.3021 Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Beat Rieder)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.086: Botschaft vom 15. Dezember 2023 zum Investitionsprüfgesetz.

2020 M 19.3033 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

2019 M 19.3043 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)

Der Abschreibungsantrag dieser Motion wurde von den Räten abgelehnt, da die Mehrheit der zwölf Vorhaben des Bundesrates zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz Anfang 2023 noch nicht umgesetzt waren. Stand 1. Dezember 2023 hat der Bundesrat bei acht von zwölf Massnahmen eine Botschaft verabschiedet. Das Parlament ist, Stand 1. Dezember 2023, lediglich bei zwei Botschaften in beiden Kammern auf die Vorlage eingetreten. Der Bundesrat wird eine Abschreibung der Motion beantragen, sobald auf eine Mehrheit der zwölf Vorlagen ein Eintretensentscheid vorliegt.

2020 P 20.3132 Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Eine externe Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der verordneten Gesundheitspolitischen Massnahmen (im Hinblick auf Frage 2 des Postulats) wurde Ende 2022 abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der knappen Ressourcenlage und der Konjunkturlage mussten die weiteren Arbeiten auf 2023 verschoben werden. Dringende Aufträge im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen wurden 2022 prioritär wahrgenommen. Der Postulatsbericht wird voraussichtlich 2024 vorliegen.

2021 M 19.3234 Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)

2022 M 22.3021 Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Aufgrund der thematischen Nähe der Motion 19.3234 zur Fördertätigkeit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) respektive des direkten Bezugs zum Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft (SR 935.12), wird die Motion in die Vernehmlassungsvorlage zur Weiterentwicklung der SGH integriert. Hinzu kommt die am 13. Dezember 2022 überwiesene Motion 22.3021, die ebenfalls im Rahmen der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft umgesetzt werden soll. Die Integration der beiden Umsetzungsvorschläge zu den beiden Motionen in die Vernehmlassungsvorlage hat zu inhaltlichen und zeitlichen Abstimmungsarbeiten geführt. Zurzeit wird die Vernehmlassungsvorlage zur Weiterentwicklung der SGH vorbereitet mit dem Ziel, die Vernehmlassung im Frühling 2024 zu eröffnen.

2021 M 20.3127 Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)

Die Motion 20.3127 beauftragt den Bundesrat, auf noch engere Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich hinzuwirken, namentlich durch die Aushandlung eines erweiterten Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Handelsabkommens von 2019 wurden im Mai 2023 aufgenommen. Bisher wurden drei Verhandlungsrunden abgehalten. Die vierte Verhandlungsrunde ist auf Anfang März 2024 geplant.

2021 M 20.3268 Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)

Im Bericht vom 31. August 2022 «Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern» wurde die Rolle der globalen Wertschöpfungsketten für die Versorgungssicherheit der Schweiz bei essenziellen Gütern untersucht und aufgezeigt, an welchen Massnahmen der Bundesrat zur Stärkung der Versorgungssicherheit arbeitet (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 31.8.2022). Der Abschreibungsantrag dieser Motion wurde jedoch von den Räten abgelehnt, da nicht alle Massnahmen umgesetzt sind. Die Erkenntnisse aus dem Bericht wie auch aus der Energiekrise und der Pandemie werden in die laufende Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes einfließen. Der Bundesrat wird auf die Abschreibung der Motion bei der Verabschiedung der Botschaft zur Teilrevision des Landesversorgungsgesetz voraussichtlich Anfang 2025 zurückkommen.

2021 M 20.3665 Transparenz bei den Arbeitslosenkassen (Damian Müller)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.084: Botschaft vom 29. November 2023 zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Entschädigungssystem der Arbeitslosenkassen).

2021 P 21.3086 Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Postulat darauf hingewiesen, dass eine ex-post Nachhaltigkeitsanalyse, wie sie das Postulat fordert, erst möglich ist, sobald genug Erfahrungswerte vorhanden sind, um fundierte Aussagen zum Funktionieren des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (CEPA) EFTA-Indonesien machen zu können. Das CEPA ist am 1. November 2021 in Kraft getreten (SR 0.632.314.271). Es ist davon auszugehen, dass für eine fundierte Studie Werte aus mehreren Jahren nötig sind.

2021 P 21.3498 Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Der Bundesrat hat am 25. Februar 2022 die Stossrichtung für ein neues Verhandlungspaket mit der EU festgelegt, nachdem das Projekt eines Rahmenabkommens aufgegeben wurde. Bei dieser Gelegenheit veröffentlichte er eine Analyse der Unterschiede zwischen dem Schweizerischen Recht und dem Recht der Europäischen Union in den Bereichen, die unter die bestehenden Abkommen fallen. Des Weiteren veröffentlichte der Bundesrat am 16. Februar 2022 eine Gesamtschau «Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz» mit detaillierten Massnahmen zur Dynamisierung des Wirtschaftsstandorts (www.seco.admin.ch > Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik > Wirtschaftspolitik > Wachstum). Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat den Entwurf eines Mandates für Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) verabschiedet. Das übergeordnete Ziel des Bundesrates ist es, den bilateralen Weg langfristig zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Der hindernisfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt ist das Kernstück des Pakets.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630 Vollasoziiierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Der vom Bundesrat am 8. November 2023 verkündete Abschluss der Sondierungsgespräche zum Paketansatz mit der EU ermöglicht nächste Schritte, die zu einer Assoziierung der Schweiz an aktuell laufende EU-Programme wie Erasmus+ führen können. Die Europäische Kommission hat die Schweiz zu exploratorischen Gesprächen betreffend Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation (Horizon Europe, Euratom, Digital Europe Programm, ITER und Erasmus+) eingeladen. Mit diesen exploratorischen Gesprächen sollen die Verhandlungen vorbereitet werden. Für Assoziierungsverhandlungen braucht es Verhandlungsmandate auf beiden Seiten (Schweiz und EU). Die Schweiz hat ein solches für Erasmus+ Anfang 2021 verabschiedet. Die EU hat noch kein Verhandlungsmandat für die Assoziierungsgespräche für Erasmus+ verabschiedet.

2019 M 18.3240 Höhere Fachschulen stärken (Anita Fetz)

2019 M 18.3392 Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Die Höheren Fachschulen (HF) ermöglichen Berufsleuten ohne Maturität den Zugang zu einem Abschluss auf Tertiärstufe. Das HF-System wurde ganzheitlich geprüft. Damit die HF weiterhin attraktiv bleiben, braucht es gezielte Optimierungen. Diese wurden im Projekt «Positionierung Höhere Fachschulen» verbundpartnerschaftlich erarbeitet und werden nun umgesetzt. Die Teilnehmenden des Spitzentreffens der Berufsbildung haben am 20. November 2023 den Weg freigegeben für die Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage zur Stärkung der höheren Berufsbildung mittels Schutzes der Bezeichnung «Höhere Fachschule» und der Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master». Die Titelzusätze und das Bezeichnungsrecht erfordern eine Teilrevision des Berufsbildungsgesetzes. Im Rahmen der Revision werden zudem weitere Themen im Bereich der höheren Berufsbildung geprüft, darunter die Möglichkeit, eidgenössische Prüfungen auch auf Englisch und digital, dezentral durchzuführen. Spätestens im dritten Quartal 2024 soll zur Gesetzesrevision eine Vernehmlassung durchgeführt werden. 2025 könnte dann die parlamentarische Beratung folgen. Ziel ist eine Inkraftsetzung der Massnahmen auf spätestens Anfang 2026.

2019 P 18.3959 Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Christian Wasserfallen)

Die Schweizerische Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (KBSB) hat von 2018 bis 2021 eine nationale Strategie der Berufs-, Studien- und Laufbahn und einen Aktionsplan zur Umsetzung entwickelt. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat die Möglichkeiten der Förderung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung durch den Bund abgeklärt. Die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) über die Projektförderung gemäss den Artikeln 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes (SR 412.10) erfolgt während der laufenden Periode 2021–2024 in zwei prioritären Bereichen:

- *viamia*: Von 2019 bis 2024 unterstützt der Bund die Kantone bei der Entwicklung und Umsetzung des Projekts «*viamia* – Kostenlose berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 Jahre». Über eine allfällige letztmalige Verlängerung der finanziellen Unterstützung durch den Bund entscheidet der Bundesrat im Rahmen der Verabschiedung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028.
- Umsetzung der nationalen Strategie für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung: Die Umsetzung der Strategie führt zu verschiedenen Projekten, die nach Möglichkeit vom Bund unterstützt werden.

Der Bund nutzt damit die gesetzlichen Möglichkeiten, gewisse Leistungen der Kantone für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung abzugelten und so zu einem qualitativ hochwertigen Angebot in der Schweiz beizutragen (vgl. Antwort des Bundesrats auf die Motion 22.3391 der WBK-N «Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren»). Entsprechende Projekte können auch in der BFI-Periode 2025–2028 im Rahmen der Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen geprüft werden.

2020 P 20.3462 Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

2020 P 20.3927 Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mit der Botschaft vom 26. Februar 2020 zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 wurde die Überprüfung der Bundesfinanzierung von Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung in Aussicht gestellt, welche vom Bund gemäss Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe b Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation, FIFG (SR 420.1) als nichtkommerzielle Forschungsinstitutionen unterstützt werden. Dies vor dem Hintergrund, dass es zunehmend schwierig geworden ist, eine klare Abgrenzung zwischen der Bundesunterstützung nach dem HFKG (SR 414.20) und FIFG (SR 420.1) vorzunehmen. Die Überprüfung hat ergeben, dass einerseits eine Doppelsubventionierung auf gesetzlicher Grundlage von FIFG und HFKG und andererseits ein «finanzieller Vorteil» für die Universitäten aufgrund der Berücksichtigung der Lehr- und Forschungsleistungen der an sie assoziierten Forschungsinstitutionen bei der Berechnung der Grundbeiträge nach HFKG ausgeschlossen werden können. Eine allfällige Bundesunterstützung zu Gunsten von Forschungsinstitutionen (Artikel 15 Absatz 3 Buchstabe b FIFG) wird ab der Förderperiode 2025-2028 weiterhin auf der Rechtsgrundlage für Beiträge nach Artikel 15 FIFG möglich sein. Als Massnahme ist eine Praxisanpassung bei der Bestimmung der maximal zulässigen Beitragshöhe für Forschungsinstitutionen nach Artikel 15 FIFG vorgesehen, die auf Basis der bestehenden Rechtsgrundlagen umsetzbar ist. Der Postulatsbericht wird dem Bundesrat anfangs 2024 unterbreitet werden. Die Abschreibung der Postulate wird im ersten Quartal 2024 ebenfalls mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 beantragt werden.

2020 P 20.3928 Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Die Europäische Kommission hat die Schweiz im Herbst 2023 zu exploratorischen Gesprächen betreffend Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation (Horizon Europe, Euratom, Digital Europe Programm, ITER und Erasmus+) eingeladen. Mit diesen exploratorischen Gesprächen sollen die Verhandlungen vorbereitet werden. Betreffend Erasmus+ fehlen per Ende 2023 zur Bestimmung einer Roadmap jedoch weiterhin wichtige inhaltliche und finanzielle Parameter betreffend Assoziierungsmodalitäten.

2021 M 21.3007 Bessere Steuerung und Planbarkeit in der Berufsbildungsfinanzierung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Die in der Motion geforderte bessere Planbarkeit der Berufsbildungsfinanzierung soll durch einen eigenen Zahlungsrahmen der Pauschalbeiträge an die Kantone ab 2025 umgesetzt werden. Dadurch unterliegen die Pauschalbeiträge keinen Schwankungen mehr durch die anderen Fördertatbestände der Subjektfinanzierung gemäss Artikel 56a BBG oder durch die Finanzierung der Durchführung von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen gemäss Artikel 56 BBG. Die Beiträge an die Kantone können gegenüber dem Bundesbeschluss in der BFI-Botschaft nur im Rahmen der jährlichen Budgetdebatte verändert werden. Der separate Zahlungsrahmen führt zu einer besseren Planbarkeit für die Kantone. Zudem trägt er so zu einer verbesserten Steuerung der Berufsbildungsfinanzierung bei. Was den Informationsaustausch zwischen Bund und Kantonen über Themen der Berufsbildungsfinanzierung betrifft, so kann dieser bei Bedarf in den bestehenden Gremien intensiviert werden. Neben den bilateralen Gremien mit Vertretung Bund und Kantone eignet sich dazu auch die Tripartite Berufsbildungskonferenz TBBK, in der alle Verbundpartner vertreten sind. Die Abschreibung der Motion wird im ersten Quartal 2024 mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 beantragt werden.

2021 P 21.3008 Transparenz bei der Verwendung von Bundesmitteln im Bildungsbereich (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Der Bundesrat wird im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (BFI-Botschaft 2025–2028) Bericht erstatten. Die Botschaft wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 zuhänden des Parlaments verabschiedet.

Bundesamt für Landwirtschaft

2020 M 18.3404 Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)

Die zweite Forderung, die bestehende Struktur- und Organisationsform durch einen neuen Agroscope-Rat zu ergänzen, in dem insbesondere auch die landwirtschaftliche Praxis vertreten ist, ist umgesetzt. Seit Mai 2019 besteht der neue, erweiterte Agroscope-Rat aus vier Mitgliedern aus der landwirtschaftlichen Praxis, drei Mitgliedern aus dem Bereich Forschung, Innovation und Wissenstransfer sowie je einer Vertretung aus dem Bundesamt für Umwelt, dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die Mitglieder des Agroscope-Rats werden durch den Vorsteher des WBF ernannt. Der Agroscope-Rat behandelt die strategische Ausrichtung von Agroscope im Bereich der Forschung.

Die geforderte Prüfung einer Umwandlung der Forschungsanstalt Agroscope in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit wird aktuell vom WBF durchgeführt. Der Bericht baut auf dem Gouvernance-Bericht des WBF auf und berücksichtigt die Entwicklungen, welche in der Zwischenzeit mit dem Zukunftsprojekt stattgefunden haben. Der Bericht wird voraussichtlich gleichzeitig mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2024/Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) verabschiedet.

2020 M 20.3919 Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

1. Ausbau der Forschung: Im Arbeitsprogramm 2022-2025 führt Agroscope das strategische Forschungsfeld (SFF) Pflanzenschutz mit aufgestockten Mitteln fort (von derzeit 15.9 auf 16.6 Mio. Fr. pro Jahr). Ebenfalls sollen die SFF Anbaumethoden und Produktionssysteme und SFF Pflanzensorten einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Pflanzenschutz und zu krankheitsresistenten Kulturen leisten. Seit 2020 wurde der Beitrag des Bundes an das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) schrittweise um 2.5 Millionen Franken jährlich bis insgesamt um 7.5 Millionen Franken ab 2023 erhöht. Die Auswahl und Züchtung von geeigneten Sorten, die gezielte Regulierung von Krankheiten und Schädlingen mit natürlichen Pflanzenschutzmitteln sowie dem Einsatz von Nützlingen gehört zu den Forschungsschwerpunkten des FiBL. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat von 2017-2021 insgesamt 21 Forschungsprojekte im Bereich Pflanzenschutz im Umfang von 4 Millionen Franken unterstützt. Für die Periode von 2022-2024 ist zurzeit die Unterstützung von Projekten im Umfang von gut 3.3 Millionen Franken vorgesehen. In der Vernehmlassung zu den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026-2029 hat der Bundesrat vorgeschlagen, die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die Folgen des Klimawandels verstärkt zu unterstützen. Damit soll die Resilienz der Lebensmittelversorgung und die Ernährungssicherheit verbessert werden. Unter anderem sollen mehr Mittel für die Forschung und die Beratung im Bereich nachhaltiger Pflanzenschutz eingesetzt werden.
2. Förderung der Züchtung: Seit 2020 werden erstmals Projekte der Pflanzenzüchtung und Sortenprüfung mit 3 Millionen Franken jährlich unterstützt (Umsetzung der Motion 18.3144 Hausammann «Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt!»). Zusätzlich hat der Bundesrat im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes 2022 entschieden, Pflanzungen von Obst- sowie Rebanlagen mit robusten Sorten durch Gelder der Strukturverbesserung zu fördern. Im Postulatsbericht vom 22. Juni 2022 «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» hat der Bundesrat zudem festgehalten, dass im Kontext der Anpassung an den Klimawandel ein besonderes Augenmerk auf die Pflanzenzüchtung zu legen ist und verstärkt Sorten gezüchtet werden sollen, die nährstoffeffizient, trockenheits- und hitzetolerant sowie widerstandsfähig gegenüber Pflanzenkrankheiten sind. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat im Rahmen der Vernehmlassung zu den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026-2029 vorgeschlagen, zusätzliche Mittel für die Pflanzenzüchtung einzusetzen.
3. Förderung des Wissens- und Technologietransfers: Mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) hat das Parlament die Rechtsgrundlage zur finanziellen Unterstützung des Aufbaus und des Betriebs eines Kompetenz- und Innovationnetzwerks für Pflanzenzüchtung durch den Bund geschaffen. Die Integration der konkretisierenden Bestimmungen für die Kompetenz- und Innovationsnetzwerke ist im landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2024/AP22+ vorgesehen. Die Vernehmlassung zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2024/AP22+ wird voraussichtlich Anfang 2024 eröffnet (www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Laufende Vernehmlassungen > WBF > Vernehmlassung 2023/57).

2021 M 17.3314 Aussergewöhnliche Frostschäden im Weinbau und an Obstkulturen (Jacques Bourgeois)

Die Stiftung fondssuisse (Schweizerischer Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden) hat beschlossen, die vom Frost 2017 stark betroffenen Landwirtschaftsbetriebe mit Beiträgen als Ausgleich für die ausserordentlichen Einkommensverluste zu unterstützen. Die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe erhielten rund 20 Millionen Franken.

Gemäss Artikel 86b des Landwirtschaftsgesetzes (SR 910.1), der durch die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) eingeführt werden soll, kann der Bund neu Beiträge zur Verbilligung der Prämien von Versicherungen ausrichten, um die Risikoabsicherung gegenüber wetterbedingten Ertragsschwankungen zu verbessern. Die Umsetzung dieser Bestimmung wird im Rahmen der Vernehmlassung «Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2024 (AP22+)» aufgenommen werden (www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Laufende Vernehmlassungen > WBF > Vernehmlassung 2023/57).

2021 M 19.3445 Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)

Zur Umsetzung der Motion soll dem Parlament im zweiten Halbjahr 2024 eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (SR 910.1) unterbreitet werden. Dazu hat der Bundesrat am 29. September 2023 eine Vernehmlassung eröffnet (www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023 > WBF > Vernehmlassung 2023/59).

2021 M 21.3374 Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern (Simone de Montmollin)

Das Anliegen, einen minimalen Sozialversicherungsschutz für die mitarbeitenden Ehegattinnen und Ehegatten als Voraussetzung für die Direktzahlungen einzuführen, wird im Rahmen der Vernehmlassung «Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2024/Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)» aufgenommen werden (www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Laufende Vernehmlassungen > WBF > Vernehmlassung 2023/57). Die entsprechende Rechtsgrundlage im Landwirtschaftsgesetz (SR 910.1) wurde mit der AP22+ geschaffen (Art. 70a Abs. 1 Bst. i).

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)

Der Bundesrat wurde aufgefordert im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung auszuweiten. Es ist eine ständige Aufgabe der wirtschaftlichen Landesversorgung (WL), die Angemessenheit der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Am 17. November 2023 hat das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) den «Bericht zur Vorratshaltung 2023» publiziert (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 17.11.2023). Darin legt das BWL dar, wie sich die Pflichtlagerhaltung in der vorangehenden Berichtsperiode verändert hat, wo sie zum Berichtszeitpunkt steht und wohin sie sich entwickeln wird. Zusätzlich zu diesem Bericht analysierte das WBF (WL/BWL) im Auftrag des Bundesrates, für welche lebenswichtigen Güter die Versorgung in einer nationalen oder internationalen Krise sichergestellt werden muss. Aufgrund dieser Analyse erteilte der Bundesrat weitere Prüfaufträge (www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > 15.12.2023). Im Rahmen des Berichts «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmaßnahmen» vom 1. Februar 2022 wurden die Lücken in der Versorgung eruiert sowie Lösungsansätze und damit verbundene Aufgaben definiert (www.bag.admin.ch > Medizin & Forschung > Medikamente & Medizinprodukte > Sicherheit in der Arzneimittelversorgung). Auf Basis dieses Berichts wird das EDI (BAG) dem Bundesrat bis Mitte 2024 das weitere Vorgehen zum Entscheid vorlegen. Es wird darum gehen, welche Rolle der Bund im Vergleich zu den Kantonen künftig bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln, Impfstoffen und Medizinprodukten wahrnimmt, mit welchen Instrumenten (z. B. zur Förderung der Erforschung, Entwicklung, Produktion und Lagerhaltung) er zur Versorgungssicherheit beiträgt und welche gesetzlichen Bestimmungen hierfür angepasst werden sollen.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission SR)

Das Postulat verlangt vom Bundesrat, nach Abschluss des Verwaltungsstrafverfahrens in einem Bericht eine Gesamtbilanz der PostAuto-Affäre zu ziehen. Das Verwaltungsstrafverfahren ist nach wie vor hängig, weshalb noch keine Gesamtbilanz zur PostAuto-Affäre gezogen werden kann.

Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2019 P 19.3006 Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

2019 P 19.4189 Lötschberg-Basistunnel. Neuerliche Prüfung eines Vollausbaus? (Philipp Matthias Bregy)

2023 M 23.3010 Die Chance der Realisierung des multifunktionalen Grimseltunnels erhalten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 23.055: Botschaft von 16. August 2023 zum Stand und zu Änderungen der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur sowie zur Perspektive Bahn 2050.

2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Zur Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs müsste der Anhang 1 des Landverkehrsabkommens durch den Gemischten Ausschuss angepasst werden.

Im Rahmen des Berichts des Bundesrats in Erfüllung des Postulates 14.3259, Regazzi, Die zukünftige Marktordnung im regelmässigen und gewerbsmässigen Personenfernverkehr, hat der Bundesrat am 23. Juni 2021 entschieden, aufgrund der Erfahrungen und Entwicklungen in der EU im internationalen Schienenpersonenverkehr keine Öffnung anzustreben und weiterhin auf die Kooperationen zwischen Eisenbahnunternehmen aus den verschiedenen Ländern zu setzen. Eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr würde im Rahmen des vom Bundesrat angestrebten Pakets mit der EU erfolgen. Kommt es bei diesem zu einer Lösung, wäre der Einbezug des Parlaments sichergestellt und die Motion könnte abgeschrieben werden.

2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Frankreich wurde im Rahmen des französisch-schweizerischen Lenkungsausschusses über die Anliegen der Motion informiert. Auf der Grundlage erster grober Analysen schlug die Schweizer Delegation den Vertreterinnen und Vertretern aus Frankreich vor, das gemeinsame Ziel, d. h. den Ausbau des Schienengüterverkehrs, durch den Abschluss einer gemeinsamen Absichtserklärung zu konkretisieren. So soll der Rahmen für die Umsetzung der mit der Motion angestrebten Ziele geschaffen werden. Die Schweiz strebt eine Unterzeichnung der Absichtserklärung in der ersten Hälfte des Jahres 2024 an.

2020 M 20.3221 Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Josef Dittli)

2020 M 20.3222 Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstosses (Josef Dittli)

2020 M 20.3286 Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Eva Herzog)

2021 P 21.3198 Gütertransport. Warum nicht die bestehenden Eisenbahnanlagen besser nutzen? (Charles Juillard)

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. November 2022 zwei Varianten zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Schweizerischen Güterverkehr in die Vernehmlassung gegeben: Die erste Variante sieht modernisierte Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr mit umfassender finanzieller Förderung durch den Bund vor. Die zweite Variante fokussiert auf wettbewerbliche Anreizinstrumente. In beiden Varianten sind Massnahmen zugunsten der Rheinschifffahrt vorgesehen. Die Vernehmlassung dauerte bis 24. Februar 2023. Die Botschaft wird basierend auf der ersten Variante als Totalrevision des Gütertransportgesetzes ausgestaltet und voraussichtlich im ersten Quartal 2024 dem Parlament überwiesen werden. Mit der Botschaft soll die Abschreibung dieser Vorstösse beantragt werden.

2021 M 19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Die Umsetzung der der Motion wird in der Vernehmlassungsvorlage zu einer Teilrevision des SVAG im Rahmen des Projekts zur Weiterentwicklung der LSVa behandelt. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung zur Revision des SVAG im ersten Quartal 2024 eröffnen. Mit der Botschaft, die frühestens Ende 2024 überwiesen werden wird, soll die Abschreibung dieses Vorstosses beantragt werden.

- 2021 M 19.4443 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)
- 2021 M 19.4444 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)
- 2021 M 19.4445 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)
- 2021 M 19.4446 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)

Mit den Motionen wird der Bundesrat beauftragt, einen Massnahmenplan zu erarbeiten, mit dem er darlegt, wie der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr gesteigert werden kann. Im Rahmen einer Studie werden Massnahmen in verschiedenen Bereichen der Mobilität eruiert. Das Ergebnis soll in die Botschaft 2026 zum nächsten Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur einfließen und die Motionen werden mit der Botschaft zur Abschreibung beantragt werden.

- 2021 M 19.4614 Konzept zur längerfristigen Steigerung des Angebots von Verbindungen des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Aline Trede)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.061: Botschaft vom 16. September 2023 zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024.

- 2021 M 20.3696 Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Verlagerungs- und Semesterberichte zum alpenquerenden Güterverkehr mit Daten zum Gefahrguttransport zu ergänzen. Das Bundesamt für Strassen hat ein entsprechendes Konzept zur Zählung der alpenquerenden Gefahrguttransporte erarbeitet und 2023 in Gondo eine Anlage in Betrieb genommen. Somit können vollständige Jahreswerte erst für das Jahr 2024 im Rahmen der genannten Berichterstattung publiziert werden. Da die Motion implizit die Publikation von Daten vorsieht, müssen die Jahreswerte abgewartet werden. Die Abschreibung der Motion wird mit dem Verlagerungsbericht 2025, beantragt werden.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

- 2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)
- 2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)

Die Postulate verlangen, in einem Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages bezüglich der Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, falls ein Inkrafttreten des Staatsvertrags absehbar würde. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis Ende 2023 immer noch nicht eingeleitet. Zwar wurden die Möglichkeiten der Umsetzung des Vertrags in einem Bericht bereits 2012 analysiert. Falls das deutsche Verkehrsministerium den Vertrag dem Parlament zur Genehmigung unterbreiten würde, wären die Optionen einer Umsetzung auch in der Schweiz neu zu prüfen, haben sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren doch auch verändert.

- 2017 M 15.3491 Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])
- 2021 M 21.3020 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR [Yannick Buttet])
- 2021 M 21.3095 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettlin [Yannick Buttet])

Die Motionen beauftragen den Bundesrat, entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 auf eine Altersgrenze von 60 Jahren für Helikopterpilotinnen und -piloten zu verzichten. Seit der 2017 hat sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in die europäische Diskussion zwecks Anpassung der in der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 enthaltenen Alterslimite eingebracht. So wurde im Beratungsausschuss der Mitgliedstaaten der European Aviation Safety Agency (EASA) eine Studie lanciert, an deren Durchführung das BAZL aktiv beteiligt war. Die EASA hat ein Rechtssetzungsverfahren zur allfälligen Anpassung der entsprechenden Bestimmung eröffnet. Die Schweiz ist durch Experten vertreten. Ein erster Entwurf der EASA von Ende 2023 sieht einen teilweisen Verzicht auf die Altersgrenze bei Rettungsflügen mit Helikoptern vor. Die Anpassung soll gemäss Zeitplan der EASA Mitte 2025 in Kraft treten[BWAB1].

Seit 2012 hat das BAZL wiederholt Ausnahmegesuche bei den europäischen Organen eingereicht, sie wurden bisher mit gesundheitlichen und operationellen Auflagen bewilligt. Im Frühling 2020 hat die EU die generelle Akzeptanz dieser Ausnahmegewilligungen eingeschränkt. Die Schweiz legte die Ausgangslage im Sinne der Motion im Rahmen des Gemischten Ausschusses 2020 dar und verlangte eine Fortsetzung der Zulassung von über 60-jährigen Helikopterpilotinnen und -piloten. Zudem erläuterte die Schweiz im Februar 2021 ihre Position in einem Schreiben an die EU. Diese teilte der Schweiz daraufhin schriftlich mit, dass Ausnahmen nur unter unvorhersehbaren Umständen oder aufgrund von dringlichen betrieblichen Gründen erteilt werden. Dies sei für die Schweiz nicht mehr der Fall. Eventuelle unilaterale Massnahmen von Seiten der Schweiz würden laut EU zudem entsprechende Gegenmassnahmen zur Folge haben. Im Rahmen des Gemischten Ausschusses 2021 nahm die EU-Kommission das Thema zur Kenntnis, machte jedoch keine weiteren Zugeständnisse. Um die Motion umzusetzen, wird das BAZL somit eine entsprechende Änderung des Luftfahrtgesetzes (LFG) initiieren. Die Arbeiten dazu wurden 2022 an die Hand

genommen. Die notwendigen Anpassungen im LFG sind Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassungsvorlage dazu wird dem Bundesrat im Frühjahr 2024 vorgelegt werden.

2018 P 18.3245 Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen seiner Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Rechtsgrundlage für die Identifizierung ziviler Drohnen aus der Ferne eingesetzt. Diese wurde im Rahmen von zwei europäischen Verordnungen (2019/945, 2019/947) am 1. Januar 2023 eingeführt. Sie legen fest, dass alle Drohnen, die neu im EU-Markt erhältlich sind, mit einem Fernidentifizierungssystem ausgestattet sein müssen. Für Drohnen in höheren Risikokategorien (z.B. Betrieb ausserhalb des direkten Sichtbereichs) ist die Fernidentifikation auch obligatorisch. Ebenfalls trat am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Dieses ermöglicht die Identifizierung sämtlicher ziviler Drohnen aus der Ferne. Dazu sind jedoch sogenannte U-Space Lufträume notwendig. Das BAZL arbeitet aktuell an der Schaffung eines ersten solchen Luftraums in Zürich, welcher ab 2025 zur Verfügung stehen wird. Weitere solche Lufträume sind geplant.

2018 M 18.3371 Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, trat am 1. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft. Seither besteht für alle Drohnenpilotinnen und -piloten eine Registrations- und Prüfungspflicht. Das Verordnungspaket enthält ebenfalls die Grundlage zur Identifizierung von Drohnen aus der Ferne. Die Rechtsdurchsetzung soll dadurch gestärkt werden. Zudem stiess das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) auf EU-Ebene die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einführung der U-Space-Infrastruktur an, mit dem Ziel, zivile Drohnen sicher in den Schweizer Luftraum zu integrieren und eine erhöhte Zahl komplexerer Anwendungen unter Beibehaltung geltender Sicherheitsstandards zu ermöglichen. Das entsprechende Verordnungspaket trat am 26. Januar 2023 in Kraft. Das BAZL koordiniert mit betroffenen Stakeholdern die Einführung der U-Space-Infrastruktur im stark frequentierten Luftraumgebiet in Zürich per Anfang 2025. Weitere solche Lufträume sind geplant.

2019 M 18.3700 Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)

Strafbare Handlungen, die an Bord eines Luftfahrzeuges begangen werden, unterstehen heute, soweit es sich nicht um Übertretungen handelt, der Bundesstrafgerichtsbarkeit und werden von der Bundesanwaltschaft (BA) verfolgt und beurteilt. Für die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen gegen luftrechtliche Vorschriften ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) zuständig. Alle übrigen strafbaren Handlungen in der Luftfahrt fallen heute unter die Zuständigkeit der Kantone. Mit der Motion wird verlangt, dass strafbare Handlungen bei Flugunfällen und schweren Vorfällen in der Luftfahrt grundsätzlich der Bundesstrafgerichtsbarkeit unterstehen. Für die dafür notwendige Anpassung von Artikel 98 des Luftfahrtgesetzes (LFG; SR 748.0) liegt ein erster, von der BA erarbeiteter und mit dem Bundesamt für Justiz (BJ) bereinigter Entwurf vor. Die Änderung ist Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassungsvorlage dazu wird dem Bundesrat im Frühjahr 2024 vorgelegt werden.

2020 M 19.4562 Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)

Die Motion verlangt, zur Bewältigung von Krisen, im Katastrophenfall und zur Rettung von Menschen in Not die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen um das Low Flight Network (LFN) fertig zu stellen und die dafür erforderliche Finanzierung zu regeln. Letzteres und auch die Behandlung von Aspekten des Ausbaustandards des Netzes erweisen sich als aufwändig. Eine Inkraftsetzung der neuen rechtlichen Konzeption ist für 2024 geplant. Der Ausbau des Netzes ist aber bereits im Gang, bis heute ist die Hälfte der geplanten Anflugverfahren implementiert.

2021 M 20.4412 Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)

Die Motion verlangt, dass der Bund die heute praktizierte finanzielle Stützung der Regionalflugplätze dauerhaft weiterführt, ohne dass eine Verbundaufgabe mit den Kantonen eingeführt wird. Dabei geht es um die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste. Für die Umsetzung der Motion sind Anpassungen in der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (SR 748.132.1; VFSD) und in der Verordnung über die zweckgebundene Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (725.116.22; MinLV) vorgesehen. Ein Entwurf der entsprechenden Verordnungsbestimmungen liegt vor. Dieser soll im ersten Halbjahr 2024 bei den betroffenen Stakeholdern konsultiert werden. Die neuen Bestimmungen werden voraussichtlich per Anfang 2025 in Kraft gesetzt. Festzuhalten ist, dass die notwendigen Mittel für die Jahre 2024 bis 2027 im Rahmen der Mehrjahresplanung der Spezialfinanzierung Luftverkehr bereits eingeplant sind. Die Weiterführung der Bundesfinanzierung der Flugsicherung auf den Regionalflugplätzen ist damit für diese Jahre gesichert.

2021 M 21.3458 Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, den Sektorenmarkt der Flughäfen als systemrelevante Infrastrukturen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht zu befreien. Die Nichtunterstellung der Vergabe von Konzessionen für den Betrieb eines Flughafens ist im Luftfahrtgesetz (LFG) zu regeln. Die Arbeiten dazu wurden 2022 an die Hand genommen. Die notwendigen Anpassungen im LFG sind Bestandteil einer grösseren Teilrevision des LFG. Die Vernehmlassungsvorlage dazu wird dem Bundesrat im Frühjahr 2024 vorgelegt werden.

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083 Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (FDP-Liberale Fraktion)

Die Motion verlangt insbesondere, Abkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten zur Sicherstellung der Stromversorgungssicherheit abzuschliessen. Die vom Bundesrat beantragte Abschreibung hat das Parlament in der Wintersession 2022 abgelehnt. Grund dafür war, dass die Schweizer Übertragungsnetzbetreiberin Swissgrid die angestrebte Vereinbarung mit den Übertragungsnetzbetreibern der Kapazitätsberechnungsregion «Core» (u.a. Deutschland, Frankreich, Österreich) noch nicht abgeschlossen hat. Das Zustandekommen der Vereinbarung wird für 2024 erwartet. Mit der Kapazitätsberechnungsregion «Italy North» (Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) konnte Swissgrid 2021 eine Vereinbarung abschliessen. Diese technischen Vereinbarungen sollen die Importkapazitäten der Schweiz sicherstellen und sind darum massgebend für die Stromversorgungssicherheit. Sofern ein Stromabkommen mit der EU abgeschlossen werden kann, sind die technischen Vereinbarungen obsolet.

2021 M 20.3485 Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)

Das Parlament hatte die Abschreibung der Motion in der Sommersession 2022 abgelehnt. In der Zwischenzeit hat das UVEK dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen unterbreitet bzw. Massnahmen ergriffen, damit Biomasseanlagen (Holz und Biogas) auch in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden können. Dank der vorgenommenen Anpassungen im Energiegesetz und den vorgesehenen Änderungen im CO₂- und Raumplanungsgesetz können Biomasseanlagen besser finanziell gefördert und einfacher ausserhalb der Bauzonen realisiert werden. Die Forderungen der Motion sind deshalb auf Seiten der Energie- und Klimagesetzgebung erfüllt. Offen bleiben jedoch die Forderungen an zusätzliche Fördermassnahmen auf Seiten der Landwirtschaft in Bezug auf die Abgeltung der Leistungen von Biogasanlagen zur Steigerung der Humusbildung sowie zur Reduktion des Nährstoffabbaus in den Böden. An diesen Rahmenbedingungen wird weiterhin gearbeitet.

2021 M 20.4063 Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)

Eine verstärkte Nutzung des Untergrunds ist wichtig für die Erreichung der Klimaziele. Der aktuell tiefe Kenntnisstand zum schweizerischen Untergrund und zu den damit verbundenen Investitionsrisiken ist heute jedoch ein wesentliches Hindernis, um industrielle Aktivitäten für eine volkswirtschaftlich sinnvolle Nutzung des Untergrunds auszulösen. Die Motion verlangt vom Bund, ein Erkundungsprogramm aufzugleisen und zu finanzieren, um diese Unsicherheiten zu reduzieren und dadurch die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Planung und Nutzung des Untergrunds zu erstellen. Der Bundesrat ist daran, ein entsprechendes Umsetzungskonzept für die Erkundung des Untergrunds auszuarbeiten. Aufgrund der Komplexität des Sachverhalts und der vorherrschenden Rahmenbedingungen nimmt dies mehr Zeit in Anspruch als vorgesehen.

2021 P 20.4561 Wasserkraftwerke und Stauseen für die Fotovoltaik nutzen (Rocco Cattaneo)

Das Postulat verlangt, auf nationaler Ebene eine Untersuchung durchzuführen über das Potenzial, das mit der Nutzung der Oberflächen von Wasserkraftwerken und Stauseen für die Produktion von Sonnenstrom verbunden ist. In der Potenzialstudie wird sowohl das technische als auch das wirtschaftliche Potenzial von Photovoltaikanlagen auf künstlichen Gewässern und Infrastrukturen von Wasserkraftanlagen untersucht. Der Abschlussbericht hat sich etwas verzögert, da betreffend Datengrundlagen erhebliche Unsicherheiten identifiziert wurden, die noch abgeklärt werden müssen. Vor diesem Hintergrund strebt der Bundesrat eine Verabschiedung des Berichts in der ersten Jahreshälfte 2024 an.

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen von verschiedenen Treffen mit österreichischen Ministern regelmässig über den Stand der laufenden Arbeiten informiert. Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat daraufhin den Planungsprozess aufgenommen und beabsichtigt, dem Bundesrat ein entsprechendes «Generelles Projekt» zur Genehmigung vorzulegen.

Anlässlich des Ministertreffens vom Dezember 2022 stellte Bundesministerin Leonore Gewessler die Evaluationsergebnisse einer Prüfung von Alternativen vor. Darin wurde insbesondere eine mögliche Verbindung der A13 und der A14 bei Diepoldsau geprüft. Die Alternativen schnitten besser ab als die Variante, die sich im Genehmigungsverfahren befindet. Österreich wird nun eine weitere Vertiefung der alternativen Varianten in Auftrag geben, ohne aber das laufende Genehmigungsverfahren zu beenden.

Den von Österreich erhofften politischen Support kann die Schweiz nur bedingt leisten, da der schweizerische Anteil nur einen kleinen Prozentsatz am Gesamtprojekt ausmacht, sowie auf dem Autobahnanschluss A13 St. Margrethen beruht. Das ASTRA folgt mit seinem Projekt zudem der Zeitplanung der österreichischen Planung. In der aktuellen Strategie- und Konzeptphase sind ausserdem die Zollverwaltungen der beiden Länder wichtige Taktgeber des Strassenprojektes. Die für die Projektierung des Strassenprojektes notwendigen Betriebskonzepte (für den bisherigen Standort St. Margrethen) liegen derzeit nur für den Schweizer Anlagenteil vor.

Das ASTRA wird den Fortschritt des Strassenprojektes wie bis anhin mit den Partnern aus beiden Ländern abstimmen und im Rahmen der Möglichkeiten vorantreiben.

2016 M 13.3818 Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)

Das Anliegen der Motion wurde mit Bundesratsbeschluss vom 21. November 2018 im Rahmen der «Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers» gutgeheissen. Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (SR 741.41) wird in Kraft gesetzt, wenn die Datenbank für die Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form vorliegt und die Behörden des Bundes und der Kantone die Daten erfassen können. Letzteres ist heute bereits vereinzelt möglich. Definitiv umgesetzt wird die Motion mit der geplanten Revision der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (TGV; SR 741.511), die voraussichtlich im zweiten Quartal 2025 in Kraft treten wird.

2016 M 16.3066 Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)

2016 M 16.3068 Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)

2018 M 17.3924 Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)

Die drei Motionen wollen mit ihren Begehren gleich lange Spiesse für das traditionelle Taxi-Gewerbe und neue Fahrdienstangebote wie Uber schaffen. Ein Rechtsänderungsvorschlag, der dem Bundesrat die Kompetenz entzogen hätte, Arbeits- und Ruhezeitenvorschriften für Motorwagen zum Personentransport mit bis zu neun Sitzplätzen zu erlassen, wurde Anfang 2019 den betroffenen Vollzugsbehörden und Verbänden vorgestellt und von diesen einhellig abgelehnt. Angesichts der breiten Ablehnung durch die Betroffenen hätte der Vorschlag zur Umsetzung der drei Motionen in der Vernehmlassung kaum Zustimmung gefunden. Zudem haben sich die Verhältnisse seit der Einreichung der Motionen rund um die Fahrdienstangebote geändert. Zum einen wurde Uber Pop (Taxifahrten durch Privatleute in ihrem eigenen Auto) im Jahr 2018 eingestellt, zum anderen haben verschiedene Kantone und Gemeinden die neuen Fahrdienstangebote geregelt. In der Folge wurde anhand einer Studie die Thematik der neuen Fahrdienstangebote im Strassenverkehr samt ihrer erwarteten Entwicklung umfassend beleuchtet und Vorschläge für Rechtsänderungen aufgezeigt. Dieses Vorgehen nimmt die Anregung der Motion 16.3068 auf, einen Bericht zu erstellen. Die Studie wurde 2021 fertiggestellt und dient als Grundlage für das weitere Vorgehen. Am 17. März 2023 hat das Parlament im Strassenverkehrsgesetz (Geschäft 21.080) eine Rechtsgrundlage geschaffen (Art. 25 Abs. 2^{bis} E-SVG), die es dem Bundesrat erlaubt, statt einem Fahrtschreiber auch eine App zur Kontrolle der Arbeitszeit berufsmässiger Motorfahrzeugführer und -führerinnen vorzusehen. Der Bundesrat arbeitet nun gestützt darauf eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der Motionen aus. Die Vernehmlassung soll 2024 eröffnet werden.

2018 M 16.3846 Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)

Mit der künftigen Anerkennung von Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form (s. auch M 13.3818; Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit) müssen das Typengenehmigungsverfahren gesamthaft und die entsprechenden Rechtserlasse neugestaltet werden. In diesem Rahmen wird auch über die Umsetzung der Motion zu entscheiden sein.

2019 P 19.3422 Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Der Bund ist bereit, die geforderte Unterstützung zu leisten. Dies hat er auch im Fall des Nationalstrassenprojektes «Bypass Luzern» getan: Nach entsprechenden Stellungnahmen des Kantons Luzern und der Stadt Kriens hat er entschieden, eine Verlängerung des Tunnelportals in das «Generelle Projekt» zu übernehmen, um die Bevölkerung besser vor Lärm zu schützen. Der Lärmschutz des gesamten Projekts wurde entsprechend der Vorgaben der Lärmschutzverordnung ergänzt und entspricht den rechtlichen Vorgaben. Zusätzlich hat der Bund begleitend seine fachliche Unterstützung eingebracht und gemeinsam mit seinen Partnerinnen und Partnern eine Potenzialanalyse erstellt. Diese legt fest, welche zusätzlichen Massnahmen sinnvoll sind und Nutzen generieren. Der Bund ist zudem bereit, zusammen mit dem Kanton Luzern und der Stadt Kriens weitere Massnahmen zur siedlungsverträglicheren Ausgestaltung der A2 zu suchen. Zwischenzeitlich liegen die Resultate der zusätzlich mit den Partnerinnen und Partnern durchgeführten Testplanung vor. Diese zeigen, in analoger Weise zu den Ergebnissen der Potenzialanalyse, wo zusätzliche Massnahmen denkbar sind, unabhängig vom Projekt Bypass Luzern. Die Finanzierung und Kostenbeteiligung richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2; vgl. Punkt 3 unten).

Der Bundesrat hat das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Übrigen beauftragt, mögliche Handlungsfelder zur Eindämmung des Strassenlärms auszuarbeiten. Im Bereich des Handlungsfeldes «Überdeckungen» bestehen folgende Strategien:

1. Konsequente «Doppelnutzung» der Autobahnen wie z.B. in den Bereichen Neuenhof, Glattbrugg, Airola oder Weiningen;
2. Unterirdische Linienführung bei Grossprojekten des Entwicklungsprogramms Nationalstrassen, wenn immer möglich und opportun;
3. Opportunitäten für zusätzliche Überdeckungen bei solchen Projekten schaffen: Dank dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds ist über das MinVG eine Kostenbeteiligung von bis zu 60% möglich;
4. Der Bund stellt privaten Investoren einzelne Nationalstrassenabschnitte zur Verfügung, damit diese ihre Projekte zur Überdeckung vorantreiben können.

2020 M 17.3952 Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen und Verkehrsfachleute (VSS) in die Signalisationsverordnung (SSV)» umgesetzt werden. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung dazu voraussichtlich Anfang 2024 eröffnen.

2020 M 20.3080 Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Verkehrsflächen für den Langsamverkehr» umgesetzt werden. Die Vernehmlassung fand vom 28. Juni bis 18. Oktober 2023 statt. Der Bundesrat wird voraussichtlich bis Mitte 2024 über die Revision beschliessen.

2021 P 19.4631 Ein sicheres und schnelles Velo-Nationalstrassennetz zwischen den Schweizer Agglomerationen (Rocco Cattaneo)

Der Bundesrat wird in seinem Bericht «Die Bedeutung von Velobahnen im Verkehrssystem der Schweiz» den Nutzen von Velobahnen sowie seine Haltung zu einem «Velo-Nationalstrassennetz» aufzeigen. Der Bericht wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2024 vom Bundesrat verabschiedet.

2021 M 20.4339 Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Zur Umsetzung der Motion hat der Bundesrat die Anpassung von zwei Artikeln des Strassenverkehrsgesetzes und die Teilrevision von vier Verordnungen erarbeitet und in einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt. Die Ergebnisse wurden ausgewertet. Wie in der Motion gefordert, werden neben der Revision auch Massnahmen auf internationaler und auf nationaler Ebene vorangetrieben.

Der Bundesrat wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2024 über das weitere Vorgehen entscheiden.

Bundesamt für Kommunikation

2017 M 16.4027 SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (Kurt Fluri)

Die Abschreibung der Motion wurde von den Räten in der Sondersession 2021 abgelehnt. Die SRG hat am 9. September 2022 eine neue Zusammenarbeitsvereinbarung mit der schweizerischen audiovisuellen Industrie abgeschlossen. Diese ist bis Ende Dezember 2026 gültig. Die Vertragsparteien streben eine Neuverhandlung für die Zeit nach 2026 an. Das Anliegen des Motionärs wird damit berücksichtigt. Am 17. März 2022 hat Nationalrat Fluri eine parlamentarische Initiative eingereicht (Pa.Iv. 22.415: Faire Teilnahme der SRG am audiovisuellen Produktionsmarkt), die ebenfalls verlangt, gesetzliche Grundlagen im RTVG für die Zusammenarbeit zwischen SRG und der unabhängigen audiovisuellen Industrie zu schaffen. Dadurch soll die SRG in der Konzession auch zu einer Vergabequote verpflichtet werden können. Der Nationalrat hat der parlamentarischen Initiative am 6. Dezember 2023 Folge geleistet. Der Entscheid der ständerätlichen Kommission bzw. des Ständerats über die Zustimmung steht noch aus.

2017 M 17.3013 Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

2019 M 19.3039 Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 das UVEK beauftragt, Anpassungen der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten zu prüfen und bis im Sommer 2023 einen Bericht mit den Ergebnissen und Vorschlägen zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten. Der Bericht soll im ersten Halbjahr 2024 vorliegen. Die beiden Revisionsvorhaben sind zu sistieren, bis Klarheit zum weiteren Vorgehen besteht.

2020 P 20.4066 Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)

Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 das UVEK beauftragt, Anpassungen der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten zu prüfen. Dabei wird sich das UVEK vertieft mit den im Postulat aufgeworfenen Fragestellungen auseinandersetzen. So wird unter anderem untersucht, ob der Grundversorgungsauftrag der Post im Zahlungsverkehr weiterhin erforderlich ist und wie der Auftrag allenfalls auf die künftigen Anforderungen ausgerichtet werden kann. Der Bericht mit den Ergebnissen und Vorschlägen zum weiteren Vorgehen soll im ersten Halbjahr 2024 vorliegen. Damit werden auch die im Postulat aufgeworfenen Fragen beantwortet sein.

2021 M 21.3000 Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Als Grundlage für die Festlegung einer Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen haben die Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kommunikation und der Swisscom ein «Referenzmodell Notrufe» erarbeitet. Ziel dieses Referenzmodells ist es, die Sicherheit und Qualität des Notrufsystems in der Schweiz zu erhöhen und eine Basis für dessen Weiterentwicklung zu schaffen. Das Referenzmodell wurde am 20. Juni 2023 publiziert. Auf dieser Grundlage laufen nun die Arbeiten zur Umsetzung der Motion auf Verordnungsstufe. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für die zweite Jahreshälfte 2024 vorgesehen.

2021 M 21.3063 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)

2021 M 21.3064 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)

2021 M 21.3065 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)

- 2021 M 21.3066 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)
2021 M 21.3067 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)
2021 M 21.3068 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)

Die Umsetzung dieser Motionen erfolgt im Rahmen der Arbeiten zur Motion 21.3000 (Festlegung der Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen). Basierend auf einem von den Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kommunikation und der Swisscom erarbeiteten Referenzmodell sind die Arbeiten für eine Verordnungsänderung im Gange. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für die zweite Jahreshälfte 2024 vorgesehen.

Bundesamt für Umwelt

- 2018 M 16.3529 Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern (Beat Flach)
2018 M 18.3018 Korrekter Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfangsanie rung (Werner Salzmann)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.085: Botschaft vom 16. Dezember 2022 zur Änderung des Umweltschutzgesetzes.

- 2018 M 17.3636 Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Der Bundesrat hat am 20. Oktober 2021 eine technische Revision der Verordnung über die Rückgabe, Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG, SR 814.620) genehmigt. Diese sieht vor, den Geltungsbereich der VREG im Rahmen einer Departementsverordnung zu erweitern. Zur Umsetzung der Motion müssen die Ergebnisse der Pa. Iv. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden.

- 2018 P 18.4095 Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Die Grundlagenstudie der Forschungsanstalt liegt vor. Der Bericht des Bundesrates soll zusammen mit der Revision der Jagdverordnung, welche den Herdenschutz umfasst, voraussichtlich Ende 2024 verabschiedet werden.

- 2019 M 18.3712 Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Zur Umsetzung der Motion müssen die Ergebnisse der Pa. Iv. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» abgewartet werden.

- 2019 P 19.3949 Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 22.061: Botschaft vom 16. September 2022 zur Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2024.

- 2020 M 19.3207 Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)

- 2021 M 20.3010 Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Die beiden Motionen hatten einen engen Bezug zum indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative, weshalb der Bundesrat die Massnahmen u.a. damit abgleichen wollte. Nach dem Nichteintreten des Ständerates am 7. Dezember 2023 wird der Bundesrat die Umsetzung mit weiteren Vorhaben wie dem Postulat 23.3676 Z'graggen, der Agrarpolitik 2030+ und dem Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz abstimmen.

- 2020 M 19.4100 Wirksame Massnahmen gegen Littering (Jacques Bourgeois)

- 2020 M 19.4296 Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Peter Schilliger [Christian Wasserfallen])

- 2021 M 20.3695 Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren (Marcel Dobler)

Die drei Motionen werden im Rahmen der parlamentarische Initiative. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» umgesetzt.

- 2020 M 19.4615 Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Claudia Friedl)

Die Motion wird mit einer Revision der Freisetzungsverordnung (SR 814.911) umgesetzt. Die Vorlage war bis Ende März 2023 in der Vernehmlassung. Sie wird dem Bundesrat im ersten Quartal 2024 vorgelegt werden.

- 2020 P 20.3477 Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz (Thierry Burkart)

Der Postulatsbericht über die konkreten, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Zielsetzungen und der Massnahmen verzögert sich aufgrund notwendiger Zusatzabklärungen. Er wird dem Bundesrat im ersten Halbjahr 2024 vorgelegt werden.

- 2021 M 20.3625 Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Roberto Zanetti)
- 2021 M 20.4261 Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
- 2021 M 20.4262 Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Es sind weitere Grundlagenarbeiten notwendig. Die drei Motionen werden im Rahmen der nächsten Revision des Gewässerschutzgesetzes umgesetzt.

- 2021 P 20.4135 Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)

Verschiedene Massnahmen werden direkt in die laufende Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) im Rahmen der parlamentarische Initiative. UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» integriert.

- 2021 M 21.3293 Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag (Jakob Stark)

Aufgrund der Komplexität der Thematik und der Verfügbarkeit der Expertinnen und Experten mussten zusätzliche Abreitschritte durchgeführt und der ursprüngliche Zeitplan angepasst werden. Die technischen Berichte zu den drei Teilprojekten sind abgeschlossen. Im Moment wird der Synthesebericht erarbeitet. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich bis Mitte 2024 vorgelegt werden.

Bundesamt für Raumentwicklung

- 2019 P 19.3299 Smarte Industrie- und Gewerbezone. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezone (Claude Béglé)

Der vorausschauende und umsichtige Umgang der Kantone, Städte und Gemeinden mit ihren Industrie- und Gewerbezone (IGZ) ist ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Raumentwicklung und deshalb für das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) von grossem Interesse. Im Rahmen des Berichts in Erfüllung des Postulats soll zuerst der Handlungsbedarf in Bezug auf die Planung und Entwicklung der IGZ dargelegt werden, um anschliessend konkrete Lösungsansätze präsentieren zu können. Es soll insbesondere auch aufgezeigt werden, welchen Beitrag der Bund leisten kann. Nebst dem raumplanerischen und städtebaulichen Fokus sollen auch die Themen «Mobilität», «Energie» und «Klima» mitgedacht werden. Der Bericht steht kurz vor Abschluss und wird bis Ende 1. Quartal 2024 vorliegen.

- 2019 P 19.3665 Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)

Im Bericht zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete soll ein Monitoring zu den Agglomerationen und auch zu den ländlichen Räumen vorgesehen werden.. Zunächst sind nun die Ergebnisse des Monitorings, die 2027 vorliegen werden, abzuwarten und diese im Rahmen der Agglomerationspolitik entsprechend in Wert zu setzen. Wichtige Grundlagen dafür wurden aber bereits geschaffen. Mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten, Agglomerationen und Organisationen wurden 2023 drei sogenannte «AggloLabs» durchgeführt. Sie dienten dazu, die Herausforderungen und künftigen Themen, mit denen sich die Agglomerationen konfrontiert sehen, in einem partizipativen Prozess zu identifizieren. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind in den Bericht zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik eingeflossen. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich Mitte 2024 vorgelegt werden.

- 2021 M 19.3731 Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)

Der Bericht zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete soll neu einen Aktionsplan für die ländlichen Räume und Berggebiete enthalten. Darin sollen konkrete Massnahmen für die ländlichen Räume und das Berggebiet vorgesehen werden. Der Motionär verlangt u. a., dass in einem Aktionsplan aufgezeigt werden soll, welche Beiträge die Sektoralpolitiken des Bundes für die ländlichen Räume und Berggebiete leisten. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich Mitte 2024 vorgelegt werden.

- 2021 P 20.3938 Auswirkungen der Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat eingeladen aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone hätte und ob es weitere Angebote mit Therapietieren gibt, die nach heutiger Rechtsprechung in der Landwirtschaftszone nicht zonenkonform sind, dort aber sinnvoll angesiedelt werden könnten.

Im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetz (RPG 2) wurde mit dem sogenannten Gebietsansatz ein Planungsinstrument geschaffen, das es ermöglicht, kantonale und regionale Bedürfnisse beim Bauen ausserhalb der Bauzonen besser berücksichtigen zu können. Inwieweit dieses Instrument für tiergestützte Therapieformen im Sinne des Postulats genutzt werden kann, wird sich zeigen, wenn die konkrete Ausgestaltung des Ansatzes feststeht. Entsprechende Ausführungsarbeiten sind im Gang und müssen vorerst abgewartet werden.

Anhang 1: Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2023 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

Eidgenössisches Departement des Innern

2016 P 15.4141	Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (Sebastian Frehner)	20.062
2018 M 17.3860	Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (Isidor Baumann)	23.050

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2019 M 17.3067	Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen sie auch hier arbeiten können (Marcel Dobler)	20.067
----------------	---	--------

Eidgenössisches Finanzdepartement

2019 M 17.3171	Erhöhung der Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer zum Ausgleich der Explosion der Krankenkassenprämien (Jean-Pierre Grin)	22.053
2019 M 17.3657	Mehrwertsteuer. Beseitigung der Ungleichbehandlung von Sport- und Kulturvereinen (Pierre-André Page)	21.019
2019 M 18.3540	Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz (Beat Vonlanthen)	21.019
2021 M 18.4194	Mehrwertsteuer für ausländische Tour Operators (Hans Stöckli)	21.019
2021 M 18.4363	Mehrwertsteuer für ausländische Tour-Operators (Erich von Siebenthal)	21.019
2021 M 19.3958	Besteuerung von elektronischen Zigaretten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)	22.069

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

2012 M 10.3818	Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (Christophe Darbellay)	20.022
2014 P 14.3514	Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (Hansjörg Knecht)	20.022
2015 P 15.3862	Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren. Unnötige Kontrollpunkte streichen (Andreas Aebi)	20.022
2015 P 15.4056	Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (Beat Jans)	20.022
2018 P 17.3916	Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern (Beat Jans)	20.022
2018 M 17.4203	Bäuerliches Bodenrecht. Ergänzung der Artikel 61 und 66 BGG (Fabio Abate)	20.022
2018 M 18.3144	Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt! (Markus Hausammann)	20.022
2019 M 16.3360	Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen (FDP-Liberale Fraktion)	22.083
2019 M 16.3388	Entwurf für ein Bundesgesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen (Sandra Sollberger)	22.082
2019 M 16.3884	Rasche Unterstützung für Lehrbetriebe mit Kurzarbeit (Manfred Bühler)	23.026
2019 M 18.3241	Es soll gesetzlich verankert werden, dass die landwirtschaftliche Forschung auf die regionalen Gegebenheiten ausgerichtet sein muss (Géraldine Savary)	20.022
2019 P 19.3385	Wie wird das Klima-Sektorziel der Land- und Ernährungswirtschaft zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens konkret umgesetzt? (Maya Graf)	20.022

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

2012 M 12.3253	Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (Urs Gasche)	21.047
2014 M 11.4020	Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (Ruedi Lustenberger)	20.022
2015 M 14.3095	Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (Ivo Bischofberger)	20.022
2016 M 13.3324	Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (Andreas Aebi)	20.022
2017 M 16.3710	Sachgerechte Verwendung von Biomasse (Silva Semadeni)	20.022
2018 M 18.3000	Investitionsanreize für den langfristigen Erhalt der Schweizer Stromproduktionsanlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)	21.047
2019 M 19.3004	Langfristige Stromversorgungssicherheit. Sicherstellung und Klärung der Verantwortlichkeiten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)	21.047

2020 M 19.3742	Finanzielle Überbrückung für den Abbau der Wartelisten bei erneuerbaren Energien (Damian Müller)	21.047
2020 M 19.3755	Volkswirtschaftlich effiziente Integration erneuerbarer Energien in die Stromnetze (Bernhard Guhl)	21.047
2021 P 19.3643	Steigerung der Attraktivität und Entwicklung von Nachtzug-Angeboten (Thomas Ammann [Stefan Müller-Altermatt])	22.061
2022 M 21.4580	Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Informationsaustausch. Der Schweizer Polizei Zugriff auf das europäische Strassentransportregister ermöglichen (Bruno Storni)	23.021

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2023 noch hängigen Motionen und Postulate

Schweizerische Bundeskanzlei

2019 M 18.4238	Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern (Franz Grüter)
2019 M 18.4276	Erleichterter Informationsaustausch durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung (Beat Vonlanthen)
2021 P 19.3435	Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3419	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)
2021 P 20.4348	Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation von Auslandschweizern und Auslandschweizerinnen (Andri Silberschmidt)
2021 P 20.4522	Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen (Damien Cottier)
2021 P 21.3205	Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie (FDP-Liberale Fraktion)
2021 P 21.3296	Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können (Marina Carobbio Guscetti)
2021 P 21.3449	Strategisches Krisenmanagement (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 P 21.3607	Elektronisches Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 21.4168	Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Christian Dandrès)
2022 M 21.4377	Die Schweiz voranbringen. Digitale Leuchtturmprojekte mit öffentlichem Interesse anschieben (Benedikt Würth)
2022 P 22.3190	Dark Patterns. Das Unbekannte dokumentieren (Sophie Michaud Gigon)
2022 P 22.3343	Endlich die institutionelle Krisenresistenz des Bundesrates sicherstellen (Grünliberale Fraktion)
2022 M 22.3371	Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission NR)
2022 M 22.3506	Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 22.3507	Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission SR)
2022 P 22.3508	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 P 22.3509	Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission SR)
2022 M 22.3879	Geschlechterperspektive bei der Digitalisierung berücksichtigen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2023 M 22.3933	Neuausrichtung des Rechtsmittelwegs bei eidgenössischen Abstimmungsbeschwerden (Hans Stöckli)
2023 P 23.3042	Positiv geprägte Vision einer 10-Millionen-Schweiz (Judith Bellaiche)
2023 P 23.3958	Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern (Sicherheitspolitische Kommission NR)

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005	Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission SR)
2012 M 11.4038	Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission NR)
2013 P 11.3916	Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)
2014 P 13.3151	Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (Thomas Aeschi)
2014 P 14.3557	Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Peter Schilliger)
2014 P 14.3577	Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)
2015 M 14.3120	Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)
2015 M 14.3824	Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)
2015 P 14.4080	Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU (Grüne Fraktion)
2016 M 16.3155	Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)
2017 M 16.3600	Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Manuel Tornare)
2018 M 17.3098	Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2018 P 17.4147	Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (Martin Naef)
2018 M 17.4241	Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)
2018 M 18.4093	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission NR)
2018 M 18.4103	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Staatspolitische Kommission SR)
2018 M 18.4106	Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten (Aussenpolitische Kommission SR)
2020 P 18.3059	Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)
2020 M 19.3991	Kein ausuferndes "Söldnergesetz". Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Hans Wicki)
2020 M 19.4376	Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 M 19.3170	Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])
2021 P 21.3618	Analyse der europapolitischen Optionen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens (Sozialdemokratische Fraktion)
2021 P 21.3654	Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte (Damien Cottier)
2021 P 21.3667	Europapolitische Alternativen. Es braucht eine ehrliche Auslegeordnung (Grüne Fraktion)
2021 P 21.3960	Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2021 P 21.3967	Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan (Aussenpolitische Kommission NR)
2022 M 21.3172	Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Daniel Jositsch)
2022 M 21.3181	Schweizer Ort der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus (Alfred Heer)
2022 M 21.3592	Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland) (Aussenpolitische Kommission SR)
2022 P 21.3791	Covid-19. Auswirkungen auf die Vitalität des Netzwerks der internationalen Organisationen in der Schweiz und auf die Schweizer Gaststaatspolitik? (Nicolas Walder)
2022 M 21.4184	Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erarbeiten (Thomas Minder)
2022 P 21.4450	Die Leistungen der Schweiz für die EU analysieren und quantifizieren (Heidi Z'graggen)
2022 P 22.3172	Die Wichtigkeit des bilateralen Wegs für die Grenzkantone einschätzen (Vincent Maitre)
2022 P 22.3800	Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Josef Dittli)
2023 P 22.3276	Neue Eurasien-Strategie für die Schweiz (Stefan Müller-Altermatt)
2023 P 22.3585	Die Attraktivität und Effizienz des internationalen Genf für Aktivitäten und Organisationen im Zusammenhang mit Friedensprozessen stärken (Nicolas Walder)
2023 P 23.3970	Bericht des Bundesrates zu den Brics-Staaten (Aussenpolitische Kommission NR)

Direktion für Völkerrecht

- 2010 M 09.3719 Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)
- 2019 P 19.3414 Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Aussenpolitische Kommission SR)
- 2023 M 22.4260 Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission NR)
- 2023 M 22.4264 Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik. Einheitliche und systematische Verwaltungsverfahren (Aussenpolitische Kommission SR)
- 2023 P 22.4411 Strategie Digitale Souveränität der Schweiz (Heidi Z'graggen)

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

- 2020 P 20.3469 Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen (Aussenpolitische Kommission NR)
- 2021 P 20.4389 Bundesbeteiligung und gesetzliche Grundlagen bei schweizerischen NGO (Elisabeth Schneider-Schneiter)
- 2022 P 21.3122 Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Claudia Friedl)
- 2023 M 22.3144 Gesundheit als neuer Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit (Elisabeth Schneider-Schneiter)
- 2023 M 22.3534 Internationale Zusammenarbeit. Stärkung des Privatsektors in den Schwerpunktländern der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz (Carlo Sommaruga)

Direktion für Ressourcen

- 2022 P 22.3751 Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Corina Gredig)

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 16.4169	Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (Pascale Bruderer Wyss)
2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 20.3456	Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 P 20.3886	Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz (Franziska Roth)
2022 P 20.3820	Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes" (Angelo Barrile)
2022 M 21.4346	Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 22.3233	Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Marina Carobbio Guscelli)
2022 M 22.3373	Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2023 P 21.4137	Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie (Marianne Binder-Keller)
2023 M 22.4423	Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln und Packungsbeilagen soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen (Marcel Dobler)

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.3588	Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter (Eva Herzog)
2021 M 20.4451	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)
2021 M 20.4452	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2021 M 20.4463	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)
2022 M 21.4418	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Marianne Maret)
2022 M 21.4470	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2022 M 21.4471	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2022 M 22.3011	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2023 P 21.4215	Für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt (Laurence Fehlmann Rielle)
2023 P 23.3016	Von Gewalt betroffene Minderjährige und junge Erwachsene. Welche Lösungen gibt es in den einzelnen Regionen? (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Bundesamt für Kultur

2021 M 20.3930	Konzept zur Pflege des Kulturerbes der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 P 21.3281	Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz? (Marianne Maret)
2022 M 19.3627	Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Frauenmuseum sichtbar werden (Marianne Streiff-Feller)
2022 M 21.4403	Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter (Jon Pult)
2022 M 22.3023	Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Bundesamt für Gesundheit

2007 M 06.3009	Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2009 M 05.3522	Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (Bea Heim)
2009 M 05.3523	Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (Ruth Humbel)
2009 M 09.3089	Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (Verena Diener Lenz)
2011 M 09.3535	Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (Sozialdemokratische Fraktion)
2011 M 09.3546	Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (Christoffel Brändli)
2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)
2012 P 12.3100	Patientenrechte stärken (Margrit Kessler)

2012 P 12.3124	Patientenrechte stärken (Yvonne Gilli)
2012 P 12.3207	Stärkung der Patientenrechte (Jean-François Steiert)
2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Christophe Darbellay)
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)
2014 P 14.3295	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3296	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3297	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (Geschäftsprüfungskommission SR)
2015 P 15.3797	Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)
2018 M 17.3311	Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (Heinz Brand)
2018 M 17.3969	Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2018 P 17.4160	Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)
2018 P 17.4182	Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)
2018 P 18.3602	Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)
2019 M 18.3387	Sinnvolle Patientensteuerungsprogramme im KVG ermöglichen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 M 18.3388	Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 M 18.3512	Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)
2019 M 18.3513	KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren (Michaël Buffat)
2019 M 18.3649	Stärkung von integrierten Versorgungsmodellen. Abgrenzung zu einseitigen Listenangeboten ohne koordinierte Behandlung (Ruth Humbel)
2019 M 18.3664	Digitalisierung auch im Gesundheitswesen. Sämtliche Rechnungen sollen elektronisch zu den Krankenversicherern (Jürg Grossen)
2019 M 18.4079	Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (Erich Ettlín)
2019 P 18.4098	Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 P 18.4102	Kohärente Datenstrategie für das Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2019 P 19.3086	Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3423	Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 M 18.3765	Zeitgemässer elektronischer Datenaustausch zwischen Gemeinden und Krankenversicherern (Heinz Brand)
2020 M 18.3977	Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz (Ruth Humbel)
2020 M 18.4209	Wohnsitzfrage, Krankenkassenprämie und stationäre Anteile der Kantone. Weniger Bürokratie, weniger Fehler (Lorenz Hess)
2020 M 19.3070	Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft (Irène Kälin)
2020 M 19.3307	Vollständige Übernahme der Kosten der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Jean-Luc Addor)
2020 M 19.3703	Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)
2020 M 19.3743	Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)
2020 P 19.3910	Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten (Laurence Fehlmann Rielle)
2020 M 19.3957	Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

2020 M 19.4119	Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)
2020 M 19.4120	Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)
2020 P 19.4278	Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)
2020 P 20.3135	Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 M 20.3166	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 20.3241	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3453	Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2020 P 20.3721	Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise (Barbara Gysi)
2020 P 20.3724	Covid-19. Situation für ältere Menschen (Laurent Wehrli)
2020 P 20.4153	Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)
2020 P 20.4253	Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien (Maya Graf)
2021 M 18.4210	Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)
2021 P 19.3318	Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)
2021 M 19.3861	One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)
2021 M 19.3955	Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 19.4174	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)
2021 M 19.4180	Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Filippo Lombardi [Beat Rieder])
2021 M 19.4290	Medizinische Leistungen für alle Kinder! (Angelo Barrile)
2021 M 19.4492	Laborkosten zulasten der OKP (Christian Lohr)
2021 M 20.3243	Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 20.3263	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3282	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlin)
2021 M 20.3914	Zulassungssteuerung bei psychologischen Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3923	Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 M 20.3936	Medikamentenpreise. Für eine Kostendämpfung dank Beseitigung negativer Anreize unter Aufrechterhaltung von Qualität und Versorgungssicherheit (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3937	Evaluation einer leistungsorientierten Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.4264	Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 20.4343	Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3014	Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 21.3195	Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)
2021 P 21.3220	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)
2021 P 21.3230	Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung (Heidi Z'graggen)
2021 P 21.3232	Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)
2021 P 21.3234	Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer? (Baptiste Hurmi)
2021 P 21.3280	Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten (Thomas Minder)
2021 M 21.3453	Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

2021 P 21.3457	Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3788	Massnahmen gegen die Gefährdung der Gesundheit von Kindern durch Knopfzellen (Christoph Eymann)
2022 M 19.3005	Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 19.3221	Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Bea Heim [Angelo Barrile])
2022 M 19.4134	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Verena Herzog)
2022 M 20.3209	Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Damian Müller)
2022 M 20.3211	Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Damian Müller)
2022 P 20.3700	Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Judith Bellaiche)
2022 M 20.4702	Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Marcel Dobler)
2022 M 21.3698	Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Eva Herzog)
2022 M 21.3957	Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Erich Ettlín)
2022 M 21.3978	Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2022 M 21.4341	Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 21.4344	Bilanz des Projektes "Leute für Lonza" (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 21.4373	Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Andri Silberschmidt)
2022 M 21.4374	Einführung einer digitalen Patientenadministration (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.4474	Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (Erich von Siebenthal)
2022 M 22.3015	Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3196	Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Philippe Nantermod)
2022 M 22.3379	Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3505	Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.3867	Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 22.4022	Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen. Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie! (FDP-Liberale Fraktion)
2023 M 20.3770	Einführung eines E-Rezepts (Regine Sauter)
2023 M 21.3294	Erstellen und Bewirtschaften von Medikationsplänen zur Erhöhung der Medikationsqualität und Patientensicherheit von polymorbiden Patientinnen und Patienten (Hans Stöckli)
2023 P 21.4115	Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie aufzeigen und Sparpotenzial nutzen (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2023 P 21.4226	Die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum und in den Berggebieten sicherstellen (Christine Bulliard-Marbach)
2023 M 22.3163	Stärkung der digitalen Kompetenzen von Gesundheitsfachpersonen (Andri Silberschmidt)
2023 M 22.3372	Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2023 P 22.3671	Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung (Flavia Wasserfallen)
2023 M 22.3859	Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten (Erich Ettlín)
2023 M 22.3869	Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 P 22.4016	Gerechte Krankenkassenprämien (Michel Matter)
2023 P 22.4047	Drug Checking in der Schweiz. Mit welchen Massnahmen kann das bestehende Angebot unterstützt und verbessert werden? (Fabian Molina)
2023 P 22.4271	Institutionalisierung des Abwassermonitorings und der Sequenzierung der Krankheitserreger für eine sichere Schweiz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

2023 P 23.3009	Strategie für die frühzeitige Erkennung von Endometriose (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2023 P 23.3292	Wie wirken sich Temporärpflegefachkräfte auf Spitäler und Arbeitsplätze aus? (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3496	Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2023 P 23.3505	Beitritt zur Beneluxa-Initiative (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 P 23.3674	Schnellere Einführung des elektronischen Patientendossiers (Erich Ettlín)
2023 P 23.3675	Unabhängige Aufarbeitung der Corona-Krise nach Public Health. Grundsätzen (Ruedi Noser)
2023 P 23.3678	Wie kann dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten sowie Ärztinnen und Ärzten in bestimmten Fachgebieten sofort begegnet werden, insbesondere in bestimmten Regionen der Schweiz? (Charles Juillard)
2023 P 23.3864	Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vermeiden wir einen Mangel an Lösungen! (Baptiste Humi)
2023 P 23.3965	Stärkung von Aufsicht und Kontrolle über biologische Hochsicherheitslabore (Geschäftsprüfungskommission NR)
2023 P 23.4004	Qualitätsentwicklung. Ein Zeitplan zur Steigerung der Transparenz im Gesundheitswesen (Fraktion RL)
2023 P 23.4319	Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie Digisanté und/oder bei der Revision des EPDG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 20.4260	Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission NR)
2022 M 20.3772	Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Christine Bulliard-Marbach)
2023 P 22.4500	Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden (Marcel Dobler)

Bundesamt für Sozialversicherungen

2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2019 M 18.3716	Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2019 P 19.3417	Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2019 P 19.3950	Nachhaltigkeit fördern dank zeitgemässen Anlagerichtlinien (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 P 19.4111	Kinder und Jugendliche vor der Handykamera nicht alleine lassen. Täter stoppen, die Kinder dazu anleiten oder erpressen, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen (Rosmarie Quadranti [Heinz Siegenthaler])
2019 P 19.4380	Menschen mit Behinderung. Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2020 P 19.3119	Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Yvonne Feri)
2020 M 19.3633	Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)
2020 M 19.3702	Einkauf in die Säule 3a ermöglichen (Erich Ettlín)
2020 M 19.3953	Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2020 M 19.4270	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbständigerwerbenden (Liliane Maury Pasquier [Elisabeth Baume-Schneider])
2020 P 19.4559	Koordination der Instrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung (Peter Hegglin)
2020 P 20.3002	Sprachliche Modernisierung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 M 19.4404	Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche (Damian Müller)
2021 P 19.4407	Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem lange dauernden Gesundheitsschaden durch die Invalidenversicherung? (Yvonne Feri)
2021 M 20.3096	Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 20.3687	Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen (Yvonne Feri)
2021 M 20.3691	Automatische Ausstellung eines Ausweises für den Bezug einer Hilflosenentschädigung (Christian Lohr)

2021 M 20.4425	Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)
2021 P 20.4449	Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern beheben (Yvonne Feri)
2021 M 20.4552	Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)
2021 P 21.3454	Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 M 21.3462	Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 21.3604	Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2021 P 21.3741	Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)
2021 P 21.3877	Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)
2021 P 21.3961	Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2021 P 21.3968	Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 19.4110	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Min Li Marti)
2022 M 20.4078	Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Andri Silberschmidt)
2022 P 20.4141	Für eine bessere soziale Absicherung der Selbstständigerwerbenden (Benjamin Roduit)
2022 M 21.3452	Auszahlungsmodell für Dienstleistungen von Dritten im Bereich der Invalidenversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 21.4036	Orthopädische Schuhe für Personen mit Diabetes. Stopp der schmerzlichen Verschlechterung der Leistungen beim Übergang von der IV zur AHV! (Baptiste Hurni)
2022 M 21.4340	Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 P 21.4430	Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)
2022 P 21.4586	Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Barbara Gysi)
2022 P 22.3220	BVV 3. Mehr Flexibilität bei der Erbfolgeplanung (Philippe Nantermod)
2022 P 22.3237	Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern (Johanna Gapany)
2022 P 22.3370	Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2022 M 22.3377	Invaliditätskonforme Tabellenlöhne bei der Berechnung des IV-Grads (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2022 M 22.3792	Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 P 22.4262	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 M 21.4142	Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan (Josef Dittli)
2023 M 22.3389	Auch Nebenerwerbseinkommen ins BVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2023 M 22.3608	Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen (Damian Müller)
2023 M 22.3888	Keine Kürzung der Hilflosenentschädigung für Kinder, deren Eltern die Kosten des Heimaufenthalts selber tragen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 M 22.4019	EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft (Eva Herzog)
2023 M 22.4256	Entschuldung der Invalidenversicherung. Rückzahlung des Darlehens an die AHV (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2023 M 22.4261	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine "smarte" Auswahl an Hilfsmitteln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 P 22.4430	Lebensarbeitszeit in der AHV (Ruth Humbel)
2023 P 22.4450	AHV. Prüfung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat (Eva Herzog)
2023 P 22.4476	AHV-Renten für Ehepaare. Gleichberechtigung anstreben (Jean-Pierre Grin)
2023 P 23.3004	Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospiele (Mikrotransaktionen) (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2023 P 23.3011	BVG. Splitting der erworbenen Altersguthaben für Eltern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2023 P 23.3167	Koordinationsprobleme zwischen der IV und der AHV bei Hilfsmitteln. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlungen zu beseitigen! (Baptiste Hurni)
2023 P 23.3205	Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität? (Stefan Engler)

2023 P 23.3207	Artikel 64 AHVG. Zwingende Einhaltung der zugeteilten Rollen durch die kantonalen Ausgleichskassen (Thierry Burkart)
2023 P 23.3831	Stellung der Alleinlebenden in der Schweiz (Andrea Caroni)
2023 P 23.4168	Situation der Mehrfachbeschäftigten in der zweiten Säule verbessern (Rechsteiner Thomas)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2019 M 18.4411	Private Kontrollbeauftragte. Verstärkt gegen Betrugsfälle im Bereich der geschützten Bezeichnungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgehen (Géraldine Savary)
2019 P 19.3483	Verfalls- statt Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln (Nadine Masshardt)
2020 M 18.3828	Gesundheitsrisiken wegen Selenmangel. Massnahmen (Jacques Bourgeois)
2020 M 19.3112	Food Waste. Stopp der Lebensmittelverschwendung (Martina Munz)
2021 M 19.3624	Konsum von lokal angebautem Obst und Gemüse fördern (Benjamin Roduit)
2021 M 20.3910	Deklaration des Produktionslandes von Brot und Backwaren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 M 20.4267	Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2021 M 20.4349	Ressourcenverschleiss bei Verpackungen verkleinern. Verkauf von tiefgekühlten Lebensmitteln ohne Vorverpackung erlauben (Andri Silberschmidt)
2021 P 21.3005	Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 M 19.4083	Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Jacques Nicolet)
2022 P 20.4087	Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Christophe Clivaz)
2022 M 21.3403	Kein Schwanzcoupieren ohne Betäubung (Meret Schneider)
2022 M 21.3691	Stopp dem Lebensmittelbetrug (Martina Munz)
2022 M 21.3903	Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Mike Egger)
2022 M 21.3936	Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Sophie Michaud Gigon)
2022 M 21.4073	Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Manuel Strupler)
2022 M 21.4125	Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Martina Munz)
2022 M 21.4622	Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Martina Munz)
2023 M 20.3021	Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber (Martin Haab)
2023 M 20.3835	Keine gesundheitsschädigenden Rückstände von verbotenen Pflanzenschutzmitteln in importierten Lebensmitteln (Christine Badertscher)
2023 P 22.4275	Eine CO2-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

- 2019 M 19.3228 Für ein zeitgemässes Schweizer Patent (Thomas Hefti)
 2021 P 19.4031 Für ein verhältnismässiges Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Albert Vitali)
 2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission SR)
 2022 M 22.3014 Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Bundesamt für Justiz

- 2002 M 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (Hildegard Fässler-Osterwalder)
 2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung von Baumängeln (Hildegard Fässler-Osterwalder)
 2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Prisca Birrer-Heimo)
 2014 P 14.3782 Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)
 2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)
 2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)
 2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (Natalie Rickli)
 2016 M 14.3022 Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (Natalie Rickli)
 2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (Kommission für Rechtsfragen NR)
 2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (Andrea Caroni)
 2016 P 16.3263 Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und -juristen (Kommission für Rechtsfragen SR)
 2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen SR)
 2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)
 2017 P 15.3098 Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (FDP-Liberale Fraktion)
 2017 M 15.3531 Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Olivier Feller)
 2017 M 16.3752 Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (FDP-Liberale Fraktion)
 2017 P 17.3269 Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (Staatspolitische Kommission NR)
 2018 M 17.3572 Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (Bernhard Guhl)
 2018 M 17.4079 Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (Thierry Burkart)
 2018 P 18.3080 Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs? (Philippe Nantermod)
 2018 P 18.3248 Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (Géraldine Marchand-Balet)
 2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen SR)
 2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)
 2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregisterauszügen stoppen (Martin Candinas)
 2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)
 2019 M 18.3383 Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (Kommission für Rechtsfragen SR)
 2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)
 2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)
 2019 M 18.3683 Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)
 2019 P 18.4063 Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)
 2019 P 18.4092 Auswirkungen von "Loyalitätsaktien" (Kommission für Rechtsfragen SR)
 2019 P 18.4263 Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums prüfen (Diana Gutjahr)
 2019 P 19.3067 Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)
 2019 M 19.3410 55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)

2019 P 19.3478	Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)
2019 P 19.3503	Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altermatt)
2019 P 19.3880	Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)
2020 M 19.3008	Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission NR)
2020 P 19.3570	Überprüfung von Struktur, Organisation, Zuständigkeit und Überwachung der Bundesanwaltschaft (Daniel Jositsch)
2020 M 19.3694	Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)
2020 P 19.3759	Konsumkreditgesetz. Digital taugliche Formerfordernisse (Marcel Dobler)
2020 M 19.4122	Stimmrechtsberater und börsennotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)
2020 P 19.4638	Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)
2020 P 20.3009	Überprüfung der Regeln zur Gesamtstrafenbildung (Kommission für Rechtsfragen SR)
2020 P 20.3440	Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung (Pirmin Schwander)
2020 P 20.3797	Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)
2021 M 19.4072	Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)
2021 P 19.4567	Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)
2021 M 19.4586	Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)
2021 M 20.3066	Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)
2021 M 20.3388	Ordnungsbussen. Die Personen schützen, die Ordnungsbussen verhängen (Jean-Luc Addor)
2021 M 20.4035	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)
2021 M 20.4266	Modernere grenzüberschreitende Zivilprozesse (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 20.4399	Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Andrea Caroni)
2021 P 20.4448	Evaluation des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen (Yvonne Feri)
2021 M 20.4465	Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Andrea Caroni)
2021 M 21.3009	Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission NR)
2021 M 21.3024	Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 P 21.3451	Imame in der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 M 21.3970	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen SR)
2021 M 21.3972	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2021 P 21.4141	Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhuts- und Besuchsrechtsregelung (Andri Silberschmidt)
2022 M 19.4632	Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern (Christine Bulliard-Marbach)
2022 P 20.3046	Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte ist nicht mehr zeitgemäss (Marionna Schlatter)
2022 P 20.3879	Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Kathrin Bertschy)
2022 M 21.3124	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Gerhard Andrey)
2022 M 21.3125	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Franz Grüter)
2022 M 21.3126	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Min Li Marti)
2022 M 21.3127	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Jörg Mäder)
2022 M 21.3128	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (Simon Stadler)
2022 M 21.3129	Vertrauenswürdige staatliche E-ID (FDP-Liberale Fraktion)
2022 M 21.3180	Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.3783	Zeitgemässes und zukunftsfähiges Genossenschaftsrecht (Lars Guggisberg)
2022 M 21.3981	Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 M 21.4183	Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Thomas Minder)

2022 M 21.4191	Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Eva Herzog)
2022 M 21.4336	Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen SR)
2022 P 21.4343	Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen SR)
2022 P 21.4422	Prüfung einer Modernisierung der GmbH (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.4482	Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Sibel Arslan)
2022 P 22.3002	Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 P 22.3010	Referenden zu dringlich erklärten Bundesgesetzen und Verhältnis zum Erneuerungsverbot gemäss Artikel 165 Absatz 4 der Bundesverfassung. Klärungsbedarf (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3201	Digitale Gewalt eindämmen (Judith Bellaiche)
2022 M 22.3250	Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Nicolò Paganini)
2022 P 22.3380	Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 M 22.3381	Harmonisierung der Fristenberechnung (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 M 22.3382	Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen NR)
2022 P 22.3857	Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Mathias Zopfi)
2022 M 22.4249	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission NR)
2022 M 22.4250	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission SR)
2023 P 21.4660	Welche Regulierung braucht es für Produkte, die den Schutz der Privatsphäre stark beeinträchtigen? (Samuel Bendahan)
2023 M 22.3234	Krisenzentren für Opfer von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt (Marina Carobbio Guscelli)
2023 M 22.3235	Zeitgemässes Abstammungsrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.3333	Krisenzentren gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2023 M 22.3334	Krisenzentren gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2023 M 22.3362	Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht (Carlo Sommaruga)
2023 M 22.3890	Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2023 M 22.4254	Revision des Mobiliarsicherungsrechts (Eigentumsvorbehalt) (Kommission für Rechtsfragen SR)
2023 P 22.4407	Ein zeitgemässer Handlungsrahmen für die ausserfamiliäre Begleitung von Kindern tut not (Benjamin Roduit)
2023 P 22.4412	Für ein zeitgemässes Sprengstoffstrafrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.4413	Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Martin Schmid)
2023 P 22.4565	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Patricia von Falkenstein)
2023 P 22.4566	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Tamara Funicello)
2023 P 23.3047	Kesb-Zuständigkeiten bei Unterhalts- und Elternverträgen (Yvonne Feri)
2023 P 23.3438	Anwendung von Notrecht (Kommission für Rechtsfragen NR)
2023 P 23.3501	Verbesserung der Situation von nichtbinären Personen (Kommission für Rechtsfragen NR)
2023 M 23.4312	Die Terrororganisation Hamas verbieten (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2023 P 23.4313	Sanktionen gegen die Hamas prüfen (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2023 M 23.4316	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen SR)
2023 P 23.4317	Prüfung einer Kronzeugenregelung (Kommission für Rechtsfragen SR)
2023 P 23.4322	Handhabung der weiteren Verwendung illegal erworbener Daten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2023 P 23.4328	Analyse des Unterhaltsbeitrags (Kommission für Rechtsfragen NR)
2023 M 23.4329	Die Terrororganisation Hamas verbieten (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2023 M 23.4345	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen NR)

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])
2018 M 17.3862	Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)
2019 M 18.3592	Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther)

2020 P 20.3809	Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg)
2021 P 19.4016	Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei? (Yvonne Feri)
2021 P 19.4105	Die Täter vor dem Live-Streaming eines Kindsmisbrauchs stoppen, und der Kinderprostitution im Internet wirksame Grenzen setzen (Fabio Regazzi)
2021 P 21.4219	Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano)
2022 P 21.4598	Auslegeordnung Terrorismus- und Extremismusbekämpfung (Min Li Marti)
2022 P 22.3017	Stärkung der Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Kryptowährungen (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3145	Wie fit sind die Kantone in der Cyber-Strafverfolgung? (Andri Silberschmidt)
2022 M 22.3369	Verbesserter Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel (Kommission für Rechtsfragen SR)

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2014 M 11.3832	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2017 M 16.4151	Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2019 M 18.3758	Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)
2021 P 20.4333	Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission NR)
2021 P 20.4344	Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission NR)
2021 M 20.4477	Jetzt mit Algerien Rückführungen auf dem Seeweg verhandeln! (Damian Müller)
2021 M 21.3964	Lücken in der Integrationsagenda Schweiz füllen. Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2022 P 20.4421	Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Samira Marti)
2022 M 21.4076	Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Piero Marchesi)
2022 M 22.3392	Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen (Staatspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3397	Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission SR)
2023 M 22.4186	Ein Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich zur erleichterten Rückübernahme im Migrationsbereich (Marco Romano)
2023 M 23.3031	Intervention in Brüssel, damit Italien endlich das Dublin-Abkommen einhält (Damian Müller)
2023 M 23.3032	Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex (Damian Müller)
2023 P 23.3084	Fehlende Schwankungstauglichkeit im Asylwesen. Lösungsvorschläge präsentieren (Thomas Minder)
2023 P 23.3203	Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen (Samira Marti)
2023 P 23.3837	Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren (Damian Müller)
2023 P 23.3859	Chancen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für die Schweizer Asylpolitik (Gerhard Pfister)
2023 P 23.4171	Aktualisierter Bericht zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz (Gössi [de Quattro])

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)
2021 M 19.4059	Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altrematt])
2021 P 21.4176	Cyberrisiken im All (Judith Bellaiche)
2022 P 21.3636	Sanierung der durch die Armee belasteten Standorte. Wie sieht der Zeitplan aus? (Baptiste Hurni)
2022 P 21.3815	Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Stefanie Heimgartner)
2022 P 21.4220	Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Priska Seiler Graf)
2022 M 21.4382	Eine Armee, die ihre Auswirkungen auf die Biodiversität senkt (Céline Vara)
2022 P 22.3006	Auslegeordnung zur Bedrohung der Schweiz durch Desinformationskampagnen (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3308	Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Corina Gredig)
2022 M 22.3367	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 P 22.3368	VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2022 M 22.3374	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2022 P 22.4081	Übergeordnete Cyber-Teststrategie im VBS (Marcel Dobler)
2023 M 22.3726	Strategie der Schweiz zu Sicherheit und Verteidigung (Thomas Rechsteiner)
2023 P 23.3131	Nato-Kooperation im Verteidigungsbereich verstärken, ohne dem Bündnis beizutreten! (Josef Dittli)
2023 P 23.3740	Evakuations Szenarien müssen im massiv grösseren Massstab gedacht und geplant werden (Maja Riniker)

Nachrichtendienst des Bundes

2023 P 23.3136	Gewalttätiger Extremismus in der Schweiz (Fabian Molina)
2023 M 23.3969	Russische und andere ausländische Spione konsequent ausweisen (Aussenpolitische Kommission NR)

Gruppe Verteidigung

2018 M 17.3510	Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern (Jean-René Fournier)
2018 M 18.3179	Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)
2021 P 19.3779	Fotovoltaik. Offensive der Armee (Beat Jans [Gabriela Suter])
2021 P 19.4244	Weniger Bürokratie für die Milizkader unserer Armee! (Jean-Luc Addor)
2021 M 19.4599	Ein zeitgemässer Sold für unsere Soldaten! (David Zuberbühler)
2021 P 21.3013	Die Sicherheit der Schweiz angesichts der Drohentechnologie (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2021 P 21.3448	Zukunft der Armeepothek (Beat Rieder)
2023 P 22.3410	Wie hoch sind die Gesamtkosten der Armee? (François Pointet)
2023 P 23.3000	Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2023 P 23.3209	Beschaffung von Drohnen für den militärischen Einsatz. Besteht Handlungsbedarf? (Josef Dittli)
2023 P 23.4314	Allgemeine Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung der Kantone in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission SR)

Bundesamt für Rüstung

2021 P 21.3245	Korruptionsrisiken bei der Beschaffung von Rüstungsgütern minimieren (Priska Seiler Graf)
2021 P 21.3246	Risiken bei der Beschaffung hochspezialisierter Produkte minimieren (Priska Seiler Graf)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 P 22.3007	Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren (Sicherheitspolitische Kommission NR)
2023 M 21.4152	Cell Broadcast. Gezielte Warnung bei Naturkatastrophen (Maja Riniker)
2023 M 22.3904	Für einen Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Michel Matter)
2023 M 23.3001	Zeitgemässe Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen (Sicherheitspolitische Kommission SR)

Bundesamt für Sport

- 2020 M 20.4331 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
- 2020 M 20.4341 Misshandlungen im Schweizer Sport. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlauf- oder Meldestelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
- 2021 P 21.3022 Mitsprache bei Olympischen Spielen und anderen Mega-Events (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
- 2021 P 21.3078 Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im BASPO (Aline Trede)
- 2021 P 21.3971 Zukunftsorientierte Breitensportförderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
- 2022 P 21.4509 Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden? (Marcel Dobler)
- 2022 P 21.4521 Für eine ausgewogene finanzielle Unterstützung, die die Teilnahme an Sportgrossanlässen ermöglicht (Elisabeth Baume-Schneider)

Bundesamt für Cybersicherheit

- 2022 P 21.4512 Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe (Edith Graf-Litscher)
- 2023 P 22.3457 Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug (Stefan Müller-Altarmatt)
- 2023 M 23.3002 Mehr Sicherheit bei den wichtigsten digitalen Daten der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission SR)
- 2023 P 23.3861 Chancen und Risiken von KI-Systemen in der Cybersicherheit (Gerhard Andrey)

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2014 P 12.4050	Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (Marco Romano)
2014 P 12.4265	Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (Ignazio Cassis)
2016 P 15.4112	Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (Olivier Feller)
2020 P 20.3921	Bericht über die Einhaltung der Weisungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Staatspolitische Kommission NR)
2021 P 20.4594	Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen (Judith Bellaiche)
2023 P 23.3050	Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung? (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2023 P 23.3439	Prüfung einer möglichen Klage gegen die Führungsorgane der Credit Suisse (Kommission für Rechtsfragen NR)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2007 M 06.3540	Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Filippo Lombardi)
2012 M 11.3511	Obligatorische Erdbebenversicherung (Jean-René Fournier)
2021 M 19.3066	Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)
2021 M 20.4329	Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2022 P 21.3893	Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen (Gerhard Andrey)
2022 P 22.3394	Transparenz von Finanzflüssen (Aussenpolitische Kommission NR)
2023 M 19.4313	Nachhaltige Finanzflüsse aufzeigen (Leo Müller)
2023 P 21.4628	Wirksame Sanktionen der Finma gegen fehlbare Finanzinstitute (Prisca Birrer-Heimo)
2023 P 23.3440	Faktische Anwendbarkeit der Too-big-to-fail-Regulierung auf internationale Grossbanken (Kommission für Rechtsfragen NR)
2023 P 23.3441	Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Ständerates zu prüfende Fragen (Finanzkommission SR)
2023 P 23.3442	Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Nationalrates zu prüfende Fragen (Finanzkommission NR)
2023 P 23.3443	Zukunft des Finanzplatzes Schweiz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2023 P 23.3445	Überprüfung des Instrumentariums der SNB (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2023 P 23.3446	Die Too-big-to-fail-Regulierung auf die Situation eines Bankruns und weitere Sachverhalte überprüfen und anpassen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2023 P 23.3447	Analyse der allfällig massgebenden Faktoren des Credit-Suisse-Versagens (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 M 17.3259	Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission NR)
2021 P 20.4257	Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz (Benedikt Würth)
2021 M 20.4328	Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2022 P 21.4337	Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben (Finanzkommission NR)
2022 M 22.3008	Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten (Finanzkommission SR)
2023 M 22.4273	Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen (Finanzkommission SR)
2023 P 22.4452	Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 P 23.3605	Einfacherer Haushaltsausgleich durch Flexibilisierung gebundener Ausgaben (Erich Ettlin)
2023 P 23.3971	Für eine bessere Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (Finanzkommission NR)

Eidgenössisches Personalamt

2020 M 19.4382	Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission SR)
2021 P 20.4342	Missbräuchliches Verhalten in Einheiten des Bundes. Schaffung einer unabhängigen nationalen Anlaufstelle (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 21.4162	Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen in der Bundesverwaltung (Min Li Marti)
2023 M 20.4727	Der Bund als Vorbild beim Anbieten von dezentralen Arbeitsplätzen (Martin Candinas)
2023 P 23.3070	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Nantermod)
2023 P 23.3087	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Bauer)

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)
2011 P 11.3545	Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (Fraktion BD)
2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])
2014 P 14.3005	Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Folgen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (Finanzkommission NR)
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2019 P 17.4292	Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken (Fathi Derder)
2020 M 18.3235	Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)
2021 M 19.3892	Keine Behinderung der hausärztlich koordinierten Versorgung durch den Fiskus (Ruth Humbel)
2021 M 20.4572	Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti)
2021 P 21.3284	Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Benedikt Würth)
2021 P 21.4079	Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)
2022 M 18.3718	Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 M 21.3001	Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 21.3440	Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer (Beat Rieder)
2022 P 22.3384	Potenzial für die Schweizer KMU-Wirtschaft bei einem Anschluss an den EU-One-Stop-Shop zur Abrechnung der MWST prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3396	Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch eine einheitliche Besteuerungspraxis vermeiden (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3893	OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2023 M 23.3012	Mehrwertsteuerpflicht für Online-Plattformen bei elektronischen Dienstleistungen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2023 P 23.3132	Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten (Ruedi Noser)
2023 M 23.3225	Steuerabzug der Kosten für die Installation von Ladeinfrastrukturen in Gebäuden (Marianne Maret)
2023 P 23.3262	Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten (Andri Silberschmidt)

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2016 M 15.3551	Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (Ruedi Noser)
2017 M 15.4153	Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (Erich Ettlín)
2017 P 17.3377	Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (Thomas de Courten)
2019 M 17.3376	Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren (Thomas de Courten)
2021 M 17.4123	Spirituosenwerbung. Bewährtes System beibehalten (Lorenz Hess)

2021 M 18.3315	Internationaler Online-Versandhandel. Effiziente Kontrollverfahren bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (Manfred Bühler)
2021 M 19.3975	Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs (Finanzkommission NR)
2022 M 21.3237	Transparenz beim Veredelungsverkehr (Marcel Dettling)
2023 M 22.4122	Geschäftsbedingungen für Grenzbetriebe verbessern (Martin Schmid)
2023 P 23.3588	Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016	Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktengesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 M 20.3409	Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)
2021 M 20.4338	Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten (Finanzkommission NR)
2021 P 20.4369	Arbeitsplätze des Bundes dank Digitalisierung verstärkt dezentralisieren (Hansjörg Knecht)
2022 P 22.3658	Das Anti-Mafia-Zertifikat, ausgestellt vom italienischen Staat, soll auch für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz Pflicht werden (Marco Romano)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2018 M 16.4094	Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Jean-René Fournier)
2019 M 18.3717	Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission SR)
2019 M 18.3797	Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)
2019 M 19.3043	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)
2019 P 19.4379	Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 M 18.3021	Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Beat Rieder)
2020 M 19.3033	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2020 P 20.3132	Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2020 P 20.3752	Stärkung des Pharma- und Biotechnologie-Standorts Schweiz (Martin Schmid)
2020 P 20.3933	Steuerliche Anreize für einen nachhaltigen internationalen Handel (Aussenpolitische Kommission NR)
2021 M 18.4282	Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Olivier Français)
2021 M 19.3234	Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)
2021 M 20.3127	Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)
2021 M 20.3268	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)
2021 M 20.3665	Transparenz bei den Arbeitslosenkassen (Damian Müller)
2021 P 20.4327	Massnahmenplan für den Wiedereinstieg von Frauen in die Arbeitswelt (Sibel Arslan)
2021 P 21.3086	Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)
2021 P 21.3498	Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 M 18.3898	Effektiver Vollzug des Kartellgesetzes beim Kraftfahrzeughandel (Gerhard Pfister)
2022 P 20.3087	Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten (Hans-Peter Portmann)
2022 P 20.3265	Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
2022 M 20.3531	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)
2022 M 20.3532	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Beat Rieder)
2022 P 20.3950	Versorgungssicherheit. Metalle der seltenen Erden. Ressourcenstrategie (Elisabeth Schneider-Schneiter)
2022 M 20.4738	Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Erich Ettlín)
2022 M 21.3278	Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm (Damien Cottier)
2022 M 21.3595	Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission SR)
2022 M 21.3599	Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 21.3678	Integration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt durch einen Beitritt zum EWR (Roland Fischer)
2022 M 21.3743	Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Hans Stöckli)
2022 M 21.4189	Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Hans Wicki)
2022 M 21.4426	Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Andrea Gmür-Schönenberger)
2022 M 22.3021	Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3870	Spekulation mit Nahrungsmitteln (Aussenpolitische Kommission NR)
2022 P 22.3872	Unterschiede zwischen dem Schweizer und dem EU-Recht im Bereich des Arbeitnehmerschutzes (Aussenpolitische Kommission NR)
2023 P 21.3900	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials der Familienarbeit (Marianne Binder-Keller)
2023 M 21.4161	Preisbekanntgabeverordnung. Selbstvergleich vereinfachen (Christa Markwalder)
2023 P 21.4227	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Anerkennung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen (Marianne Binder-Keller)

2023 P 22.3273	Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes. 24-Stunden-Betreuung durch Pendelmigrantinnen endlich dem Arbeitsgesetz unterstellen (Samira Marti)
2023 P 22.3296	Europadossier. Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und Ansätze des Bundesrates (Sophie Michaud Gigon)
2023 P 22.3405	Folgen des Krieges in der Ukraine. Langfristige strategische Abhängigkeiten evaluieren und reduzieren (Sozialdemokratische Fraktion)
2023 M 22.3921	Zeitlich befristete Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes im Falle einer Strom- und/oder Gasmangellage (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 M 22.4447	Sichern des metallischen Materialkreislaufs in der Schweiz (Roberto Zanetti)
2023 P 23.3013	Ergänzungsbericht zur aussenwirtschaftlichen Strategie (Aussenpolitische Kommission NR)
2023 P 23.3227	Die Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren brauchen Entwicklungsperspektiven und die grenzüberschreitende Vernetzung (Maya Graf)
2023 P 23.3444	Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2023 P 23.3959	Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor (Aussenpolitische Kommission NR)
2023 P 23.4062	Unterstützung von Schweizer KMU bei der Anwendung von ESG-Richtlinien (Dittli)
2023 P 23.4330	Verursacherprinzip bei Retouren im Online-Versandhandel anwenden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630	Vollasoziiierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2019 M 18.3240	Höhere Fachschulen stärken (Anita Fetz)
2019 M 18.3392	Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2019 P 18.3959	Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (Christian Wasserfallen)
2020 P 20.3462	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2020 P 20.3927	Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2020 P 20.3928	Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 19.3764	Bericht über die Umwelterziehung (Marco Romano)
2021 M 21.3007	Bessere Steuerung und Planbarkeit in der Berufsbildungsfinanzierung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3008	Transparenz bei der Verwendung von Bundesmitteln im Bildungsbereich (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.3235	Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik (Mustafa Atici)
2021 P 21.3290	Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung (Maya Graf)
2021 P 21.3687	Entwicklung der Vorgaben zu überbetrieblichen Kursen (Philippe Bauer)
2021 P 21.3767	Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft in Freiburg. Stopp der Finanzierung durch öffentliche Gelder prüfen (Piero Marchesi)
2022 P 20.4202	Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Nadine Masshardt)
2022 P 21.4342	Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Arbeitskräfte und der Wirtschaft in Einklang bringen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2022 P 22.3390	Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3393	Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3877	Analyse der Standards im Bereich der schulischen Sexualaufklärung in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3878	Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2023 P 21.3839	Eidgenössische Technische Hochschulen. Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik (Jean-Pierre Grin)
2023 P 21.4348	Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft (Andri Silberschmidt)

- 2023 P 22.4265 Gezielte Datenerhebung als Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
- 2023 P 22.4266 Um das Problem des Lehrermangels längerfristig lösen zu können, sind umfassende, systematische, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von Schulreformen durch die Kantone unabdingbar (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
- 2023 P 22.4267 Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
- 2023 P 23.3663 Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen (Diana Gutjahr)
- 2023 P 23.3841 Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich (Olivier Français)
- 2023 P 23.3960 Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Doktoratsausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Bundesamt für Landwirtschaft

- 2020 M 18.3404 Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)
- 2020 M 20.3919 Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2021 M 17.3314 Aussergewöhnliche Frostschäden im Weinbau und an Obstkulturen (Jacques Bourgeois)
- 2021 M 19.3445 Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)
- 2021 P 20.4548 Massnahmen zur Stärkung der Alp- und Berglandwirtschaft (Christine Bulliard-Marbach)
- 2021 M 21.3374 Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern (Simone de Montmollin)
- 2022 M 19.3494 Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Thomas Egger [Martin Candinas])
- 2022 M 21.3004 Anpassung der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2022 M 21.3804 Änderung der Landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung im Zusammenhang mit Meliorationen (Martin Schmid)
- 2022 M 21.3832 Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen! (Meret Schneider)
- 2022 P 21.4585 Einkommen der Bauernfamilien (Christine Bulliard-Marbach)
- 2022 P 22.3407 Stärkung der Marktposition von Schweizer Produkten. Instrumente prüfen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2022 M 22.3795 Ziel zur Verringerung von Nährstoffverlusten senken (Johanna Gapany)
- 2022 P 22.3875 Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission NR)
- 2022 P 22.4252 Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2023 P 21.3831 Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel (Meret Schneider)
- 2023 P 21.4446 Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien (Philippe Nantermod)
- 2023 P 22.3116 Fotovoltaik in der Landwirtschaft. Potenzial besser ausschöpfen! (Thomas Rechsteiner)
- 2023 M 22.4251 Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik. Konkretisierung des Konzepts (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2023 M 22.4253 Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+ (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
- 2023 P 22.4440 Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Anna Giacometti)
- 2023 P 22.4556 Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Meret Schneider)
- 2023 P 23.4074 Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft? (Bourgeois [de Montmollin])

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

- 2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)

Bundesamt für Wohnungswesen

- 2023 P 22.4289 Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 (Damian Müller)
- 2023 P 22.4290 Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung (Damian Müller)
- 2023 M 22.4448 Mehr Rechtssicherheit im Mietrecht (Stefan Engler)
- 2023 P 23.4323 Wohneigentumsförderung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Bundesamt für Zivildienst

2023 M 22.3055 Armeebestand mittels Massnahmen beim Zivildienst stärken (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2020 P 19.4385	Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission SR)
2022 M 18.4131	Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Marco Romano)
2023 M 17.3918	Gewächshäuser auf Fruchtfolgeflächen (Heinz Siegenthaler)
2023 M 20.3237	Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen (FDP-Liberale Fraktion)
2023 P 21.4100	Zweckmässigkeit einer Privatisierung der öffentlichen Unternehmen prüfen (Philippe Nantermod)
2023 P 22.4580	Entwicklung und Regulierung von zivilen Drohnen in der Schweiz (Katja Christ)

Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262	Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2019 M 18.4105	Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2019 P 19.3006	Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2019 P 19.4189	Lötschberg-Basistunnel. Neuerliche Prüfung eines Vollausbau? (Philipp Matthias Bregy)
2020 M 20.3003	Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2020 M 20.3221	Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Josef Dittli)
2020 M 20.3222	Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO ₂ -Ausstosses (Josef Dittli)
2020 M 20.3286	Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Eva Herzog)
2020 P 20.3874	Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung zum öffentlichen Verkehr (Mathias Reynard)
2020 P 20.4259	Gesamtschau zur Haftpflicht im Gütertransport auf der Schiene (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2021 P 19.3485	Klimaschutzpotenzial in der Schifffahrt (Beat Flach)
2021 M 19.4381	Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2021 M 19.4443	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)
2021 M 19.4444	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)
2021 M 19.4445	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)
2021 M 19.4446	Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)
2021 M 19.4614	Konzept zur längerfristigen Steigerung des Angebots von Verbindungen des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Aline Trede)
2021 M 20.3696	Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
2021 P 21.3076	Aktualisierung der Szenarien betreffend die Entwicklung des alpenquerenden Güterverkehrs (Bruno Storni)
2021 P 21.3198	Gütertransport. Warum nicht die bestehenden Eisenbahnanlagen besser nutzen? (Charles Juillard)
2022 P 20.3328	Nationale Strategie für eine bessere Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr (Christophe Clivaz)
2022 M 20.3736	Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Marco Romano)
2022 P 21.3329	Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Florence Brenzikofer)
2022 M 21.3977	Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2022 P 21.4366	Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf. Strategische Studie (Roger Nordmann)
2022 P 21.4518	Sicheren Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Olivier Français)
2022 M 22.3000	Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strassburg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

2022 P 22.3001	Stärkung der Verlagerung durch den Einsatz von kranbaren Sattelauflegern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2022 M 22.3013	Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Güterverkehrskorridors durch die Schweiz stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2022 P 22.3231	Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Olivier Français)
2022 M 22.4257	Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2022 M 22.4263	Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2023 M 22.3229	Touristischer Verkehr. Ein vernachlässigter Bereich im öffentlichen Verkehr? (Marianne Maret)
2023 M 22.3632	Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote (Barbara Schaffner)
2023 M 22.4258	Perspektive Bahn 2050. Einen Fokus auch auf die Realisierung und Vollendung des "Verkehrskreuzes Schweiz" (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2023 M 23.3010	Die Chance der Realisierung des multifunktionalen Grimseltunnels erhalten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2023 P 23.3703	Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur (Benedikt Würth)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)
2013 P 13.3426	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)
2017 M 15.3491	Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])
2018 P 18.3245	Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)
2018 M 18.3371	Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)
2019 M 18.3700	Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)
2020 M 19.4562	Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)
2021 M 20.4412	Regionalflygplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)
2021 M 21.3020	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2021 M 21.3095	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettlin)
2021 M 21.3458	Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2022 P 21.3973	CO2-neutrales Fliegen bis 2050 (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083	Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (FDP-Liberale Fraktion)
2019 P 18.4107	Dosisgrenzwerte bei Kernanlagen, radioaktive Strahlung und Strahlenschutz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 M 19.3277	Holzenergiepotenzial ausschöpfen (Erich von Siebenthal)
2020 P 19.3562	Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz (Nadine Masshardt)
2021 P 19.4052	Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 20.3485	Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)
2021 M 20.4063	Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)
2021 P 20.4561	Wasserkraftwerke und Stauseen für die Fotovoltaik nutzen (Rocco Cattaneo)
2021 P 20.4627	Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Jürg Grossen)
2021 P 20.4640	Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Matthias Samuel Jauslin)
2021 P 20.4694	Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen (Marco Romano)
2021 P 20.4709	Wasserstoff. Auslegeordnung und Handlungsoptionen für die Schweiz (Martin Candinas)
2022 M 19.4202	Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Christoph Eymann)
2022 M 20.4406	Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz (Gabriela Suter)
2022 M 21.3620	Mehr Transparenz bei der Stromherkunft (Damian Müller)
2022 P 21.3870	Beteiligung der Schweiz am Aufbau einer europäischen Solarindustrie (Gabriela Suter)

2022 P 21.3974	Analyse des Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 P 21.4130	Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Bruno Storni)
2022 M 21.4144	Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Jakob Stark)
2022 P 21.4561	Energieverschwendung beim Betrieb ohne Nutzen (Kurt Egger)
2022 M 22.3240	Energieverbrauch senken. Kurzfristige Massnahmen zum Energiesparen durch Verhaltensänderung (Othmar Reichmuth)
2022 P 22.3569	V2X- ("vehicle to grid") und Smart-Charging-Technologien. Batterien von Elektrofahrzeugen nutzen, um Energie zu speichern und Stromnetze auszugleichen (Adèle Thorens Goumaz)
2022 P 22.4128	Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Thomas Minder)
2023 M 22.3376	Strategie für Wasserstoff in der Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2023 P 23.3006	Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2023 P 23.3023	Synthetische Energieträger und saisonale Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit und insbesondere der Stromversorgungssicherheit im Winter. Auslegeordnung und Ausarbeitung einer Grundlage mit Handlungsoptionen insbesondere für die Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2023 P 23.3957	Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit. Analyse der rechtlichen Grundlagen im Energiebereich (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)
2016 M 16.3349	Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2018 M 16.3846	Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)
2018 M 17.3924	Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)
2018 M 18.3078	Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen zulassen (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3422	Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2020 M 17.3952	Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)
2020 P 19.3559	Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik. Massnahmen zur Verminderung (Ursula Schneider Schüttel)
2020 M 20.3080	Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)
2021 P 19.4631	Ein sicheres und schnelles Velo-Nationalstrassennetz zwischen den Schweizer Agglomerationen (Rocco Cattaneo)
2021 M 20.4339	Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 M 20.4478	Gleich lange Spiesse bei Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen (Josef Dittli)
2022 P 22.4044	Verbesserung des Verkehrsmanagements und der Umgang mit Ausweichverkehr (Simon Stadler)
2023 P 21.4146	Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen. Eine pädagogische Hürde? (Baptiste Hurni)
2023 M 22.3907	Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in das Informationssystem Verkehrszulassung (Franz Grüter)
2023 P 23.3497	Eine Korridorstudie für die A2 nach Italien (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Bundesamt für Kommunikation

2017 M 16.4027	SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (Kurt Fluri)
2017 M 17.3013	Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2019 M 19.3039	Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)

2020 P 20.4066	Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)
2021 P 20.3949	Szenarien für die Versorgung mit Dienstleistungen von Nachrichtenagenturen (Jon Pult)
2021 P 20.3984	Digitale Infrastruktur. Geopolitische Risiken minimieren (Jon Pult)
2021 M 21.3000	Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2021 M 21.3063	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)
2021 M 21.3064	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)
2021 M 21.3065	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)
2021 M 21.3066	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)
2021 M 21.3067	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)
2021 M 21.3068	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)
2021 P 21.3450	Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken? (Sicherheitspolitische Kommission SR)
2021 P 21.3461	Hochbreitbandstrategie des Bundes (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2021 P 21.3596	Künftige Frequenznutzung für den Mobilfunk im sogenannten Millimeterwellenbereich. Einbezug der Kantone (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2022 P 21.3781	Strategie für eine zukunftsgerichtete Medienförderung jetzt aufgleisen (Katja Christ)
2022 P 21.4531	Transparenz über Hate-Speech-Vorfälle auf Social Media (Greta Gysin)
2023 M 20.3374	Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids# (Niklaus-Samuel Gugger)

Bundesamt für Umwelt

2018 M 16.3529	Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern (Beat Flach)
2018 M 17.3636	Dringender Handlungsbedarf beim System der Rücknahme und des Recyclings von Elektroaltgeräten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2018 M 18.3018	Korrektur Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfangsaniegerung (Werner Salzmann)
2018 P 18.4095	Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 M 18.3712	Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2019 P 19.3374	Zeitgemässe und zukunftsgerichtete Erhebung der Umweltauswirkungen von Personenwagen (Jürg Grossen)
2019 P 19.3639	Kohlenstoffsequestrierung in Böden (Jacques Bourgeois)
2019 P 19.3949	Der Verkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2019 P 19.4183	Weniger Kehrverbrennung, mehr Recycling (Isabelle Chevalley)
2020 M 19.3207	Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)
2020 M 19.4073	Förderung der Forschung zu Mobilfunk und Strahlung (Edith Graf-Litscher)
2020 M 19.4100	Wirksame Massnahmen gegen Littering (Jacques Bourgeois)
2020 M 19.4296	Recyclingbaustoffe. Vorbildfunktion des Bundes (Peter Schilliger [Christian Wasserfallen])
2020 M 19.4615	Den Verkauf invasiver Neophyten verbieten (Claudia Friedl)
2020 P 20.3062	Vermeidung und Verwertung von Abfällen fördern (Jacques Bourgeois)
2020 P 20.3090	Mehr Recycling statt Deponien von Baumaterialien (Martina Munz)
2020 P 20.3477	Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz (Thierry Burkart)
2020 P 20.3727	Ökologische Nachhaltigkeit der Kreislaufwirtschaft mit dem Indikator "Retained Environmental Value" messen (Christophe Clivaz)
2020 P 20.4211	Gentechnikgesetz. Welcher Geltungsbereich? (Isabelle Chevalley)
2021 M 20.3010	Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2021 P 20.3110	Keine neuen Produkte wegwerfen. Stopp der Verschwendung! (Isabelle Chevalley)
2021 M 20.3625	Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Roberto Zanetti)
2021 M 20.3695	Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren (Marcel Dobler)
2021 M 20.3745	Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes (Daniel Fässler)
2021 P 20.4135	Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)
2021 M 20.4261	Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

2021 M 20.4262	Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2021 P 20.4411	Weiterentwicklung des Abfall-Recyclings. Vereinbarkeit mit dem Raumplanungs- und Umweltrecht (Johanna Gapany)
2021 M 21.3293	Erforschung und Innovation des Werkstoffs Holz für den Einsatz im Infrastrukturbau als Dekarbonisierungs-Beitrag (Jakob Stark)
2021 P 21.3980	GVO-Moratorium. Belastbare Informationen als Grundlage für gute Entscheide (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2021 P 21.4345	Züchtungsverfahren mit Genom-Editierungsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2022 M 19.3734	Mängel im Chemikalienrecht beseitigen zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz (Martin Schmid)
2022 P 21.4224	Rechtliche Konsequenzen bei absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten (Florence Brenzikofer)
2022 P 21.4225	Aufarbeitung der Umweltbelastungen rund um in Betrieb stehende und ehemalige Kehrichtverbrennungsanlagen (Gabriela Suter)
2022 P 21.4332	Anreiz für sparsamen Umgang mit Deponieraum und für Recycling von Baustoffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 M 21.4333	Forschung und Entwicklung von Negativemissionstechnologien fördern (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 P 22.3880	Eine nachhaltige Finanzierungslösung für die Abgabe von Lebensmitteln durch Wohltätigkeitsorganisationen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3881	Handlungsfeld Detailhandel zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3882	Handlungsfeld Koordination zum Aktionsplan Food Waste (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2022 P 22.3915	Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Roger Nordmann)
2023 P 21.3898	Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Christophe Clivaz)
2023 M 22.3388	Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2023 M 22.3702	Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung (Matthias Samuel Jauslin)
2023 M 22.3929	Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (Marianne Maret)
2023 P 22.4585	Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (Tiana Angelina Moser)
2023 P 23.3007	Anpassung der Restwasserbestimmungen für bestehende Wasserkraftwerke bei gleichzeitiger Verbesserung der Biodiversität der Gewässer (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2023 P 23.3129	Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich (Othmar Reichmuth)
2023 P 23.3219	Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (Othmar Reichmuth)
2023 P 23.3220	Unterstützung der Pflege und Nutzung des Waldes in der Periode 2020-2024 (Daniel Fässler)
2023 M 23.3346	Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen (Erich Hess)
2023 P 23.3676	Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen (Heidi Z'graggen)

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3299	Smarte Industrie- und Gewerbezonon. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezonon (Claude Béglé)
2019 P 19.3665	Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)
2019 P 19.3972	Verfahren zur Erleichterung der Verdichtung und der energetischen Sanierung von Gebäuden in der Bauzone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
2020 P 19.3730	Effizientere und kürzere Verfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Isabelle Chevalley)
2021 M 19.3731	Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)
2021 P 20.3938	Auswirkungen der Zulassung von pferdegestützten Therapien in der Landwirtschaftszone (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2021 P 20.4660	Integration der erwarteten Mobilitätsentwicklung in Sachplänen und anderen Grundlagen der Raumentwicklung (Fabio Regazzi)
2022 M 11.3285	Erleichterung der Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

2022 M 21.4334	Verjähung der Pflicht zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands ausserhalb der Bauzonen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2022 P 21.4452	Touristischen Verkehr definieren (Josef Dittli)
2022 P 22.3638	Verkehrsdrehscheiben und Veloinfrastruktur im ländlichen Raum stärken (Matthias Michel)
2022 P 22.4053	Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Marianne Maret)
2023 P 22.3640	Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern (Martin Candinas)
2023 P 23.3020	Abwärme in grossen Mengen soll genutzt werden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2023 P 23.3125	Sektorkopplung und Netzkonvergenz. Geeignete Standorte raumplanerisch sichern! (Barbara Schaffner)
2023 P 23.3640	Massvolle Kostenaufgabe bei Einsprachen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 P 23.3712	Untersuchung des Rückgangs von Alltagsdienstleistungen in Berggemeinden (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3918	Keine Gratis-Verzögerung von rechtskonformen Bau- und Planungsprojekten (Leo Müller)

Abkürzungsverzeichnis

Departemente

BK	Bundeskanzlei
EDA	Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidg. Departement des Innern
EFD	Finanzdepartement
EJPD	Justiz- und Polizeidepartement
UVEK	Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WBF	Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Kommissionen

APK	Aussenpolitische Kommission
BeK	Begnadigungskommission
FK	Finanzkommission
GK	Gerichtskommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
IK	Immunitätskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
PUK	Parlamentarische Untersuchungskommissionen
RedK	Redaktionskommission
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrates
-S	des Ständerates